Die Auswirkungen von Zechenstillegungen und Rationalisierungen im Steinkohlenbergbau auf die Wirtschaftsstruktur ausgewählter Gemeinden im niederrheinisch-westfälischen Industriegebiet

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des akademischen Grades
eines Doktors der Wirtschaftswissenschaft
durch die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät
der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

Vorgelegt von

Josef Ziranka

aus Thröm, Krs. Ratibor O/S.

1963

Die Auswirkungen von Zechenstillegungen und Rationalisierungen im Steinkohlenbergbau auf die Wirtschaftsstruktur ausgewählter Gemeinden im niederrheinisch-westfälischen Industriegebiet

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des akademischen Grades
eines Doktors der Wirtschaftswissenschaft
durch die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät
der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

Vorgelegt von

Josef Ziranka

aus Thröm, Krs. Ratibor O/S.

1963

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

1. Berichterstatter: Prof. Dr. Hoffmann
2. Berichterstatter: Prof. Dr. Schneider
Dekan: Prof. Dr. ~~Lukes~~ SCHELSKY
Tag der mündlichen Prüfung: 23. Juni 1963

D 6

Inhalt

Einleitung 11

Beispiele abgeschlossener Umstrukturierung 13

I. Eine gelungene Umstrukturierung: Witten 13

1. Lage, Raum und Bevölkerung 13

2. Witten, eine »gewachsene« Stadt 13
a) Der frühere Steinkohlenbergbau bis 1870 13
b) Die Anfänge der Metallindustrie 14
c) Verkehrsmäßige Erschließung 14

3. Die ersten großen Zechenstillegungen 14
a) Bedeutung des Bergbaus 14
b) Die schwierigen Abbaubedingungen im Südraum 15
c) Verlauf der Stillegungen 16
d) Verbleib der freigesetzten Bergleute 16
e) Der hohe soziale Status der »Prumenkötter« 17
f) Auswirkungen auf die Gemeinde 18

4. Die Zeit der großen Stillegungen 19
a) Die Weltkohlenkrise 19
b) Stillegung der letzten drei Großzechen in Witten 20
c) Verbleib der Bergleute 22
d) Auswirkungen auf den kommunalen Haushalt 23

5. Witten nach der Umstrukturierung 24
a) Wanderung des Bergbaus von Süd nach Nord 24
b) Die dominierende Rolle der Metallindustrie 25
c) Weiterleben der Bergmannstradition 26
d) Die ausgewogene Struktur Wittens 26

II. Eine nicht gelungene Umstrukturierung: Selm 27

Vorbemerkung 27

1. Lage, Raum und Bevölkerung 27

2. Der Wandel einer Landgemeinde zum Industrieort 28
a) Die Landgemeinde Selm um 1900 28
b) Errichtung der Schachtanlage »Hermann« 28

3. Die Stillegung von »Hermann« 30
a) Gründe der Stillegung 30
b) Verlauf der Stillegung 31
c) Verbleib der Bergleute 32
d) Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise 33
e) Zusammenbruch des kommunalen Haushaltes 35
f) Die heutigen Nachwirkungen 35

Umstrukturierung infolge der heutigen Kohlenabsatzkrise 37

Vorbemerkung 37

III. Bochum 38

Wirtschaftsstruktur Bochums 38

1. Raum und Lage Bochums 38

2. Das Strukturbild Bochums (vor dem Jahr 1957) 38

3. Die Arbeitsplätze Bochums 40
a) Bochum, ein Aufnahmegebiet 40
b) Die Auspendler 40

4. Die Entwicklung des Bergbaus in Bochum 40
a) Fördernde Zechen 40
b) Süd- und Nordzechen 41

5. Bedeutung des Bergbaus 44

6. Der Arbeitsmarkt in Bochum 45
a) Der große Arbeitsmarkt für ungelernte Kräfte 45
b) Privilegierte Industrien 46
c) Unterprivilegierte Industrien 46

Zechenstillegungen seit dem Jahre 1958 48

7. Folgen der Absatzkrise 48
a) Die Feierschichten 48
b) Teilstillegungen und Rationalisierungsmaßnahmen 49
c) Die »falschen Strategien« 51

8. Stillegungen der BBAG 51
a) Krisenstimmung 51
b) Gründe für die Stillegung 52
c) Investitionsverhalten der GBAG 52
d) Die erhöhte Schichtleistung 53

9. Verlauf der Stillegungen 53
a) Die Stillegung »Prinz-Regent/Dannenbaum« 53
b) Die Stillegung »Friedlicher Nachbar« 54
c) Die geplante Stillegung von »Engelsburg« 55
d) Weitere geplante Stillegungen 55
e) Stillgelegte Kleinzechen 56

10. Stillegungskosten 56

11. Wirkungen auf die Folgeindustrien 57
a) Folgen für die Bergbauzulieferer 57
b) Auswirkungen auf den tertiären Sektor 58

12. Verbleib der Bergleute 58
a) Aufnahmefähigkeit des lokalen und regionalen Arbeitsmarktes .. 58
b) Die Stahlindustrie als aufnehmender Wirtschaftszweig 59
c) Das Baugewerbe als Durchgangsstadium 60
d) Rückkehr in den Bergbau 61
e) Die übrigen Wirtschaftszweige 61

13. Der Verlust von Arbeitsplätzen 61

14. Soziale Auswirkungen für die Bergleute 62
a) Vertrauensschwund gegenüber dem Bergbau 62
b) Verschärfte Nachwuchsproblematik 62
c) Berufliche Umstellung 62
d) Alte Bergleute und Invaliden 63

15. Wohnungs- und Siedlungsstruktur 64

Ansiedlung von Ersatzindustrien 65

16. Schaffung neuer Arbeitsplätze 65
a) Bochum, ein zentraler Standort 65
b) Neue Industrieansiedlungen 65

17. Das Sonderproblem Opel 66
a) Ein neuer Großbetrieb im Ballungsraum 66
b) Die hohen Kosten der Ansiedlung 67
c) Die Anspannung des Arbeitsmarktes 68
d) Das ungelöste Wohnungsproblem 69

18. Die veränderte Siedlungs- und Sozialstruktur 69

Auswirkungen der Umstrukturierung 70

19. Auswirkungen auf den kommunalen Haushalt 70
a) Rechnerischer Steuerausfall 70
b) Die höheren Einnahmen in der Zukunft 72

20. Volkswirtschaftliche Auswirkungen 72

21. Weitere Folgen für Bochum 76
a) Die künftige Schrumpfung des Bergbaus 76
b) Der Ballungsraum Bochum 76

IV. Bottrop 77

Vorbemerkung 77

Wirtschaftsstruktur Bottrops 78

1. Lage, Raum und Bevölkerung 78

2. Die einseitige Wirtschaftsstruktur Bottrops 79
a) Die dominierende Stellung des Bergbaus 79
b) Der unterentwickelte tertiäre Sektor 80
c) Das Handwerk in Bottrop 80

3. Die Arbeitsplätze in Bottrop 80

4. Entwicklung und Bedeutung des Bergbaus 81
a) Entwicklung des Bergbaus 81
b) Bevölkerungsentwicklung 82
c) Siedlungsstruktur 83

5. Bottrop, eine »unreife« Bergmannsstadt 84
a) Die ständigen Wanderungsbewegungen 84
b) Das Nachwuchsproblem 85
c) Bottrop, eine reine Arbeiterstadt 85

Auswirkungen der Kohlenabsatzkrise 86

6. Verringerung der Belegschaften 86
a) Zurückhaltung bei Einstellungen 86
b) »Personelle Sanierung« 86
c) Die starke Rationalisierung 88
d) Auswirkungen auf andere Wirtschaftsbereiche 88
e) Verbleib der Bergbauabkehrer 89

7. Weitere Entwicklung des Bergbaus 90

a) Das Wachstum der Bottroper Zechen 90
b) Der personelle Engpaß 91

8. Auswirkungen auf den kommunalen Haushalt 91

Möglichkeiten zur Verbesserung der einseitigen Wirtschaftsstruktur 92

9. Grundsätzliche Erwägungen 92

10. Möglichkeiten der Industrieansiedlung 93
a) Die Standortqualität Bottrops 93
b)Umfang der zukünftigen Industrieansiedlungen 93

V. »Kohlendorf« 95

Vorbemerkung 95

Die Wirtschaftsstruktur von »Kohlendorf« 95

1. Lage, Raum und Entwicklung 95

2. Strukturbild von »Kohlendorf« 96
a) Die wirtschaftliche Übermacht der Zeche X 96
b) Der schwach besetzte tertiäre Sektor 96

3. Arbeitsmarkt und Arbeitsplätze 96
a) Ein- und Auspendler 96
b) Der enge Arbeitsmarkt 97

4. Bedeutung des Bergbaus, insbesondere der Zeche X 97

Folgen der Kohlenabsatzkrise 98

5. Unmittelbare Auswirkungen der Absatzkrise 98
a) Die starke Belegschaftsminderung 98
b) Verbleib der Abkehrer 98
c) Errichtung einer Seilfahrtanlage 98
d) Auswirkungen auf den kommunalen Haushalt 99

6. Zusammenlegung der Zeche X mit der Nachbarzeche Y 99
a) Die schlechte Ertragslage 99
b) Die wahrscheinliche Zusammenlegung 100
c) Verbleib der Bergleute 100

7. Möglichkeiten zur Ansiedlung von Ersatzindustrien 100

Zusammenfassung 102

Literaturverzeichnis 105

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41555204_0072

Einleitung

Das zu behandelnde Problem, die Auswirkung von Zechenstillegungen und bergbaulichen Rationalisierungsmaßnahmen auf die Bergbaugemeinden, ist gegenwärtig besonders aktuell. Wie die vorliegende Arbeit zeigt, ist diese Fragestellung jedoch durchaus nicht neu. Die Bergbaugemeinden sind seit dem Beginn der frühindustriellen Krisen von konjunkturellen Schwankungen besonders betroffen worden. Der Verfasser zeigt im ersten Teil der Arbeit am Beispiel von Witten und Selm, daß Kohlenabsatzkrisen in der Zeit einer allgemeinen wirtschaftlichen Krise die Existenzgrundlagen einer Gemeinde ernstlich gefährden können.
Die heutige, durch eine Nachfrage- und Angebotsumschichtung auf dem Energiemarkt verursachte Kohlenabsatzkrise bedeutet für ein Gebiet, in dem viele Gemeinden vorwiegend vom Steinkohlenbergbau leben, erneut eine erhebliche Gefährdung ihrer ökonomischen Grundlagen. Im zweiten Teil der Arbeit werden deshalb die Auswirkungen der heutigen Kohlenabsatzkrise auf die Wirtschaftsstruktur der Gemeinden eingehend dargestellt. Die Untersuchung läßt erkennen, daß nachteilige wirtschaftliche und soziale Folgen von Stillegungs- und Rationalisierungsmaßnahmen aber gemildert oder vermieden werden können, wenn diese Maßnahmen in der Zeit einer Hochkonjunktur erfolgen.
Aus verschiedenen Gründen konnten in die Arbeit nicht alle Städte des niederrheinisch-westfälischen Industriegebietes einbezogen werden. Eine Beschränkung auf drei »typische Gemeinden«, die nach dem unterschiedlichen Grad der Bergbaubestimmtheit und Größe ausgewählt wurden, erwies sich als zweckmäßig.
Am Beispiel der vorwiegend schwerindustriellen Großstadt *Bochum* werden die Auswirkungen der Schrumpfung des Bergbaus untersucht, die durch fünf größere Zechenstillegungen innerhalb des Stadtgebietes bedingt sind. In der rein bergbaubestimmten Stadt *Bottrop* vollzieht sich der Strukturwandel, wie die Untersuchung weiter erkennen läßt, nicht auf Grund von Zechenstillegungen, sondern als Folge einer verstärkten Mechanisierung des Bergbaus. Bei der dritten Beispielsgemeinde »*Kohlendorf*« werden die Auswirkungen der Teilstillegung einer Zeche dargestellt, die bislang fast das gesamte Wirtschaftspotential der Gemeinde ausmachte.
Die Untersuchung beschränkt sich »isolierend« auf die Wirtschaftsstruktur der Bergbaugemeinden, um auf diese Weise die spezifisch kommunalen Anliegen herauszuarbeiten. Eine Einbeziehung der angrenzenden Wirtschaftsräume ist angesichts des zugrunde liegenden statistischen Materials nicht möglich.

Beispiele abgeschlossener Umstrukturierung

I. Eine gelungene Umstrukturierung: Witten

1. Lage, Raum und Bevölkerung

Witten ist seit 1899 kreisfreie Stadt und liegt am Rande des Reviers zwischen den Ausläufern des Bergischen Landes sowie der sich nach Norden daran anschließenden westfälischen Tieflandbucht.
Das Eisenbahnnetz ist mit elf Haltestellen und Bahnhöfen sehr dicht; die Straßenbahn erschließt vornehmlich die Süd–Nord–Richtung nach Bochum. Obwohl Witten von den B 226 und B 235 geschnitten wird, ist die Verbindung zu den großen Fernstraßen nicht sehr gut (vgl. Karte I/1).
Auf dem 46 qkm großen Stadtgebiet wohnten im Jahre 1960 95 931 Einwohner, d. h. 2085 auf den qkm. Die starke Bevölkerungsentwicklung des vorigen Jahrhunderts ist seit 1905 abgeebbt, wie es die unten stehende Übersicht verdeutlicht. Das Wachstum des letzten Jahrzehnts ist aus dem Zustrom der Flüchtlinge zu erklären.

Bevölkerungsentwicklung[1]

Jahr	1820	1871	1905	1925	1950	1960
Einwohner	4 199	27 800	69 480	73 300	76 300	95 931

2. Witten, eine »gewachsene« Stadt

a) Der frühe Steinkohlenbergbau bis 1870

Der Steinkohlenbergbau ist im Südrevier alt; wo die Flöze zutage treten, schürften Bauern seit dem 14. Jh. Kohle. Aber erst um 1800 tritt die Kleineisenindustrie des Bergischen Landes als Nachfrager auf, und es entwickelte sich ein gewerbemäßiger Bergbau. – Es ist aber nicht unsere Aufgabe, diese Entwicklung aufzuzeigen.
In Witten wurde erstmals 1831 versucht, eine größere Zeche zu betreiben. Sieben kleine Gewerkschaften – die jeweils aus mehreren Stollen entstanden waren – schlossen sich zu »Helene-Nachtigall« zusammen und kauften von Harkort in

[1] Quelle: Statistisches Jahrbuch der Stadt Witten 1959. Die Angaben beziehen sich auf das heutige Stadtgebiet. In den Jahren 1921 und 1929 erfolgten Eingemeindungen.

Wetter eine Dampfmaschine zur Hebung des Wassers. Im Jahre 1867 war die Belegschaft rd. 500 Mann stark[2]. Eine zweite Konsolidation erfolgte mit der Gründung von »Ver. Louisenglück«, die 1853 rd. 300 Bergleute beschäftigte[3]. Im Jahre 1862 schlossen sich 15 Gewerkschaften zur »Ver. Bommerbänker Tiefbau« zusammen, die eine Belegschaft von 400 bis 600 Mann hatte. Die größten Anlagen waren »Franziska« und »Hamburg«, die um 1860 zu den größeren Zechen des Ruhrreviers gehörten. 1871 förderte »Hamburg« 150 000 jato und »Franziska« 107 000 jato. Auch die Schächte »Ver. Wiendahlsbank«[4], »Ringeltaube« und »Wallfisch« waren als größere Betriebe anzusehen.

b) Die Anfänge der Metallindustrie

Die rasche Entwicklung des Bergbaus war ein starker Antrieb für die Stahlerzeugung und -verarbeitung. Meister[5] zählte 1854 eine Gießerei mit 500 Arbeitern und sechs weitere eisenverarbeitende Betriebe mit über 50 Arbeitskräften; außerdem gab es viele Kleinbetriebe und Handwerker. Zwei große Glashütten mit 171 Arbeitern siedelten sich in Witten an, weil hier das Heizmaterial an Ort und Stelle vorhanden war. Witten war neben Dortmund und Essen die Stadt mit der größten Eisenverarbeitung.

c) Verkehrsmäßige Erschließung

Bis 1850 war die Ruhr die Hauptverkehrsader des jungen Industriegebietes. Die Zechen schafften ihre Förderung mit Pferdebahnen an die Ruhr; dort wurde sie auf Kähne verladen. Mit der Errichtung der Berg.-Märk. Eisenbahn 1848 verlor die Ruhrschiffahrt ihre Bedeutung, und Witten erhielt einen kräftigen wirtschaftlichen Auftrieb, der durch die Errichtung einer großen Eisenbahnreparaturwerkstätte mit über 1500 Arbeitsplätzen verstärkt wurde.

3. Die ersten großen Zechenstillegungen

a) Die Bedeutung des Bergbaus

Witten war Ende des 19. Jh. eine wesentlich bergbaubestimmte Gemeinde. Über zwei Drittel der Industriebeschäftigten waren im Bergbau tätig, wie es die nachfolgende Aufstellung zeigt.

[2] Vergleichsweise hatte die größte Zeche Bochums »Präsident« 1853 nur eine Belegschaft von 340 Mann.
[3] Wilhelm, Aus der Geschichte des Steinkohlenbergbaus in Bommern, in: W. Stehl, Heimatbuch Bommern, Witten-Bommern 1930, S 93ff.
[4] Die Anlage lag bereits in Dortmund-Kruckel, zahlte aber ihre Steuern zum erheblichen Teil an die Gemeinde Annen.
[5] A. Meister (ed.), Die Grafschaft Mark, 2 Bd., Dortmund 1909, S. 583.

*Industriebeschäftigte in Witten 1882–1950**

	1882**	1907	1925	1933	1950
Industrie und Handwerk	8 722	11 021	10 116	8 508	17 297
davon:					
Bergbau	6 217	3 249	210	15	515
Metallgewerbe	875	2 973	6 868	4 626	9 259
Baugewerbe	322	590	1 079	537	1 965
Sonstiges Gewerbe	1 298	4 209	1 959	3 330	5 558
in %:					
Bergbau	71,2	29,4	2,1	0,2	2,9
Metallgewerbe	10,3	26,9	67,9	54,4	53,6
Baugewerbe	3,7	5,4	10,6	6,3	11,4
Sonstiges Gewerbe	14,8	38,3	19,4	39,1	31,1

* Quelle: H. Pohle, Gutachten, dem Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk erstattet (unveröff. Manuskript).

** Das Jahr 1882 bezieht sich auf das heutige Stadtgebiet; bei der gleichartigen Wirtschaftsstruktur der eingemeindeten Gebiete können die Relativzahlen von 1907 und 1925 zum Vergleich herangezogen werden.

Viele Betriebe der Metallverarbeitung waren außerdem als Bergbauzulieferer eng mit dem wirtschaftlichen Wohlergehen des Bergbaus verknüpft[6]. Aber gerade der Bergbau war in der industriellen Entwicklungszeit konjunkturempfindlich. Im Jahre 1858 verringerten sich z. B. die Belegschaften um 50%. In der Zeit von 1874 bis 1879 sanken die Kohlenpreise von 15 auf 5 Mark je t, und die Hälfte der Bergarbeiter in Witten war erwerbslos. Alle ledigen Kräfte wurden entlassen[7]. Die Metallbranche mit ihren damals kleineren Betrieben litt nicht unter derartigen Schwankungen.

b) Die schwierigen Abbaubedingungen im Südraum

Die Schachtanlagen im Wittener Raum hatten nicht nur konjunkturelle, sondern auch erhebliche betriebliche Schwierigkeiten zu meistern. Während man in der Mitte und im Norden des Industriegebietes modernste Schächte auf »grüner Wiese« abteufte und rundum »Kolonien« errichtete, war der Südraum benachteiligt. Infolge des alten märkischen Bergrechtes waren die Feldesteile kleiner, die Besitzverhältnisse erschwerten eine großzügige Konzentration, und vor allem waren die geologischen Bedingungen schwierig; die Flöze waren von geringer Mächtigkeit, die geringe Tiefe bedingte eine größere Gefährdung der Oberfläche, und besonders hoher Wasserzufluß beeinträchtigte die Förderung. Überdies eignete

[6] Die Zahlen des Metallgewerbes im Jahre 1882 sind deshalb erstaunlich tief, weil einige Jahre zuvor die Steinhauser Hütte stillgelegt wurde.

[7] H. Rupieper, Kohlenpreise und Bergarbeiterlöhne im Westdeutschen Steinkohlenbergbau, Stuttgart 1958, S. 30; dgl. A. Meister, a.a.O., S. 595 und 639.

sich die in Witten anstehende Magerkohle nicht zur Verkokung und hatte somit einen engen Absatzmarkt.
Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Südzechen verdeutlicht nachstehende Gegenüberstellung[8]:

	Jahr	Nord-revier	Südliche Bergreviere			
			Dort-mund I	Witten	Hattingen	Süd-bochum
Schichtleistung in kg	1888	1058	803	890	816	827
	1903	877	767	749	759	639
Jahreslohn in M	1888	879	839	866	721	832
	1903	1222	1178	1177	1115	1192

c) Verlauf der Stillegungen

Auf Grund hoher Wasserzuflüsse mußte die Förderung auf »Helene-Nachtigall« 1896 eingestellt werden. Die 650 Bergleute wurden kurzfristig entlassen. Die Förderquote wurde von der Nordstern AG erworben. Fünf Jahre zuvor war bereits der Schacht »Nachtigall« abgesoffen. »Ver. Louisenglück« hatte gleichfalls auf Grund der hohen Wasserzuflüsse 1883 ihre Belegschaft von 300 auf 161 Mann reduziert, und als sie 1903 wegen Zahlungsunfähigkeit schloß, beschäftigte sie nur noch 30 Bergleute. Um die Syndikatsquote zu erhöhen, erwarb die Gewerkschaft »Mont Cenis« 1904 die »Ver. Bommerbänker Tiefbau« und legte sie zwei Jahre später still. Auch die größte Anlage Gewerkschaft »Hamburg-Franziska«[9] mit vier fördernden Schächten wechselte den Besitzer. Die Gelsenkirchener Bergwerks AG erwarb sie wegen ihrer hohen Syndikatsquote; der Betrieb wurde weitergeführt, und die restliche Förderberechtigung, die von »Hamburg-Franziska« nicht erfüllt werden konnte, verlegte sie auf die nördlichen ertragreicheren Konzernzechen. Die Beunruhigung über den Quotenhandel mit der damit verbundenen Stillegungsgefahr führte zu einer starken Abkehr; so verlor auch »Hamburg-Franziska« 500 Bergleute.

d) Verbleib der freigesetzten Bergleute

Im Jahre 1896 herrschte Vollbeschäftigung[10]. Daher kamen Werber nach Witten-Heven, als »Helene« die Förderung einstellen mußte. Die meisten Bergleute fanden bei den Zechen im Raum Dortmund-Barop Arbeit. Hauptaufnahmezeche war

[8] Denkschrift betreffend die Stillegung verschiedener Steinkohlenzechen des Ruhr-Reviers, Berlin 1904, S. 8.
[9] Die Fusion von »Hamburg« und »Franziska« einschließlich der beiden Nebenschächte »Ringeltaube« und »Wallfisch« erfolgte im Jahre 1894; vgl. Tab. I/2.
[10] Staatsarchiv Münster, Akten des Oberbergamtes B, Gr. 119, Nr. 9.

»Louise Tiefbau«; sieben Bergleute gingen zu »Mansfeld« und zehn Mann zu »Vollmond« nach Langendreer. Bei einer Monatsrente von 20 bis 30 M, die damals gezahlt wurde, ließen sich nur wenige Bergleute invalidisieren. Die meisten Arbeiter blieben in Heven und in Ardey wohnen und pendelten mit der Eisenbahn in den Dortmunder Südraum; doch ein kleiner Teil wechselte den Wohnsitz.
Durch den Besitzwechsel kehrten bei der »Bommerbänker Tiefbau« 1904 von der 494 Mann starken Belegschaft in den ersten 6 Monaten allein 97 Mann ab, und zwar ebensoviel Verheiratete wie Ledige. Von den 71 Bergleuten, die ein Haus besaßen, kehrten nur 5 ab[11]. – Eine solche Abkehr war im Jahre 1904 bei allen acht stillgelegten Zechen des Südreviers zu beobachten.
Im September 1906 wurde die »Bommerbänker Tiefbau« stillgelegt. Von den 363 Bergleuten[12] erhielten 169 einen neuen Arbeitsplatz in den Nachbarzechen (vgl. nachfolgende Aufstellung). 25 Verheiratete und zwei Ledige verzogen zu den Anlagen des Nordreviers. Einige junge Bergleute dürften in der rasch aufstrebenden Metallindustrie untergekommen sein. Der Rest war bereits vor der Stillegung abgekehrt.

Die wichtigsten aufnehmenden Zechen[13]

Franziska	78 Mann
Bruchstraße	32 Mann
Ver. Trappe	20 Mann
Blankenstein	17 Mann
Dahlh. Tiefbau	14 Mann

Allgemein ist den Bergleuten in der Zeit der Hochkonjunktur und des angespannten lokalen Arbeitsmarktes die Suche nach einem neuen Arbeitsplatz nicht schwergefallen.

e) Der hohe soziale Status der »Prumenkötter«[14]

Witten ist kaum von ostdeutschen Zuwanderern durchsetzt gewesen; der Bergmann entstammte meist der ländlichen Umgebung und besaß oft ein Haus mit Garten und Acker. Er war daher sehr bodenständig. Diese Seßhaftigkeit wurde von den angrenzenden Großzechen geschätzt, bei denen oft eine Fluktuationsrate von über 100% p.a. herrschte[15].
Das hohe Ansehen des Bergmanns basierte auch auf realen, materiellen Vorteilen. Der Bergmann hatte als einziger eine gesicherte Altersversorgung; mit der An-

[11] Denkschrift, a.a.O., S. 43.
[12] Stand: Anfang 1906.
[13] Wilhelm, a.a.O., S. 93ff.
[14] Der Wittener Bergmann besaß ein Haus mit Land (Kotten) und einen Garten mit Pflaumenbäumen (Prumen).
[15] Akten des Oberbergamtes B, Gr. 119, Nr. 3.

legung an einer Zeche erlangte er einen beamtenähnlichen Status[16]. Ebenso war die Arbeitszeit geregelter und kürzer als in anderen Industriezweigen. Der Lohn stieg von 1904 bis 1906 um 17% auf 1402 M Jahresverdienst. Das »Wittener Gußstahlwerk«, das innerhalb der Wirtschaftsabteilung »Metall« an der Spitze der Lohnskala stand, zahlte nur 1285 M[17]. So war es verständlich, daß die freigesetzten Bergleute berufstreu blieben. Auf Grund ihres Hausbesitzes oder ihrer engen sozialen Verflechtungen behielten sie ihren Wohnsitz in Witten und pendelten zu den Nachbarzechen[18].

f) Die Auswirkungen auf die Gemeinde[19]

Eine Regierungsverordnung befreite alle Zubußzechen von der Zahlung der Gemeindesteuern. Als 1891 diese Verordnung aufgehoben wurde, entrichtete die Zeche »Helene-Nachtigall« der Gemeinde Heven, in der sie lag und die damals noch selbständig war, nach Jahrzehnten wieder die ersten Steuern. Die Gemeinde Heven versuchte daher 1896 die Stillegung zu verhindern, indem sie einen Prozeß wegen des Quotenhandels gegen die Nordstern AG anstrengte. Sie wurde aber mit ihrer Klage abgewiesen. Die Gemeinde geriet jetzt wiederum in finanzielle Bedrängnis, die auch nicht durch die Anhebung der Hebesätze gemildert werden konnte, da diese mit 285% schon überhöht waren. Deshalb erstrebte Heven die Eingemeindung nach Witten, die 1921 auch erfolgte.
Die Gemeinde Düren hatte gegen den Besitzwechsel von »Hamburg-Franziska« protestiert. Kirdorf[20] sicherte daraufhin allen beteiligten Gemeinden für fünf Jahre die gleichen Steuern zu. Dennoch wurde die Gemeinde Düren stark betroffen, da der Förderschacht »Wallfisch« verfüllt wurde. Düren hat heute 600 Einwohner weniger als im Jahre 1904.
Durch die Stillegung der »Bommerbänker Tiefbau« im Jahre 1906 geriet die Gemeinde Bommern in eine Notlage; denn einige Jahre zuvor hatte die zweite Schachtanlage, die in der damals noch selbständigen Gemeinde Bommern lag, »Louisenglück«, die Förderung eingestellt. Auch hier hatten die Zubußzechen – und das waren alle südlichen Anlagen – bis 1891 keine Steuern abgegeben; doch der finanzielle Status der Gemeinde war auch später immer noch schlecht. Durch den Ausfall des Hauptarbeitgebers entstand Bommern ein Ausfall von 28 618 M

[16] Trotz der bereits gesetzlich eingeführten Alterssicherung entrichteten die meisten kleinen Betriebe keine Beiträge, so daß ihre Arbeiter im Alter keine Rente erhalten konnten. Außerdem waren die Renten in den anderen Wirtschaftsbereichen niedrig.
[17] Verwaltungsberichte der Stadt Witten.
[18] Die arbeitsplatzmäßige Umschichtung kann sich nur im engeren Raum vollzogen haben, denn im Bergrevier Witten arbeiteten – trotz der Stillegungen – von 1900 bis 1910 stets rd. 12 000 Bergleute. Vgl. Verwaltungsberichte der Stadt Witten.
[19] Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß zur Zeit der Stillegungen die Stadtteile Heven, Bommern, Düren und Annen kommunalpolitisch selbständige Gemeinden waren.
[20] Emil Kirdorf, Generaldirektor der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft.

bei einem gesamten Finanzbedarf von 74 119 M. Wollte man den Verlust wettmachen, so hätte man den Hebesatz von 270% auf 370% anheben müssen.
Durch die Abkehr der Bergleute standen in Bommern 59 Wohnungen und 163 bisher untervermietete Zimmer leer[21]. Außerdem hinterließ der Bergbau noch weitere Schäden; die geringe Teufe brachte eine größere Gefährdung der Oberfläche mit sich, und der hohe Wasserzufluß im Schacht ließ die Äcker Bommerns teilweise austrocknen und minderte die landwirtschaftlichen Erträge.

4. Die Zeit der großen Stillegungen

a) Die Weltkohlenkrise

In den Jahren 1913/14 zeichnete sich erneut eine Kohlenabsatzkrise ab. Doch mit Beginn des ersten Weltkrieges wendete sich die Marktlage, und es herrschte eine rege Nachfrage nach Kohle. Die Zechen des Wittener Raumes erhielten durch diesen konjunkturellen Umschwung eine »Schonfrist«[22]. Die Kohlenknappheit war bis Ende des Jahres 1922 spürbar und hatte nach Kriegsende einen starken Zuzug von Arbeitskräften ins Ruhrgebiet zur Folge.
Doch Ende 1923/24 änderte sich die Marktlage, und eine weltweite Überproduktion machte sich bemerkbar. Englische, amerikanische und holländische Kohlen verdrängten die deutsche Kohle vom Auslandsmarkt und eroberten sogar den norddeutschen Raum. Die wirtschaftlichen Folgen der Ruhrbesetzung verschärften die Lage. Der Bergbau hatte 27% der Förderung als Micum-Last[23] zu erbringen. In der Zeit des passiven Widerstandes (bis September 1923) hatte das Reich der Montanindustrie mit einer großzügigen Kredithilfe die Weiterbeschäftigung ihrer Arbeitnehmer ermöglicht, obwohl infolge der hohen Ruhrzölle kaum ein Absatz vorhanden war[24]. Mit der Währungsstabilisierung fiel diese Hilfe weg. Die Stahlwerke in Wittens Umgebung stellten ihre Produktion ein[25]; auch die meisten Zechen setzten ihre Förderung für einige Wochen aus. Anfang 1924 begann man mit einer stark gedrosselten Förderung. Als die hoffnungslose Lage anhielt, kam es zu großen Stillegungen, die besonders den Südraum mit den geologisch

[21] Denkschrift, a.a.O., S. 23.
[22] Staatsarchiv Münster, Akten des Oberbergamtes B, Gr. 119, Nr. 281. Eingabe der südlichen Zechengemeinden des Ruhrgebietes an den Preuß. Landtag wegen befürchteter Stillegungen. Federführend war die Stadt Steele, deren Zeche »Eiberg« bereits teilweise stillgelegt war.
[23] Mission Interalliée de Contrôle des Usines et des Mines. Die Micum-Lasten wurden später durch den Dawes-Plan abgelöst.
[24] Soweit die Arbeiter nicht mit der Erstellung von innerbetrieblichen Leistungen beschäftigt waren, saßen sie untätig in den Betrieben.
[25] H. Bitter, Folgen der Ruhrbesetzung auf die Eisenindustrie, Bochum 1926, S. 33 (Köln. Diss.).

schlechten Abbaubedingungen trafen. Von 122 in den Jahren 1923–1931 stillgelegten Zechen lagen über zwei Drittel im Südraum[26, 27].

b) Die Stillegung der letzten drei Großzechen in Witten

Die Stillegungswelle traf Witten in empfindlichem Maße. Am 15. August 1924 wurden die Anlagen »Hamburg«, »Franziska« und »Ver. Wiendahlsbank« stillgelegt. Über 3000 Bergleute verloren ihren Arbeitsplatz; die Zahl erhöhte sich um weitere 1000 Mann durch die Schließung vieler Kleinzechen im Wittener Raum[28]. Die Zeit war infolge der Ruhrbesetzung so turbulent, daß das wirtschaftliche Geschehen völlig in den Hintergrund trat. Die fünf Lokalzeitungen der Umgebung Wittens berichteten mit keiner Zeile von der Stillegung[29]. Die wirtschaftlichen Gründe der Stillegung »Hamburg/Franziska« reichten bis in das Jahr 1913 zurück; aber der erste Weltkrieg und die nachfolgende Inflation schalteten Rentabilitätserwägungen für eine Zeitspanne aus. Im Jahre 1923 waren die Leistungen erschreckend gering, wie nachfolgende Übersicht verdeutlicht.

Belegschaft und Schichtleistung

Jahr	Franziska		Hamburg		Ver. Wiendahls-bank
	Belegschaft	Schicht-leistungen	Belegschaft	Schicht-leistungen	Belegschaft
1913	1336	0,8 t	1209	0,86 t	1312
1921	1442	0,5 t	1134	0,5 t	1948
1922	1382	0,5 t	1447	0,5 t	2073
1923	1070	0,3 t	1527	0,25 t	2096
1924*	571	0,7 t	1064	0,8 t	1097

Quelle: Bergamt Witten, Stillegungsakten.
* Am 1. 7. 1924.

[26] Wir können in dieser Zeit drei Stillegungswellen unterscheiden:
a) Die »negative Rationalisierung« 1924/25; d. h. die Weltkohlenkrise zwang zu Stilllegungen.
b) Die »positive Rationalisierung« 1928. Der englische Bergarbeiterstreik hatte dem deutschen Bergbau etwas »Luft gelassen«; die Ruhepause benutzte er zu einer großzügigen Mechanisierung. Die Früchte der neuen Investitionen reiften sehr schnell und führten zu einer erneuten Überproduktion, die zu erneuten Stilllegungen zwang.
c) Weltwirtschaftskrise 1929–1932. Neben den beiden strukturellen Stillegungswellen kam es durch die Weltwirtschaftskrise, die besonders die Grundstoffindustrie traf, zu einer dritten konjunkturellen Stillegungswelle.
Vgl. hierzu: Fritz Neuhaus, Zechenstillegungen im Südrandbezirk des Ruhrgebietes, Bochum 1938 (Köln. Diss.).

Mit der Einführung der Rentenmark war die geringe Produktivität nicht mehr wirtschaftlich zu rechtfertigen. Am 23. November 1923 schloß die Gelsenkirchener Berwerks AG ihre gesamten Wittener Anlagen[30]. Der Anteil der Fürsorgeempfänger stieg in Witten außergewöhnlich stark an. Im Januar 1924 nahm »Hamburg/Franziska« »versuchsweise« mit halber Belegschaft (und vielen Feierschichten) die Förderung wieder auf. Im März wurde auf »Franziska« 430 und auf »Hamburg« 243 Bergleuten gekündigt. Die Gewerkschaft erkannte die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse der Südzechen an und schloß einen Tarifvertrag, der den »Randzechen« eine Lohnkürzung bis zu 10% zubilligte. Als die Stahlindustrie auf Grund der allgemeinen Notlage wieder die 12-Stunden-Schicht einführte, wünschte der Bergbau, die Schichtzeit von 7 auf 8 Stunden zu erhöhen. Die Bergleute widersetzten sich und streikten; deshalb lagen im Monat Mai die Wittener Zechen erneut still. Nach einem vierwöchigen Streik nahmen die Arbeiter ihre Arbeit wieder auf und arbeiteten 8 Stunden.
Als am 1. Juli der Lohn um 5% stieg und gleichzeitig die Kohlepreise um 20% gesenkt wurden, war die Lage für »Hamburg/Franziska« hoffnungslos. Die Verluste waren beträchtlich.

*Wirtschaftliche Lage von »Hamburg/Franziska«**

Zeche	Selbstkosten je t**	Erlös je t
Hamburg	22,29 RM	13,87 RM
Franziska	38,44 RM	13,87 RM
Ruhr	16,83 RM	

* Archiv der Bochumer Bergwerks AG, Stillegungsakte »Hamburg/Franziska«.
** Ohne Micum-Lasten.

Am 10. Juli wurde dem Demobilisierungskommissar (Reg.-Präs.) und dem Bergamt die Stillegungsabsicht angekündigt[31]. Der Regierungspräsident versuchte in einer Besprechung in Witten am 26. Juli, die Schließung der Zechen zu verhindern. Sein Bemühen war aber ohne Erfolg.
Am 15. August 1924 wurde auf »Ver. Wiendahlsbank«, die der Deutsch-Luxemburg zugehörte, die letzte Schicht verfahren. Als die 1000 Mann starke Belegschaft

[27] Die vielen Kleinzechen werden wegen ihrer geringen markt- und arbeitsplatzmäßigen Bedeutung nicht erörtert. Sie sind »Konjunkturritter«, die bei reger Kohlennachfrage den Stollen (Schacht) öffnen und in schlechten Zeiten wieder schließen. So tauchen viele stillgelegte Großzechen als Stollenbetriebe wieder auf (Tab. I/2).
[28] Vgl. Tab. I/2.
[29] Vermutlich war das Schweigen beabsichtigt, denn die Franzosen besetzten die Ruhr, um Kohle zu holen. Deshalb erschien die Stillegung ein Kampfmittel gegen die Franzosen zu sein – obwohl sie aus rein wirtschaftlichen Gründen erfolgte.
[30] Auch die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft, der die »Ver. Wiendahlsbank« gehörte, legte ihre Anlagen im Wittener Raum still.
[31] Gemäß Stillegungs-VO vom 8. 11. 1920
und 15. 3. 1923

einige Wochen vorher die Stillegungsabsicht erfuhr, glaubte sie zunächst an ein Gerücht; denn ein zweiter Schacht wurde gerade abgeteuft und einige neue Maschinen installiert[32]. Die Stillegung der drei Zechen kam so überraschend, daß man zunächst an eine kurzfristige Stillegung glaubte. »Hamburg« entließ nach dem Ausrauben alle Bergleute, »Franziska« beschäftigte bis September 1925 rd. 200 Mann, die das noch arbeitende Elektrizitätswerk mit Kohle versorgten. Bis dahin wurde das Wasser mit einem monatlichen Aufwand von 39 083 RM gehoben. Auf eine Eingabe der Betriebsräte im November 1924 stellte die Gelsenkirchener Bergwerks-AG die Wiederaufnahme der Förderung von »Hamburg« in Aussicht, sofern sich die Absatzlage bessern würde. Auch auf »Ver. Wiendahlsbank« wurde mit einem monatlichen Aufwand von 30 000 RM das Wasser bis zum 10. Juli 1925 gehoben. Aber die Seilscheiben drehten sich in Witten nie mehr. Zwei Jahre später wurden alle Förderanlagen abgerissen und die Schächte mit schweren Betonplatten verschlossen. In Witten war der Bergbau erloschen.

c) Verbleib der Bergleute

Die alte Bergmannstradition lebte in Witten weiter. Die meisten freigesetzten Bergleute blieben dem Bergbau treu.
Die Wirtschaft war 1924 noch stark zerrüttet und der Arbeitsmarkt nicht aufnahmefähig[33]. Der wichtigste Industriezweig in Witten, die eisenerzeugende und metallverarbeitende Industrie, war nur zur Hälfte beschäftigt. Das städtische Arbeitsnachweisbüro konnte in Witten keine neuen Arbeitsplätze anbieten; nur einige Vermittlungen nach auswärtigen Zechen erfolgten. Gegen Umsiedlungen sträubten sich die bodenständigen Bergleute. Der Verwaltungsbericht klagte über viele Schwierigkeiten und Fehlvermittlungen[34]. Im November 1924 war es erst 153 Bergleuten von »Hamburg/Franziska« (10,6%) gelungen, neue Arbeit zu erhalten. (Vgl. nachfolgende Tabelle.)

*Belegschaft »Hamburg/Franziska«**

	Hamburg	Franziska
Juli 1924: Belegschaft	966	458
davon: verheiratet	841	447
Hausbesitzer	154	44
Entlassen	1040	352
(Angehörige der Entlassenen)	1820	644
November 1924: in Arbeit	120	33

* Archiv der Bochumer Bergwerks-AG, Stillegungsakte »Hamburg/Franziska«. (Die Zahlen differieren geringfügig gegenüber denen des Bergamtes Witten.)

[32] Ein kompletter neuer Schacht war förderbereit. Vgl. Archiv der »Dortmunder Bergwerks-AG«, Stillegungsakte »Ver. Wiendahlsbank«, »Kaiser Friedrich« und »Glückauf-Tiefbau«.
[33] Vgl. Tab. I/3: Der Arbeitsmarkt der Stadt Witten von 1920–1928.
[34] Verwaltungsberichte der Stadt Witten.

Die Zeche »Mansfeld« in Langendreer übernahm sofort 20 Bergleute, und gegen Jahreswende fanden viele Bergleute von »Hamburg« bei den nördlichen Anlagen in Langendreer und Oespel Arbeit. Die Männer von »Franziska« blieben mehr im Süden. Viele erhielten auf den syndikatsfreien Zechen »Klosterbusch« und »Constanze« neue Arbeit, da diese Anlagen – trotz der schlechten Absatzlage – stark expandierten[35]. Ebenso übernahm die »Herbeder Steinkohle« viele Wittener Bergleute. Die Leute von »Ver. Wiendahlsbank« kamen leichter unter, da die Konzernzeche »Bruchstraße« einen Teil der Belegschaft übernahm. Der Rest verteilte sich auf »Oespel«, »Harpen« und »Gottessegen« in Süd-Dortmund.
Die Arbeitseingliederung vollzog sich langsam. Bis zum 1. Juli 1926 konnten 435 Bergleute von Witten nach angrenzenden Zechen vermittelt werden[36]. Als Ende des Jahres 1926 der englische Bergbau durch einen langandauernden Bergarbeiterstreik lahmgelegt wurde, entstand auf dem deutschen Markt eine rege Kohlennachfrage. So fanden die meisten freigesetzten Bergleute wieder Arbeit.
Die Bergleute blieben größtenteils in Witten wohnen und pendelten mit der Eisenbahn zu den Zechen Langendreers und Süd-Dortmunds. In den Jahren 1927/28 wurden mehrere Buslinien eingerichtet[37].
Zur Zeit der Stillegung waren meist verheiratete, ältere Bergleute tätig, da die ledigen bereits einige Monate früher entlassen worden waren. Daher war ein hoher Prozentsatz pensionsberechtigt[38]. Die Gewerkschaft unterstützte die frühe Invalidisierung, und die Knappschaft war großzügig in der Bewilligung der Rente. Auf Grund eines ministeriellen Erlasses wurden alle über 50 Jahre alten Bergleute pensionsberechtigt. Die monatliche Rente betrug bei einer Anwartschaft von 30 Jahren rd. 70 RM. Da viele Bergleute im Wittener Raum einen »Kotten« besaßen, begrüßten sie die Pensionierung und schufen sich durch intensivere Bebauung ihres Landes einen zusätzlichen Verdienst[39].

d) Auswirkungen auf den kommunalen Haushalt

Der finanzielle Status der Gemeinden war infolge der Ruhrbesetzung und der allgemeinen schlechten wirtschaftlichen Lage ohnehin trostlos. Die Zechenstillegungen verschärften noch die Notlage. Besonders hart wurde die Gemeinde Annen betroffen, da außer den beiden Zechenstillegungen »Hamburg« und »Ver. Wiendahlsbank« auch Krupp seine Annener Werke auflöste und die Produktion in Essen zentralisierte. Dadurch verlor Annen weitere 1500 Arbeitsplätze[40]. Annen war

[35] Staatsarchiv Münster, Oberbergamt G, Gr. 119, Nr. 307. Die Stimmungsberichte sprechen vom »schlanken Absatz« der beiden Zechen.
[36] M. J. Eustermann, Versuche, Bergleute, die nach Zechenstillegungen erwerbslos geblieben waren, in andere Berufe überzuführen, Dortmund 1929 (Manuskr.).
[37] Hervorzuheben ist, daß Bergleute die eigene Auto-Verkehrsgenossenschaft Hoechsten gründeten, um die Bergleute des Südraumes nach den nördlichen Zechen zu bringen.
[38] Schätzungsweise rd. 20%.
[39] Die Intensivierung ging u. W. nicht so weit, daß man Frühgemüse unter Glas anbaute. Vgl. dagegen M. J. Eustermann, a.a.O., S. 41ff.
[40] Historisches Archiv, Fried. Krupp.

finanziell derartig geschwächt, daß es die Eingemeindung nach Witten anstrebte, die 1929 erfolgte[41].
In der Stadt Witten lag das »Gußstahlwerk Witten« völlig darnieder, so daß die Zeche »Franziska« der wichtigste Steuerzahler war. Der Steuerausfall durch die Stillegung von »Franziska« läßt sich nur schätzen, weil die letzten Inflationsjahre nicht zum Vergleich herangezogen werden können. Die Stadt dürfte einen jährlichen Verlust von rd. 45 000 RM erlitten haben. – Die Mittel für die Erwerbslosenfürsorge erhielten die Gemeinden bis 1927[42] vom Reich zu 90% erstattet.

5. Witten nach der Umstrukturierung

a) Die Wanderung des Bergbaus von Süd nach Nord

Der Prozeß der Umstrukturierung vollzog sich in Witten sehr langsam, und die Anpassungsschwierigkeiten waren erheblich. Die Umstrukturierung stellt sich zunächst als Süd-Nord-Wanderung des Bergbaus dar. In der frühindustriellen Zeit war der Bergbau nur dort möglich, wo die Flöze zutage traten. Aber im Zuge des technischen Fortschritts erwiesen sich die anfangs so günstigen geologischen Verhältnisse des Südraums als nachteilig, und die Steinkohlenförderung verlagerte sich immer mehr nach Norden, wie nachstehende Tabelle veranschaulicht:

*Süd-Nord-Wanderung**

	Belegschaft in %			Förderung in %			Stillegungen
	1850	1900	1926	1850	1900	1926	1924–1929
Süden	54,9	11,8	2,6	56,4	10,6	2,4	86
Mitte	45,1	68,0	57,2	43,6	69,4	57,5	8
Norden	–	20,2	40,2	–	20,0	40,1	4

* H. Henche, Die Zechenstillegungen und Betriebszusammenfassungen im Ruhrbezirk nach dem Weltkrieg, Gelsenkirchen 1930, S. 15 (Münch. Diss.).

Das Syndikat beschleunigte die Zechenschließung im Wittener Südraum, da die Gelsenkirchener Bergwerks-AG und die Deutsch-Luxemburg bestrebt waren, die Förderquoten auf die ertragreicheren Nordzechen zu übertragen. Diese »negative Rationalisierung« (im Verein mit der »positiven«) erhöhte von 1924 bis 1929 ihm Ruhrdurchschnitt:

[41] Durch Zechenstillegungen verloren viele Gemeinden ihre politische Selbständigkeit. Kennzeichnend hierfür ist die Stadt Steele. Vgl. L. Hechelmann, Das Schicksal der Stadt Steele unter Einfluß industrieller Standortänderungen, Essen 1929 (Münch. Diss.).
[42] Errichtung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

die Schichtleistung von 886 auf 1261 kg und senkte die Selbstkosten je t von 10,22 auf 7,18 RM.
Die Süd-Nord-Wanderung ist in den zwanziger Jahren auch in Bochum zu beobachten. Wie wir später noch sehen werden, hat sie hier neuerdings in verstärktem Maße eingesetzt.

b) Die dominierende Rolle der Metallindustrie

Die Umstrukturierung wurde ermöglicht durch das Wachstum der »Metallerzeugung und -verarbeitung«; allerdings vollzog sich dieses Wachstum langsam, so daß der Prozeß der Umstellung sich fast über zwei Jahrzehnte erstreckte. Zur Zeit der Stillegung im Jahre 1924 lag der Wirtschaftszweig »Metall« infolge der Ruhrbesetzung völlig darnieder. Erst 1925 war eine leichte Besserung zu spüren, die bis 1928 anhielt. Die danach einsetzende Weltwirtschaftskrise brachte einen erneuten Rückschlag. So waren 1933 in der Metallindustrie trotz der Eingemeindungen nur 4626 Mann gegenüber 6868 im Jahre 1925 beschäftigt. Noch 1935 berichteten die Verwaltungsberichte der Stadt Witten und die Mitteilungen der IHK Bochum von einer anhaltenden schlechten wirtschaftlichen Lage. Erst Ende der dreißiger Jahre war die Metallindustrie Wittens vollbeschäftigt; damit war ein Ausgleich für die verlorenen Arbeitsplätze im Bergbau geschaffen. Die heutige Bedeutung der Metallindustrie veranschaulicht am besten die Industrieberichterstattung:

*Industriebeschäftigte in Witten**

Industriezweig	1957	1958	1959
Eisenschaffende Industrie	8 750	8 730	9 172
Stahlbau, Maschinenbau	4 389	4 360	4 119
Elektro, Optik	1 059	1 046	1 059
Stahlverformung	1 010	926	997
Gesamte Metallindustrie	(15 208)	(15 062)	(15 347)
Sonstige Industrie (Glas)	4 673	4 315	4 475
Gesamte Industrie	19 881	19 372	19 822

* Beiträge der Statistik des Landes NRW, Heft 112 und 131.

Die Entwicklung vollzog sich »organisch«. Die Metallindustrie und der Bergbau wuchsen gleichzeitig, wenn auch arbeitsplatzmäßig der Bergbau im 19. Jahrhundert überwog. In Witten ist die Eisenerzeugung und -verarbeitung genauso alt wie der Bergbau. Die beiden großen Werke[43] wuchsen langsam und hatten bereits vor dem ersten Weltkrieg Belegschaften von über 1000 Mann. Zur Zeit der Zechenstillegungen war die Metallindustrie potentiell in der Lage, den Bergbau

[43] Von dem Annener Krupp-Werk ist hier abgesehen, da es 1924 aufgelöst wurde.

abzulösen; die ungünstige wirtschaftliche Situation erschwerte diese Ablösung, und die Umstrukturierung wurde erst Ende der dreißiger Jahre abgeschlossen.

c) Das Weiterleben der Bergmannstradition

Die Beschäftigtenstatistik für Witten weist noch immer einen erheblichen Anteil von Bergleuten aus. (Vgl. nachfolgende Tabelle.)

*Die Beschäftigten in Witten 1958**

Wirtschaftsabteilung	Absolut	In %
Landwirtschaft	358	0,8
Bergbau	4 728	10,4
Metallindustrie	17 848	39,1
Verarbeitende Industrie (ohne Metall)	5 425	11,9
Baugewerbe	3 894	8,5
Handel/Geld	5 042	11,0
Dienste	2 416	5,3
Verkehr	2 671	5,7
Öffentliche Dienste	3 347	7,3
Insgesamt	45 675	100,0

* Die Stadt Herbede ist in den Zahlen mitenthalten. Eine Eliminierung ist nicht möglich.

Es handelt sich zumeist um die Söhne ehemaliger Bergleute, die an dem Beruf des Vaters festhielten und nach den Zechen Dortmunds und Langendreers auspendelten. Im Jahre 1950 waren von den 4600 Auspendlern 3500 Bergleute. Die Kohlen; absatzkrise 1958–1960 hat allerdings 1120 junge Bergleute zur Abkehr veranlaßt- das sind 23,1% der Bergbaubeschäftigten. Nur in Bochum ist mit 24% die Abkehr stärker.

d) Die ausgewogene Struktur Wittens

Durch die Süd-Nord-Wanderung des Bergbaus wurde die starke Bergbaubestimmtheit Wittens völlig beseitigt. Heute weisen die »reinen Kohlenstädte« des Nordreviers die Einseitigkeit auf, die Witten im Jahre 1882 besaß. Die nachfolgende Tabelle, in der für den Süden, die Mitte und den Norden des Ruhrgebietes typische Städte als konkrete Beispiele eingesetzt sind, veranschaulicht die wirtschaftliche Umstrukturierung des Wittener Raumes.
Der Bergbau ist in Witten fast erloschen. In den wenigen Kleinzechen und Stollen arbeiten nur 3% aller Industriebeschäftigten[44]. Heute kommt der eisenschaffenden

[44] Inzwischen sind viele dieser Kleinzechen geschlossen, so daß der Prozentsatz noch geringer geworden ist.

Umstrukturierung im Ruhrrevier
(in % der industriellen Arbeitsplätze)*

	1882		1950	
	Bergbau	übrige Industrie	Bergbau	übrige Industrie
Witten	75	25	3	97
Dortmund	60	40	39	61
Bottrop	20	80	83	17

* Atlas des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk, Essen 1960, III/1.

und metallverarbeitenden Industrie das entscheidende Gewicht zu. Hier bestehen neben den beiden Großbetrieben viele kleine und mittlere Unternehmen der Metallverarbeitung, Maschinen- und Elektroindustrie und der Optik. Auch die Glashütten und die Bauwirtschaft besitzen eine große Bedeutung. Man kann die Wirtschaftsstruktur Wittens als ausgewogen bezeichnen, da eine gesunde Mischung von Wirtschaftszweigen und Betriebsgrößen besteht.

II. Eine nicht gelungene Umstrukturierung: Selm

Vorbemerkung:

Das Dorf Selm hat im Vergleich zur Untersuchungsgemeinde Witten eine grundverschiedene Struktur. Berichteten wir zuvor von einer alten traditionsreichen Bergmannsstadt, so werden wir jetzt eine »Kolonie«, eine junge Industrieansiedlung beschreiben, der die Umstrukturierung nach der Zechenstillegung nicht gelungen ist.

1. Lage, Raum und Bevölkerung

Nördlich von Dortmund, weit in der Ebene des Münsterlandes, liegt die Gemeinde Selm. Sie gehört zum Amt Bork; die Kreisstadt ist Lüdinghausen.
Die verkehrsmäßige Erschließung ist nicht sonderlich gut. Die Eisenbahnnebenstrecke Gronau–Dortmund berührt Selm und erschließt die Süd–Nord–Richtung. Auch die Straßen bevorzugen die gleiche Richtung: Nach Norden verbinden sie Selm mit der Kreisstadt Lüdinghausen, nach Süden mit den Industrieorten und Arbeitsstätten Lünen und Dortmund.
Auf der 26,3 qkm großen Gemeindefläche lebten 1950 rd. 14 000 Einwohner (vgl. Karte II/1).

2. *Der Wandel einer Landgemeinde zum Industrieort*

a) Die Landgemeinde Selm um 1900

Über tausend Jahre (von 857, als erstmalig der Name Selm in der Chronik auftaucht, bis 1907) änderte sich kaum etwas in Selm. Es war ein kleines Bauerndorf. Die Volkszählung 1871 registrierte im Dorf und den zugehörigen Bauernschaften 1546 Seelen. Bis zum Jahre 1907 war die Zahl der Einwohner nur um 100 Personen gestiegen.

*Bevölkerungsstand 1871 in Selm**

Ortsteil	Häuser	Haushalte	Einwohner
Selm, Dorf	141	167	774
Beifang	32	34	216
Ondrup	31	33	198
Ternsche	28	29	177
Westerfelde	30	31	179

* Quelle: Staatsarchiv Münster, Krs. Lüdinghausen, 1. Landratsamt, Nr. 11.

Die Landwirtschaft war die einzige primäre Erwerbsquelle; kein einziger Industriebetrieb war um 1900 in Selm zu finden. Bei der Selbstgenügsamkeit und Autarkie der Bauern und Kötter gab es im Bereich der Folgeleistungen nur wenige Handwerker und Krämer, die im Dorf wohnten. Erst um die Jahrhundertwende pendelten einige nachgeborene Köttersöhne ins Industriegebiet, das sich stetig nach Norden vorschob.

b) Errichtung der Schachtanlage »Hermann«

Die ländliche Geruhsamkeit des Dorfes verschwand plötzlich, als 1907 die Triersche Bergwerksgesellschaft mit der Errichtung einer Großzeche begann. Der Graf von Landsberg-Velen verkaufte das 1340 Morgen große Rittergut Botzlar in Selm-Beifang für 1,8 Mio. M den drei gleichnamigen Gewerkschaften Hermann, die dort durch eine Betriebs-GmbH eine Zeche errichteten. Im Frühjahr 1907 wurde mit den Bohrarbeiten begonnen, und 1909 stieß man erst bei 800 m auf Kohle. Bei 975 m wurde die erste Sohle angesetzt und im August 1909 die Förderung aufgenommen. In den nachfolgenden Jahren wurden mehrere Nebenbetriebe erstellt: Ziegelei, Kokerei, Benzol- und Ammoniakfabrik. Ein Anschlußgleis zum Bahnhof Bork erleichterte den Absatz.
Bei den Abteufarbeiten waren zumeist Männer der Umgebung beschäftigt. Dann konnte der steigende Personalbedarf nicht mehr im ländlichen Umkreis gedeckt werden. So schickte die Zeche ihre Anwerbungskommission in die östlichen und südlichen Länder und warb Bergleute an. Nach Selm kamen Ost- und Westpreu-

ßen, Italiener, Polen, Tschechen und Slowenier[45]. In jedem nachfolgenden Jahr verdoppelte sich fast die Belegschaft (vgl. Tab. II/2).
Auch viele Handwerker und Geschäftsleute ließen sich in Selm nieder und eröffneten im alten Dorfkern ihre Werkstätten und Läden. So wuchs die Gemeinde von 1907 bis 1914 um 6300 Einwohner (vgl. Tab. II/3). Die Entwicklung und Umstrukturierung verlief so stürmisch, daß sich oft abträgliche Disproportionalitäten zeigten[46].
Selm verlor völlig seinen dörflichen Charakter und glich nun einer künstlich »gemachten« Gemeinde; dieser Eindruck wurde durch die »Kolonie«-Siedlung noch verstärkt. Im Jahre 1908 hatte man nur wenige Häuser für Zechenbeamte und Handwerker errichtet. Die Arbeiter, soweit sie nicht aus der näheren Umgebung kamen, wohnten bei den Köttern und den »kleinen Leuten« zur Miete. Mit dem Beginn der Förderung und der damit verbundenen Belegschaftserhöhung waren Wohnungen notwendig, um die angeworbenen Zuwanderer unterzubringen. Von 1910 bis 1913 entstand die »Hermanns«-Siedlung mit rd. 1000 Wohnungen. Die Siedlung war nach damaligen Maßstäben durchaus modern angelegt, und die Vier-Zimmer-Wohnungen waren recht geräumig. Zu jeder Wohnung gehörte ein Garten. – Nach dem ersten Weltkrieg wurden noch weitere Wohnungen erstellt.
Ein derartig schnelles Wachstum mußte viele soziale Spannungen mit sich bringen, die durch das Völkergemisch noch verstärkt wurden. Selm glich von 1910 bis 1914 einem Durchgangslager. Viele Italiener, Slowenier und andere Ausländer konnten sich mit der Bergmannsarbeit nicht befreunden und kehrten ab. Die entstandenen Lücken wurden wieder durch neue Ausländer aufgefüllt. Die Belegschaft bestand zu über 80% aus Zuwanderern. Es zeigten sich bald heftige Spannungen zwischen dem alten Dorf und der neugegründeten »Kolonie«. So gestaltete sich der soziale Prozeß der Integration sehr schwierig[47]. Der einsichtige Gemeinderat – vornehmlich aus Bauern bestehend – arbeitete mit den Bergleuten zusammen und nahm die Belange der jungen Industriegemeinde wahr. Nach dem ersten Weltkrieg holten die Bauern sogar Arbeiter in den Gemeinderat.
Die Zeche »Hermann« hatte die schlechtesten Abbaubedingungen des Umkreises. Bei der großen Schachttiefe[48] herrschte im Berg eine Hitze von 40 Grad Celsius, die durch die Bewetterung nur auf 30–28 Grad gekühlt wurde. Hinzu kam noch ein starker Wasserzufluß. Daher herrschte vor Ort eine feuchte Wärme, und die Anlage wurde allgemein als »Zeche Elend« bezeichnet. Das Oberbergamt konnte

[45] Infolge der Hochkonjunktur war der Arbeitsmarkt des Ruhrgebietes von 1907 bis 1912 stark angespannt. Darüber hinaus war das ländliche Arbeitskräftereservoir der Umgebung durch die vorangegangenen Zechengründungen in Werne und Bockum-Hövel ausgeschöpft. Vgl. Staatsarchiv Münster, Oberbergamt B, Gruppe 119, Nr. 306.
[46] M. Lehmkühler, Die wirtschaftliche Entwicklung des Kreises Lüdingshausen seit 1800, Recklinghausen 1948, S. 65.
[47] Die Spannungen waren und sind in allen Gemeinden des Nordreviers festzustellen; überall herrscht ein starkes Vorurteil gegen die »Kolonie« und ihre Bewohner. Vgl. Croon/Utermann, Zeche und Gemeinde, Tübingen 1958, S. 30ff. – Vgl. dagegen das hohe Ansehen des Bergmanns im Wittener Raum.
[48] Damals der tiefste Schacht des Reviers.

auf Grund gesetzlicher Bestimmungen nur eine Arbeitszeit unter Tage von 6 Stunden gestatten, so daß die Schichtleistung gering war. Die schwierigen Arbeitsbedingungen hatten eine negative Personalauslese zur Folge, da nach Selm nur Bergleute abwanderten, die anderwärts nicht unterkamen. Die guten Bergleute, die nicht an Selm gebunden waren, suchten dagegen bessere Arbeitsplätze.
Die schlechten geologischen Verhältnisse fanden ihren Niederschlag im Unternehmensergebnis. Jedes Jahr mußten die Kuxeninhaber eine Zubuße entrichten; dennoch stieg der Kurs je Kux in der Zeit von 1906 bis 1912 von 2900 auf 5325 M[49].
Das schnelle Wachstum der Bevölkerung und die starke Zunahme der Unselbständigen stellten an die Gemeinde große Anforderungen. Der bäuerliche Gemeinderat hat diese Aufgabe geschickt und energisch gemeistert[50]. Zunächst mußte eine neue Infrastruktur geschaffen werden. Der Gemeinderat erzwang auf Grund der preußischen Ansiedlungsgesetzes von der Zeche einen Betrag von rd. 200 M je Wohnung für Schulen und Verwaltung. Auch die Kirchen erhielten eine Abgabe von 80 bis 100 M je Wohnung. Außerdem stellte die Bergwerksverwaltung den Grund und Boden. So entstanden neue Schulen und Kirchen. Die Straßen in der »Hermannssiedlung« legte die Zeche an[51].

3. Die Stillegung von »Hermann«

a) Gründe der Stillegung

Nach dem ersten Weltkrieg wuchs die Zeche »Hermann« in ihre volle Betriebsgröße hinein. Die Belegschaft erhöhte sich auf 3500 Mann. Da Selm nur vorübergehend von den Franzosen besetzt war, hatte die Zeche einen guten Absatz, sogar noch in den schweren Jahren 1924–1926[52]. Der Nachkriegszustrom der Neubergleute brachte wiederum Unruhe nach Selm. Die Fluktuationsquote verdoppelte sich. Monatlich wechselten 500 Mann auf »Hermann« – und das zur Zeit der Kohlenkrise und der allgemeinen Arbeitslosigkeit im Ruhrrevier.
Im Jahre 1919 erwarb eine französische Gesellschaft 94% der Kuxe zu einem günstigen Preis. Sie verzichtete auf weitere Investitionen und Rationalisierungen und nahm die laufenden Verluste hin. Als sich die geologischen Bedingungen durch eine Verwerfung noch verschlimmerten, suchte man um Stundung der Gewerbesteuer nach. Die dadurch aufkommenden Stillegungsgerüchte dementierte die Bergwerksverwaltung[53].

[49] Hierin spiegelt sich das spekulative Moment der Schachtabteufungen um 1900 wider.
[50] Oft auch gegen den »Königl. Generaldir. a. D.«. Vgl. Staatsarchiv Münster, Krs. Lüdinghausen, 2. Kreisausschuß, Nr. 98.
[51] Damals noch ohne Kanalisation.
[52] Staatsarchiv Münster, Krs. Lüdinghausen, 2. Kreisausschuß, Nr. 16. Desgl. Oberbergamt B, Gruppe 119, Nr. 308. »Hermann« hatte überdies eine hohe Syndikatsquote von 1,3 Mio. t, wohl die höchste Beteiligung einer Einzelzeche.
[53] Staatsarchiv Münster, Oberbergamt B, Gruppe 119, Nr. 267.

b) Verlauf der Stillegung

Daher war die ganze Gemeinde Selm bestürzt, als die Zechenverwaltung am 5. Mai 1926 die Stillegung dem Demobilisierungskommissar (Reg. Präs.) anmeldete und der Belegschaft vorsorglich kündigte. Trotz aller Proteste und Petitionen beschloß die Gewerkenversammlung am 9. Juni die endgültige Stillegung. Die Gesellschaft verkaufte den Grubenbetrieb und die hohe Förderquote den Vereinigten Stahlwerken mit der Auflage, die Zeche am 1. Juli 1926 zu schließen[54]. Die Werkswohnungen erwarb die Bergwerksgesellschaft »Emscher-Lippe« in Datteln; das Betriebsgelände sicherte sich die Gemeinde. In extrem liberaler Weise wurde alles Verkäufliche zu Geld gemacht. Aus dem Erlös wurde eine Ausbeute von 7% bezahlt – die einzige Gewinnausschüttung des Unternehmens.
In Selm herrschte größte Unruhe und Erregung; man protestierte in öffentlichen Versammlungen gegen die beabsichtigte Stillegung und den Verlust der Existenzgrundlagen von 12 000 Einwohnern. Vorschläge des Regierungspräsidenten, den Lohn statt um 6%, wie bislang, um 9% zu kürzen und am Samstag zu arbeiten, scheiterten am Widerstand der Gewerkschaften; ebenso weigerte sich das Oberbergamt, eine Verlängerung der sechsstündigen Schichtzeit zu genehmigen[55]. Die Stillegung war eine »beschlossene Sache«, und auch die vom Land Preußen angebotenen 5 Mio. RM Subventionen änderten nichts am Stillegungsbeschluß[56]. Das Gros der Belegschaft wurde entlassen, nachdem am 30. Juni die letzte Schicht verfahren wurde. Die Kumpels schrieben doppelsinnig an den letzten Förderwagen[57]:

»Du starbst so jung, Du starbst so früh,
wer Dich gekannt, vergißt Dich nie;
geb. 1907, gest. 1926.«

Nach sechs Wochen war die Zeche bereits ausgeraubt. Fördereinrichtungen wurden abgebrochen, die Grube unter Wasser gesetzt, die beiden Schächte mit schweren Betonplatten abgedeckt. Auch der Gleisanschluß wurde als Altmaterial verkauft. Am 13. September 1926 war die Stillegung abgeschlossen und niemand mehr auf der Zeche beschäftigt[58].
Mit der Stillegung der Zeche hatte Selm, das isoliert weit außerhalb des Ruhrgebietes liegt, seinen wichtigsten Standortvorteil, die Kohle, verloren, der die Gemeinde die Aufwärtsentwicklung verdankte. Der Regierungspräsident hatte versucht, die hohe Förderquote der 20 km entfernten Zeche »Emscher-Lippe« zu-

[54] Vgl. Archiv der Rheinstahl AG, Stillegungsakte »Hermann«. Die Grubengewerkschaft »Hermann« gehört heute zu zwei Drittel der Arenberg-Gruppe (Bergwerke der Rheinstahl AG) und zu einem Drittel der GBAG.
[55] Viele Bergleute waren bei aller Sorge um einen neuen Arbeitsplatz über die Schließung der »Zeche Elend« froh.
[56] Staatsarchiv Münster, Krs. Lüdinghausen, 1. Landratsamt, Nr. 348.
[57] Lüdinghausener Zeitung vom 17. Juli 1926.
[58] Staatsarchiv Münster, Oberbergamt B, Gruppe 119, Nr. 308.

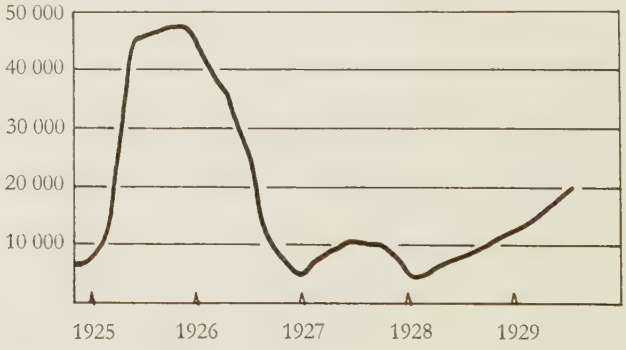
zuschlagen, mit der Auflage, die Belegschaft »Hermann« zu übernehmen[59]. Das scheiterte am mangelnden Interesse von »Emscher-Lippe« und dem höheren Angebot der Vereinigten Stahlwerke. Daher bemühte man sich um Industrieansiedlungen und wies auf die Vorteile Selms hin:

1500 gute Werkswohnungen,
schuldenfreie Gemeinde mit tiefen Hebesätzen,
arbeitsame Bevölkerung.

Aber schon am 13. August erklärten die IG-Farben, daß sie nicht die Absicht hätten, in Selm eine chemische Fabrik zu errichten. Auch die Elektrizitätswerke wollten das angebotene Zechenkraftwerk nicht übernehmen. – Die Gemeinde hat sich dreißig Jahre lang vergeblich bemüht, Industrie in Selm anzusiedeln.

c) Verbleib der Bergleute

Der englische Bergarbeiterstreik hatte im Juni 1926 für den deutschen Bergbau eine plötzliche und nachhaltige Entspannung gebracht. Während auf den Nachbarzechen in Werne, Waltrop und Lünen im April und Mai infolge mangelnden Absatzes noch größere Entlassungen vorgenommen wurden, herrschte bereits im Juni eine so starke Kohlennachfrage, daß die Bergleute Überstunden ableisten mußten. »Hermann« wurde also in einer Zeit des guten Absatzes und einer guten Beschäftigungslage geschlossen[60]. Der Arbeitsmarkt erwies sich plötzlich als sehr aufnahmefähig. Obige Darstellung verdeutlicht den jähen Umschlag. So konnten



Wandel der Beschäftigungslage[61]
(Zahl der arbeitsuchenden Bergleute im Revier)

[59] »Emscher-Lippe« hatte die Werkswohnungen gekauft; sie gehörte je zur Hälfte Krupp und Phoenix.

[60] Es ist die letzte Zeche in der ersten Stillegungswelle 1924–1926. Vgl. die aufschlußreichen Stimmungsberichte der Bergämter, in: Staatsarchiv Münster, Oberbergamt B, Gruppe 119, Nr. 308 und 309.

[61] Quelle: M. J. Eustermann, a.a.O., S. 4.

die 2800 freigesetzten Bergleute verhältnismäßig leicht Arbeit auf den benachbarten Zechen finden. In einer Sitzung am 21. Juni im Oberbergamt Dortmund erklärten sich die Vereinigten Stahlwerke bereit, 1300 Bergleute aufzunehmen. Da ihre Anlagen von Selm zu weit entfernt waren, wäre ein Umzug notwendig gewesen. Nur 200 Bergleute waren dazu bereit; sie nahmen dieses Arbeitsangebot an und verließen Selm. Vornehmlich fanden sie auf den neuen Thyssen-Schächten Arbeit. Auch die Zechen des näheren Umkreises waren bereit, Selmer Bergleute aufzunehmen, wie folgende Aufstellung zeigt:

Stein/Hardenberg	200 Arbeiter, 20 km entfernt*
Achenbach	100 Arbeiter, 15 km entfernt
Grimberg	100 Arbeiter, 25 km entfernt
de Wendel	300 Arbeiter, 35 km entfernt
Viktor-Ickern	200 Arbeiter, 20 km entfernt
Summe	900 Arbeiter

* Da der Arbeitsmarkt ständig aufnahmefähiger wurde, wurden diese Stellenangebote nicht voll beansprucht. Überwiegend ging man zur nächsten Zeche. Andere Arbeitsmöglichkeiten außerhalb des Bergbaus waren nur in beschränktem Umfange vorhanden und wurden darüber hinaus gering entlohnt.

Als die Absatzlage sich weiter verbesserte, stellten auch die Nachbarzechen »Waltrop« und »Emscher-Lippe« (Datteln) Selmer Bergleute in großer Zahl ein. Drei Wochen nach der Stillegung waren nur noch 700 Bergleute – meist ältere – ohne Arbeit. Ein Teil von ihnen schien um eine neue Arbeit nicht sonderlich bemüht gewesen zu sein; denn als für das beschleunigte Ausrauben 330 Arbeitskräfte gesucht wurden, meldeten sich nur 180 Erwerbslose[62]. Die schlechten Arbeitsbedingungen trugen dazu bei, daß ein großer Teil der älteren Bergleute invalidisiert wurde[63].
Die Gemeinde beschaffte sich einige alte Lastkraftwagen (mit Vollgummirädern) und beförderte damit die Bergleute zu den Nachbarzechen nach Lünen, Waltrop, Werne, Datteln, Castrop, Dortmund und Recklinghausen. Nach einigen Wochen übernahm die Vestische Kleineisenbahn-Gesellschaft die Beförderung der Auspendler mit Bussen. In den nächsten zwei Jahren verringerte sich die Zahl der Erwerbslosen auf 300 Mann. Wegen der langen Pendlerwege zogen viele jüngere Bergleute von Selm fort.

d) Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise

Die für Selm befürchtete Katastrophe schien ausgeblieben zu sein. – Doch mit dem Einsetzen der Weltwirtschaftskrise zeigten sich erst die Folgen der Stillegung in

[62] Vgl. Staatsarchiv Münster, Oberbergamt B, Gruppe 119, Nr. 308. Beispielsweise fehlten auf der Nachbarzeche »Achenbach« täglich bis zu 140 Arbeiter unentschuldigt.
[63] Das Reich begünstigte ein frühes Ausscheiden aus dem Bergbau. Vgl. die Wittener Untersuchung I/4c.

voller Deutlichkeit. Die benachbarten Zechen entließen zunächst die Pendler aus Selm, weil sie für diese Leute einen kleinen Fahrkostenzuschuß von 50 Pf je Schicht und Mann zahlten. So wurden fast alle Bergleute in Selm erwerbslos. Die Krisensituation veranschaulicht nachfolgende Übersicht.

Unterstützungsempfänger in Selm
(von 1926 bis 1936)*

Datum	Hauptunterstützungsempfänger	Angehörige	Einwohner	Unterstützte in %
11. 5. 1926	178	391	11 634	4,9
1. 8. 1926	1 062	–	11 055	–
14. 6. 1927	–	–	10 015	–
1. 11. 1928	303	689	10 529	9,4
1. 10. 1930	1 396	2 916	10 921	39,5
1. 10. 1931	2 158	4 290	10 892	59,2
1. 10. 1932	2 155	4 277	11 138	57,7
1. 10. 1933	2 001	4 482	11 111	59,0
1. 10. 1934	1 429	2 727	11 137	37,3
1. 10. 1936	1 463	3 278	11 314	35,2

* Quelle: Denkschrift über die Finanznot der Gemeinde Selm, Selm 1950, S. 3.

Während im Ruhrgebiet ein Drittel der Bevölkerung von der öffentlichen Unterstützung lebte, waren es in Selm fast 60%. Die Erwerbslosen erhielten ein halbes Jahr Arbeitslosengeld und ein weiteres halbes Jahr Krisenunterstützung; nach der Aussteuerung fielen sie der kommunalen Wohlfahrt zur Last. Da die Gemeinde, ohne jegliche Einnahmen, die Leistungen nicht erbringen konnte, verschlimmerte sich die Notlage. Viele Einwohner konnten sich nicht einmal satt essen. Es ist daher nicht verwunderlich, daß sich Unruhe und Aufsässigkeit einstellten[64].
Die Not bewirkte weiterhin wohnungs- und bevölkerungsmäßige Änderungen. Nach der Zechenstillegung zogen junge mobile Arbeitskräfte fort[65]. Dadurch standen Werkswohnungen leer, und »Emscher-Lippe« setzte nach und nach in die leeren Wohnungen Rentner, während die arbeitsfähigen Selmer Bergleute in Datteln eine Werkswohnung erhielten[66]. Als alle Bergleute in Selm arbeitslos waren, reichte das Unterstützungsgeld nicht für Nahrung und Wohnung. Man verzichtete auf einen Teil des Wohnraumes und rückte enger zusammen. Die Wohnungsverwaltung von »Emscher-Lippe« warb in den Tageszeitungen für die leerstehenden

[64] Der Publikumsverkehr im Wohlfahrtsamt vollzog sich unter Polizeischutz.
[65] Selms Einwohnerzahl verringerte sich um 1500 Personen.
[66] Die Ver. Stahlwerke beabsichtigten ebenfalls einen Austausch von Rentnern und arbeitsfähigen Leuten. Nach einem Protest des Kreises Lüdinghausen nahmen sie aber von dem Plan Abstand. Vgl. Staatsarchiv Münster, Krs. Lüdinghausen, 1. Landratsamt, Nr. 348.

Wohnungen. Nach dem abgelegenen Selm kamen aber nur Invaliden und Unterstützungsempfänger, die eine billige Wohnung suchten. Von 1926 bis 1933 wanderten 2886 Hauptunterstützungsempfänger zu und belasteten die notleidende Gemeinde noch mehr[67]. Selm wurde für Invaliden und Personen ohne geregeltes Einkommen das Asyl des östlichen Ruhrgebietes; so verwies z. B. die Stadt Dortmund ihre Arbeitslosen auf die freien Wohnungen in Selm[68, 69].
Erst 1935 trat eine leichte Besserung ein, als der Pendelverkehr nach »Emscher-Lippe« wiederaufgenommen wurde. Einstellungen zu einem früheren Zeitpunkt waren nicht möglich, weil auf Grund eines tariflichen Abkommens keine Neuanlegungen erfolgen durften, solange noch Feierschichten verfahren wurden.

e) Zusammenbruch des kommunalen Haushaltes

Mit der Stillegung der Zeche »Hermann« wurden der Gemeinde Selm weitgehend die finanziellen Grundlagen entzogen. Im Jahre 1925 hatte die Gewerkschaft »Hermann« an die Gemeinde folgende Steuerbeträge abgeführt:

Gewerbesteuer	126 000 RM
Lohnsummensteuer	281 431 RM
Zuschlag zur Grundvermögensteuer	42 572 RM
Insgesamt	450 003 RM

Auch das Kleingewerbe kämpfte nach der Stillegung um seine Existenz und trug nur noch wenig zum Gemeindehaushalt bei. Beispielsweise entrichteten die Gaststätten 1934 in Selm trotz des höheren Hebesatzes nur ein Fünftel der Steuern von 1924. Die Lohnsummensteuer sank von 1924 bis 1934 von 306 669 auf 21 050 RM; die Gewerbesteuer brachte nur ein Drittel des früheren Betrages[70]. Die Lage der Gemeinde wurde hoffnungslos, als sie in der Weltwirtschaftskrise für die ausgesteuerten Erwerbslosen sorgen mußte. Über die Hälfte der Bewohner fielen der Gemeinde zur Last. Der umsichtige Amtmann beschaffte vom Preußischen Innenministerium Sondermittel; doch oft war die Gemeindekasse leer, und die Unterstützung wurde in Gutscheinen ausgezahlt, die die Geschäfte nicht annahmen. Noch 1934 wurde Selm als die ärmste Gemeinde Deutschlands bezeichnet[71].

f) Die heutigen Nachwirkungen

Heute nach 35 Jahren krankt Selm noch immer an der Stillegung »Hermann«. Die Gemeinde verdankte ihre steile Aufwärtsentwicklung dem Bergbau. Sie war

[67] Kraus, Die Notlage von Selm, Lüdinghausen 1936, S. 13.
[68] Vgl. L. Hechelmann, a.a.O., S. 50: »In Steele standen die Wohnungen leer, sie sanken im Mietwert und zogen Elemente an, die kein geregeltes Einkommen hatten.«
[69] »Emscher-Lippe« verzichtete auch auf die laufende Instandhaltung der Werkswohnungen, und die armen desinteressierten Mieter vernachlässigten die Pflege der Wohnungen, so daß viele Häuser beinahe unbewohnbar wurden. Darüber hinaus ist heute die »Hermannssiedlung« baulich veraltet.
[70] M. Lehmkühler, a.a.O., S. 69; desgl. Kraus, a.a.O., S. 21.
[71] M. Lehmkühler, a.a.O., S. 67.

ein Produktionsort mit einem hohen Überschuß an industriellen Arbeitsplätzen; heute ist sie dagegen eine reine Wohngemeinde – ohne Wohnlichkeit[72]. Noch immer pendeln über zwei Drittel der Erwerbstätigen aus und arbeiten zumeist als Bergleute auf den benachbarten Zechen, vornehmlich auf der Anlage »Achenbach« der Gebr. Stumm, der seit einigen Jahren auch die Werkswohnungen in Selm gehören.

Das Schicksal Selms ist die Folge eines rein wirtschaftlich ausgerichteten Handelns. Unternehmerischer Wagemut ließ mitten im Bauernland eine neue Großzeche entstehen. Man holte arbeitende Menschen heran und siedelte sie an. Als der wirtschaftliche Erfolg ausblieb, wurde der Schacht geschlossen, und zurück blieben die Menschen in Wohnungen, die man dem meistbietenden Unternehmen verkaufte.

[72] Vgl. hierzu G. Ipsen, Erloschener Bergbau, in: »Raumordnung und Raumforschung«, 1953, S. 137ff.

Umstrukturierung infolge der heutigen Kohlenabsatzkrise

Vorbemerkung

Wir haben die wirtschaftliche Dynamik und die dadurch bedingten Standortverlagerungen und Strukturveränderungen in den beiden Untersuchungsgemeinden Witten und Selm beleuchtet. Solche Strukturveränderungen sind im rheinisch-westfälischen Industriegebiet besonders in Zeiten wirtschaftlicher Krisen und großer Nachfrageumschichtungen zu beobachten. Die Wirtschaft wird dann zu Anpassungen gezwungen, die tief in das wirtschaftliche Geschehen eingreifen und auch die jeweiligen Gemeinden schwer treffen.

Infolge der strukturellen Änderungen des Energiemarktes, die vornehmlich durch die Substitution der Kohle durch das Öl bedingt waren, geriet der Steinkohlenbergbau in eine Absatzkrise, die zu einer scharfen Rationalisierung zwang. Die Rationalisierung war in erheblichem Umfange eine »negative« Rationalisierung; die Förderung wurde auf die besten Betriebspunkte konzentriert. Die großen Unternehmen faßten ihre Förderung auf den besten Zechen zusammen: Das bedeutete die Stillegung der schlechteren Anlagen.

Die Kohlenabsatzkrise war in allen europäischen Kohlenrevieren spürbar. Allenthalben wurden Stillegungen und Betriebszusammenfassungen durchgeführt, wie nachfolgende Tabelle zeigt:

Stillegungen in Europa (1955–1960)*

Gebiet	Anzahl der Zechen	Davon stillgelegt
Ruhr	129	12
Belgien	130	47
Frankreich	134	49
England	800	126

* Bergfreiheit, Jg. 1960, S. 259ff., und Industriekurier vom 7. 2. 1961.

Die Stillegungen erfolgten im wesentlichen im Südrand des Ruhrgebietes. Im allgemeinen versickerten die Auswirkungen der Stillegungen in der Zeit der Hochkonjunktur, da in den betroffenen Großstädten nur jeweils eine Zeche geschlossen wurde. Nur Bochum bildete eine Ausnahme; hier wurden bzw. werden fünf Anlagen im südlichen Stadtgebiet stillgelegt.

III. Bochum[73]
Die Wirtschaftsstruktur Bochums

1. Raum und Lage Bochums

Das Stadtgebiet der kreisfreien Stadt Bochum wird im Norden vom Emschertal und im Süden vom Ruhrtal begrenzt. Im Süden erstrecken sich die Ausläufer des Bergischen Landes; dieses Gebiet ist deshalb hügelig.
Die Bergisch-Märkische Eisenbahn schafft eine gute Ost-West-Verbindung, während in südlicher und nördlicher Richtung der Verkehrsanschluß wesentlich schlechter ist. Der Güterumschlagplatz und Verkehrsknotenpunkt liegt abseits im nördlichen Stadtteil Langendreer.
Dagegen besitzt Bochum ein gutes Straßennetz. Die beiden autobahnähnlichen Fernstraßen B 1 (Ruhrschnellweg) und B 51 durchkreuzen Bochum. Auch die anderen Verkehrsstraßen stellen eine gute Verbindung zu den großen Nachbarstädten her (vgl. Karte III/1).
Auf den 121 qkm Stadtgebiet wohnen 364 584 Einwohner, d. h. 3 005 auf 1 qkm. 1825 zählte Bochum gut 2000 Personen. Bis zum ersten Weltkrieg stieg die Bevölkerungszahl stark an. Die Zuwanderer kamen meist aus Ostwestfalen; nur im Norden Bochums ist das ostdeutsche Element stärker vertreten. Das rasche Wachstum verdankte Bochum dem im 19. Jahrhundert aufstrebenden Kohlenbergbau und der Stahlerzeugung, die sich auf der Kohlenbasis entwickeln konnte. In den Jahren 1904 und 1929 erfolgten größere Eingemeindungen; 1929 ging der gleichnamige Landkreis in dem Stadtkreis Bochum auf (vgl. nachstehende Tabelle).

*Bevölkerungsentwicklung im heutigen Gebiet der Stadt Bochum**

Jahr	1871	1890	1910	1929	1960
Einwohner insgesamt	55 416	127 014	273 644	321 836	364 584
Einwohner je qkm	457	1 047	2 256	2 653	3 005

* Quelle: Statistisches Jahrbuch der Stadt Bochum 1959ff.

2. Das Strukturbild Bochums (vor dem Jahr 1957)[74]

Bochum ist in hohem Maße eine bergbaubestimmte Stadt. Im Jahre 1957[75] waren rd. 40 000 Männer im Bergbau tätig, das waren 27,6% aller Beschäftigten. In den

[73] Bearbeitungsstand: Mai 1961.
[74] Zugrunde gelegt wird die Arbeitsamtsstatistik.
[75] Ausgangszeitpunkt ist stets das Jahr 1957.

ersten Nachkriegsjahren ist die Bedeutung des Bergbaus noch größer gewesen; es war der Bergbau, der vielen Arbeitslosen – insbesondere überregional – eine Arbeitsmöglichkeit bot (vgl. Tab. III/2, Zeilen 3 und 19).

Die Eisenerzeugung und -verarbeitung war 1957 die zweitstärkste Wirtschaftsabteilung. Hier arbeiteten 23,5% aller Beschäftigten. Dieser Wirtschaftssektor wächst wieder in seine alte dominierende Stellung hinein, die er vor dem Kriege (30%) besaß (vgl. Tab. III/2, Zeile 4). Zwei Drittel dieser Beschäftigten arbeiteten auf den beiden großen Stahlwerken, dem »Bochumer Verein« und den »Stahlwerken Bochum«. Dagegen waren die Maschinen- und metallverarbeitende Industrie nur schwach vertreten. Das verarbeitende Gewerbe (ohne Metall) war in Bochum schwach besetzt. Mit 6,6% lag diese Wirtschaftsabteilung weit unter dem Landesdurchschnitt von 19,4% (vgl. Tab. III/2, Zeile 5). Das Baugewerbe wich mit rd. 10% nur geringfügig vom allgemeinen Durchschnitt ab[76]. Die landwirtschaftlichen Arbeitsplätze waren zahlenmäßig ohne Bedeutung.

In dem gesamten industriellen Sektor wurden 1957 rd. 100 000 Arbeitskräfte beschäftigt; also gut zwei Drittel aller Beschäftigten. Bochum ist eine Ballung von Produktionszentren.

Die Entwicklung des tertiären Sektors (Folgeleistungen) zeigt eine steigende Tendenz auf, die Ausdruck des allgemeinen Wachstums und der gesamtwirtschaftlichen Strukturverschiebung ist und nicht auf regionalen Strukturveränderungen basiert. Bochum ist aber keine »typische Großstadt« wie Düsseldorf oder Essen, in welchen der tertiäre Sektor dominiert.

Mit 12% aller Beschäftigten hatte der Sektor »Handel/Geld/Versicherung« im Jahre 1957 den Landesdurchschnitt erreicht und zeigte weitere Wachstumstendenzen. Trotz der zahlenmäßigen Stärke kommt ihm in Bochum keine entscheidende Bedeutung zu; denn über die Hälfte der hier Beschäftigten (meist Mädchen) verdienen nur einen zusätzlichen Beitrag zum Familienbudget. Steigende öffentliche Aufgaben spiegeln sich in dem wachsenden Wirtschaftszweig »Öffentliche Dienste« wider. »Verkehr« und »Dienste« waren dagegen konstant geblieben und lagen weit unter dem Durchschnitt von Nordrhein-Westfalen (vgl. Tab. III/2).

Zusammengefaßt kann gesagt werden, daß in Bochum die Grundstoffindustrie beherrschend war, in der gut die Hälfte aller Bochumer arbeitete. Bochum hatte damit in hohem Maße eine schwerindustrielle Struktur. Der Prozentsatz der beschäftigten Frauen war mit 24% gering, zeigte aber eine steigende Tendenz. Die Beschäftigtenquote von 40,3% entsprach dem Landesdurchschnitt. Die Zahl der abhängigen Arbeitnehmer war recht hoch.

Im Jahre 1956 arbeiteten in 2527 handwerklichen Betrieben 19 244 Personen. Die kleingewerbliche Ausstattung entsprach dem allgemeinen Durchschnitt. – Da das statistische Gliederungsprinzip der Handwerkszählung einen Vergleich mit der Beschäftigtenstatistik nicht erlaubt, werden wir in der Untersuchung diese Einteilung nicht mehr aufnehmen.

[76] Wegen seiner Schlüsselstellung haben wir das Baugewerbe dem industriellen Wirtschaftsbereich zugezählt.

3. Die Arbeitsplätze Bochums

a) Bochum, ein Aufnahmegebiet

Die bisherigen Angaben fußten auf der Arbeitsamtsstatistik, die dem Wohnortprinzip folgt[77]. Wichtiger für die Untersuchung sind natürlich die Arbeitsplätze in Bochum. Genaue statistische Unterlagen fehlen[78], aber die Industrieberichterstattung gibt einen gewissen Anhaltspunkt, wenn auch die gesamten Folgeleistungen und das Baugewerbe nicht erfaßt sind.
Ein Blick auf die Tabelle der Industriebeschäftigten zeigt, daß die Zahl der Arbeitsplätze im Jahre 1957 höher war als die der Beschäftigten, die die Arbeitsamtsstatistik ausweist (vgl. Tab. III/3). Die hohe Zahl von 17 000 Einpendlern[79] verdeutlicht, in welchem Maße Bochum ein Aufnahmegebiet war. Bochum bot seinen Bürgern genügend Arbeitsplätze; die wirtschaftlichen Grundlagen schienen gesichert zu sein. Die Hauptarbeitgeber für die 17 000 Einpendler waren die beiden Stahlwerke und der Bergbau.

b) Die Auspendler

Den 17 000 Einpendlern standen nur 8 500 Auspendler gegenüber. Der Auspendlerstrom floß meist nach Süden, natürlich auch in die benachbarten Großstädte Essen, Dortmund und Gelsenkirchen. Da das südlich angrenzende Bergische Land mit seiner Kleineisen- und verarbeitenden Industrie eine andere Wirtschaftsstruktur aufweist, ist zu vermuten, daß die Auspendler spezifische berufliche Betätigungen suchten, die in der einseitig schwerindustriellen Heimatgemeinde nicht zu finden waren.
Zählen wir der Zahl der Gesamtbeschäftigten die Zahl der Einpendler hinzu und die der Auspendler ab, so erhalten wir die Arbeitsplätze (für Arbeitnehmer) in Bochum. Die Stadt verfügte 1957 über gut 152 000 Arbeitsplätze.

4. Die Entwicklung des Bergbaus in Bochum

a) Fördernde Zechen

Die Entwicklung des Bergbaus und der Stadt Bochum sind untrennbar verknüpft. Der Süden Bochums besitzt die gleiche Bergmannstradition, die wir in Witten feststellen konnten. Betrachtet man die Entwicklung der Belegschaftszahlen der größeren Zechen Bochums seit 1880, so erkennt man unschwer die arbeitsplatz-

[77] Schließt die Selbständigen und Mithelfenden aus.
[78] Eine Berechnung der Arbeitsplätze wäre möglich, wenn die Pendlerstatistik nicht nur nach Gemeinden, sondern auch nach Wirtschaftsabteilungen gegliedert wäre.
[79] Nur gewerbesteuerausgleichspflichtige Pendler.

mäßige Bedeutung des Bergbaus. Neben dem stetigen Wachstum der einzelnen Zechen zeigt sich auch deutlich die Betriebskonzentration (vgl. Tab. III/4). Um die Jahrhundertwende kam dem Bergbau überragende Bedeutung zu. 1907 waren 36% der Arbeitnehmer Bergleute und 1933 immer noch 33%, die 12% der Ruhrkohle förderten[80]. Heute beträgt der Anteil der Bochumer Förderung noch knapp 8%.

Die Schrumpfung des Bergbaus verdeutlicht am besten die Zechentabelle (vgl. Tab. III/4). Die vielen Stillegungen, insbesondere in den zwanziger Jahren, zeigen den Rückgang des Bergbaus an.

Im Jahre 1957 förderten sieben Bergwerksunternehmen auf 13 Großschachtanlagen Kohle. Die BBAG (Bochumer Bergbau AG), eine Konzerntochter der GBAG (Gelsenkirchener Bergbau AG), ist mit den sechs Anlagen »Prinz-Regent«, »Dannenbaum«, »Friedlicher Nachbar«, »Engelsburg«, »Bruchstraße« und »Carolinenglück«[81] das größte Unternehmen. Fast alle Schächte befinden sich im Südraum. Ganz im Süden liegt die Magerkohlenzeche »Dahlhauser Tiefbau«, die der »Essener Steinkohle« (Mannesmann) gehört. Im Norden betreibt das Steinkohlenwerk »Hannover/Hannibal« (Krupp) zwei Zechen[82]. Zu Krupp gehört auch die Zeche »Constantin der Große«, von dessen zehn Schächten nur noch der Schacht 6/7 im Betrieb ist. Die beiden Großzechen »Robert Müser« (Harpen) und »Lothringen« haben ähnliche Förderkonzentrationen durchgeführt (vgl. Tab. III/4). Im Osten liegt noch die mittlere Anlage »Mansfeld«, die jetzt Salzdetfurth angeschlossen ist.

Auf den 38 Kleinzechen Bochums arbeiteten 1957 nur etwa 1500 Bergleute. Ihre Bedeutung ist also gering. Sie liegen fast ausschließlich im Süden, wo die Kohle zutage tritt.

b) Süd- und Nordzechen

Der Süden Bochums ist bergig, der Norden dagegen flach. Aber das ist nur ein äußeres Unterscheidungsmerkmal.

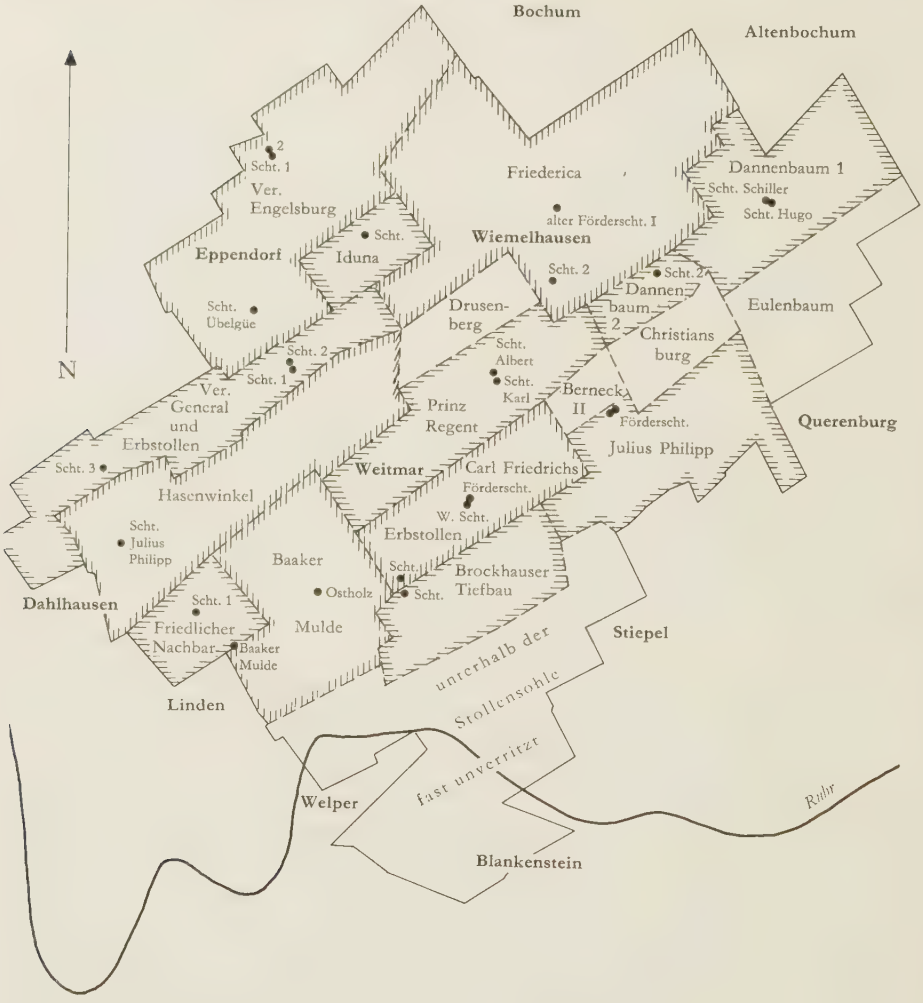
Der Süden Bochums ist eines der ältesten Bergbaugebiete; andere Industrien sind hier kaum zu finden. So ist auch die Besiedlung nicht sehr dicht. Die bewaldeten Ruhrberge und das landschaftlich schöne Ruhrtal machen den Süden zum Erholungsgebiet Bochums. Zahlreiche verfallene Stollen und Schächte weisen auf den früheren intensiven Bergbau in diesem Raum hin. Nur in einigen Kleinzechen werden im Gehölz die restlichen Kohlen geschürft, die zutage treten. Allein in den zwanziger Jahren erfolgten alle elf Stillegungen in Bochum im Südraum bzw. Südostraum. Es ist die gleiche Stillegungswelle, die Witten traf. Auch hier können wir die Süd-Nord-Wanderung des Bergbaus erkennen.

[80] R. Th. Schnadt, Wirtschaftsstruktur und Verflechtung einer Großstadt des Ruhrgebiets, Bochum-Langendreer 1936, S. 166.

[81] »Carolinenglück« gehört zur Hälfte dem Bochumer Verein.

[82] Jetzt mit »Königsgrube« (auf Wanne-Eickeler Gebiet) zu einem Zentralschacht zusammengeschlossen.

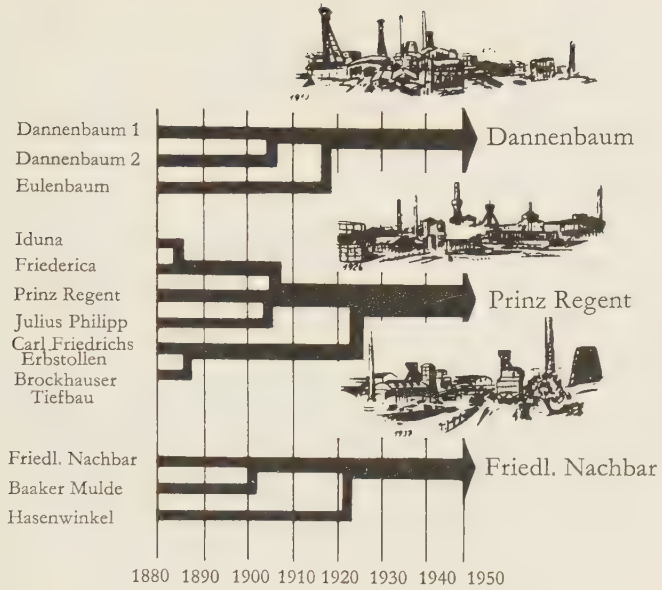
Heute ist das Südgebiet die Domäne der BBAG, die hier alle Anlagen besitzt. Es handelt sich um sehr alte Bergwerke mit einer reichen Tradition. Sie wuchsen zu ihrer heutigen Größe heran, als sich viele kleine und mittlere Zechen zusammenschlossen. Die nachstehende Skizze gibt eine Vorstellung vom zersplitterten Felderbesitz im Jahre 1880.



Baufeldeinteilung im Süden von Bochum um 1880

Die nachfolgende Darstellung veranschaulicht den Prozeß der Betriebskonzentration[83].

[83] Quelle: Jubiläumsschrift der BBAG, Bochum 1957 (o. S.). Es ist noch dabei zu beachten, daß im Jahre 1958 eine weitere Zusammenfassung von »Prinz-Regent« und »Dannenbaum« erfolgte.



Zusammenfassung der Födereinheiten

Die steile Lagerung in den Südzechen erschwert eine Mechanisierung der Gewinnung. Die Wasserzuflüsse sind enorm hoch, da das Karbon zu Tage ausgeht und erst im nördlichen Bochum von wassertragenden jüngeren Schichten überdeckt wird.

*Wasserzuflüsse im Süden**

»Friedlicher Nachbar«	6,9 cbm pro t Kohle
»Prinz Regent-Dannenbaum«	5,7 cbm pro t Kohle
»Engelsburg«	2,7 cbm pro t Kohle
⌀ Ruhr	0,8 cbm pro t Kohle

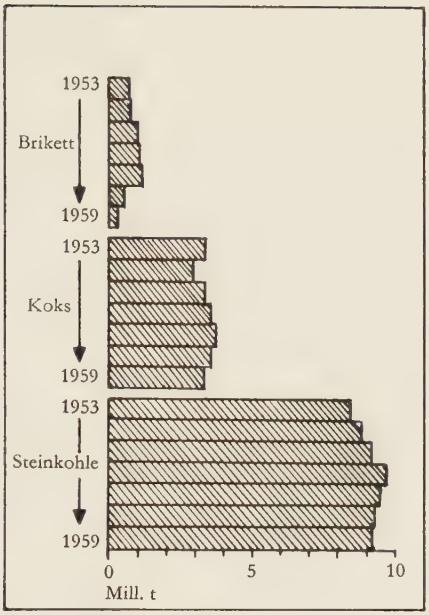
* Nach Angaben der BBAG.

Die geförderte Eß- und Magerkohle eignet sich in der Hauptsache für Hausbrand, Kraftwerke und Zementöfen. Sie hat also einen engen Absatzmarkt.
Der Bergbau im südlichen Bochum ist langsam »gewachsen« und traditionsreich. Die Bergleute entstammten bis zum ersten Weltkrieg aus dem Umkreis. Noch heute bezeichnet man seinen Schacht als »Familienpütt«. Doch auch im Süden Bochums schwindet immer mehr das hohe Ansehen des Bergmanns. Bei den jüngeren Bergleuten ist der alte Berufsstolz kaum noch festzustellen. Der starke Zuzug in den beiden Nachkriegszeiten und das nüchterne Denken der jüngeren Generation hat mehr eine rechenhafte ökonomische Berufseinstellung zur Geltung gebracht.

Das nördliche Bergbaugebiet Bochums unterscheidet sich wesentlich vom traditionsreichen südlichen. Die Schächte im Norden und Osten Bochums wurden um 1860–1870 als Großzechen errichtet. Ringsum wurden Bergmannssiedlungen angelegt. Beinahe beispielhaft kann man die Entstehung von Großzechen bei »Hannover«, »Hannibal« und »Lothringen« beobachten (vgl. Tab. III/4). Bei »Robert Müser« können wir deutlich den Konzentrationsprozeß verfolgen: Acht mittlere Schächte werden zu einem großen Förderschacht zusammengefaßt.
Die geologischen Verhältnisse sind besser als im Süden, dennoch schwierig genug. Die Schichtleistung einiger Nordzechen ist niedriger als im Südraum und weit unter dem Ruhrdurchschnitt. Die anstehende Fettkohle gibt einen guten Koks und hat deshalb einen weiten Absatzmarkt.
Das schnelle Wachstum der nördlichen Zechen bedingte einen starken Zuzug; viele Menschen aus Ostwestfalen und aus Ostdeutschland wurden im Norden Bochums ansässig. Die Ballung im nördlichen Bochum wird dadurch verstärkt, da die Stahlindustrie und die Metallverarbeitung ihren Standort ebenfalls im Norden haben. Die Ballung von Produktionszentren bedingte hier eine hohe Bevölkerungsdichte; nur die Stadtteile Harpen und Gerthe weisen eine geringere Besiedlung auf.

5. Die Bedeutung des Bergbaus

Das gesamte rheinisch-westfälische Industriegebiet gründet auf der Kohle und lebt auch in erheblichem Umfang von der Kohle. Das gilt in besonders hohem Maße für die Bochumer Wirtschaft. Wir haben bereits aufgezeigt, daß in Bochum das Wachstum des Bergbaus und der Bevölkerung parallel verlaufen. Der Steinkohlenbergbau ist grundlegend für die Bochumer Wirtschaft, weil er das Fundament für die nachfolgende Industrie, vor allem für die Stahlindustrie, schafft. Auch bindet der Bergbau die meisten Arbeitskräfte. Beinahe 45 000 Bergleute arbeiteten 1957 auf den Bochumer Zechen. Der größte Teil davon war Hauptverdiener in der Familie. Jeder Bergmann sorgt durchschnittlich für 1,4 Familienangehörige.
Auch rein güterwirtschaftlich kommt dem Bergbau ein erhebliches Gewicht zu. Beinahe 10 Mio. t Steinkohle wurden 1957 gefördert, das sind 7,7% des Ruhrreviers.
Die Bergwerksunternehmen sind wichtige Auftraggeber für andere Industrien. Die Maschinenindustrie mit 7500 Beschäftigten ist in Bochum zum großen Teil Bergbauzulieferer, die von den Investitionen des Bergbaus lebt. Auch die Stahlindustrie liefert viel Halbzeug an den Bergbau. – Dem Nehmen des Bergbaus steht das Geben gegenüber. Der Bergbau gibt an die Primärindustrien Koks und Energie ab. Auch das Baugewerbe ist auf die Aufträge des Bergbaus angewiesen. Die Bergwerksunternehmen erteilen Aufträge zur Erstellung von Tagesanlagen und Verwaltungsgebäuden. Ungleich wichtiger ist aber der Bergmannswohnungsbau, in dem viele Arbeitskräfte der Bauwirtschaft beschäftigt sind. Von 1945 bis 1957 baute der Bergbau bzw. seine Wohnungsgesellschaften 11 000 Wohnungen.



Zechenproduktion in Bochum

Der Bergbau ist stark lohnintensiv; die Lohnquote beträgt 55% der Gesamtkosten. Jeden Monat geben die Bergleute über 20 Mio. DM aus. Von dieser geballten Konsumkraft leben die vielen Einzelhandelsgeschäfte, die zahlreichen Gaststätten und die großen Warenhäuser, die vor einigen Jahren in der Stadtmitte erbaut wurden[84]. Der Verbrauchszuschnitt ist uniform und auf den körperlich schwer arbeitenden Menschen ausgerichtet.
Zusammenfassend können wir sagen, daß der Bergbau der wichtigste Wirtschaftssektor Bochums ist. Jede Erschütterung des Bergbaus ist gleichzeitig eine Erschütterung des wirtschaftlichen Fundamentes der Stadt Bochum. – Eine solche Erschütterung hat die Stadt stets zu befürchten, da jede strukturelle und konjunkturelle Bergbaukrise zuerst den gefährdeten Bergbau in Bochum treffen wird. Bereits in den zwanziger Jahren hat die Stadt die Gefährdung im Südraum stark verspürt.

6. Der Arbeitsmarkt in Bochum

a) Der große Arbeitsmarkt für ungelernte Kräfte

Bochums Wirtschaft wird überwiegend durch den Bergbau, die Metallindustrie und das Baugewerbe bestimmt. Wir haben bereits dargestellt, weshalb dem Sektor

[84] Das gilt nur flächenmäßig; das Pro-Kopf-Einkommen beträgt 185 DM und liegt weit unter dem Essens.

»Handel Geld Versicherung« trotz seiner Größe keine entscheidende Bedeutung zukommt. Ähnliches gilt für den gleichgroßen Wirtschaftszweig »Öffentliche Dienste«.
Beinahe zwei Drittel der Beschäftigten sind in den Wirtschaftsabteilungen Bergbau, Metallindustrie und Baugewerbe tätig, die vornehmlich ungelernte und angelernte Arbeitskräfte nachfragen. Nur ein geringer Prozentsatz übt hier einen erlernten handwerklichen Beruf aus. Innerhalb dieses großen Bereichs können die meisten Arbeitskräfte fluktuieren, ohne daß berufliche Schranken ihre Freizügigkeit einengen. In dem großen Arbeitsmarkt für ungelernte Kräfte herrschen rein ökonomische Motive vor, die oft so stark sind, daß erlernte Berufe und Fertigkeiten (z. B. Maurer und Bergmann) aufgegeben werden, sofern sich ein Arbeitsplatz mit höherem Einkommen anbietet[85].
Bei einem solchen Umfang und Gewicht formen die drei oben genannten Wirtschaftssektoren entscheidend die soziale Umwelt. Bochum ist eine schwerindustrielle Stadt, und die Gesichter ihrer Bewohner verraten etwas von der Härte der körperlichen Arbeit, die diese Menschen verrichten. Industrien mit einer hohen Berufsdifferenzierung fehlen in Bochum. An die Stelle des spezifischen Berufsstolzes tritt ein gesundes Leistungsbewußtsein.

b) Privilegierte Industrien

Grundsätzlich können wir den großen Arbeitsmarkt für ungelernte Kräfte hinsichtlich der Personalbeschaffung in »privilegierte« und »unterprivilegierte« Industrien aufspalten.
Die Betriebe der privilegierten Industrien haben kaum ernstliche Personalsorgen. Selbst in Zeiten der Hochkonjunktur kann eine scharfe Personalauslese durchgeführt werden. An der Spitze des ungelernten Arbeitsmarktes steht die Stahlindustrie. Besonders der »Bochumer Verein« besitzt einen guten Ruf. Hier werden hohe Löhne gezahlt, und der Arbeitsplatz scheint gesichert zu sein. Ähnliches gilt für die Betriebe der Metallverarbeitung, soweit sie ungelernte Arbeitskräfte beschäftigen.
Die Einstellungen erfolgen aus dem Bochumer Einzugsgebiet .– Ein großer Teil der Bewerber, die an die Tore der privilegierten Betriebe klopfen, stammen aus dem unterprivilegierten Bereich. Oft warten sie monatelang, bis ein begehrter Arbeitsplatz für sie frei ist. Ein anderer großer Teil des Personalnachwuchses rekrutiert sich aus den Söhnen, deren Väter bereits Stahlarbeiter sind.

c) Die unterprivilegierten Industrien

Die unterprivilegierten Industrien dagegen haben ständig Personalsorgen und wissen den Arbeitskräftebedarf in Zeiten der Vollbeschäftigung kaum zu decken.

[85] Vgl. G. L. Palmer, Labor Mobility in six Cities; New York 1954, p. 131.
Desgl. L. H. Fisher, The Harvest Labor Market in California; in: Quarterly Journ. of Ec. Nov. 1957.

Zu diesem Bereich gehört auch der Bergbau, in dem der Stundenlohn um 0,40 DM niedriger ist als in der fast gleichgroßen Stahlindustrie. Da auch die wöchentliche effektive Arbeitszeit (Verdienstmöglichkeit) in der Stahlindustrie um 4 Stunden länger ist, verdienen die Bergleute erheblich weniger als die Stahlarbeiter. Mehr als dieser materielle Nachteil wiegt das Absinken des sozialen Status des Bergmanns. Vor 50 Jahren war das Ansehen (und der Lohn) des Bergmannes weit höher als das des Stahlarbeiters[86]. Bergmann war ein Beruf, der hochgeachtet war und besonders im Südraum Bochums oft noch ständische Prägung aufwies.

Das Absinken des sozialen Status des Bergmanns hat hauptsächlich zwei Ursachen. Erstens hat das starke Wachstum des Bergbaus um die Jahrhundertwende viele neue Arbeitskräfte angezogen. Der starke Zuzug überfremdete die alte bodenständige Belegschaft und sprengte die alte soziale Ordnung der Zechen[87]. Damit gingen die alten Vorrechte des Bergmanns verloren, und sein Ansehen sank[88]. Dieser Vorgang vollzog sich in Bochum zunächst auf den Nordzechen, aber die beiden Nachkriegsströme zum Bergbau hatten in den südlichen Anlagen eine ähnliche Wirkung. Deutlich wird die desintegrierende Wirkung eines starken Zuganges, wenn man die Jahre nach 1945 betrachtet. Während die gesamte Wirtschaft fast brachlag, bot der Bergbau vielen Arbeitslosen einen Arbeitsplatz an, den man häufig nur als Notlösung annahm, um bei besserer wirtschaftlicher Lage eine neue Arbeitsstelle zu suchen. Die starke Fluktuation nach 1945 erklärt sich aus der Abneigung gegen den Bergbau und der Auffüllung mit neuen Arbeitswilligen, die es im Bergbau »versuchten«. Lediglich ein kleiner Prozentsatz verblieb im Bergbau. Geld, Werkswohnung, soziale Trägheit und auch Liebe zum Bergbau banden die betreffenden Neubergleute an die Zeche. Die Neuanlegung erfolgte zur Hälfte aus dem überbezirklichen Ausgleich. Bis Anfang 1958 sind im Bergbau stets rd. 2000 offene Stellen zu besetzen gewesen (vgl. Tab. III/2, Zeile 19). Dieser Nachfrage standen nur wenige arbeitslose Bergleute gegenüber. Die vielen offenen nicht zu besetzenden Stellen und die hohe Fluktuation sind zwei Tatbestände, die die Abneigung gegenüber dem Bergbau verdeutlichen.

Die verminderte Anziehungskraft des Bergbaus zeigt sich im Nachwuchsproblem. Früher waren die meisten Neuanlegungen junge landwirtschaftliche Gesindekräfte, zwanzig- bis fünfundzwanzigjährige Männer, die Arbeit gewohnt waren und im Bergbau eine Existenz suchten, die eine Familiengründung erlaubte. Diese Quelle des Nachwuchses ist versiegt. Auch die Selbstrekrutierung ist im Bergbau gering, da nur wenige Bergmannssöhne den Beruf des Vaters erstrebten[89]. So ist der Bergbau auf den überbezirklichen Vermittlungsausgleich angewiesen, aus dem mehr als die Hälfte des Berglehrlingsnachwuchses stammt. Diese Jungen

[86] Vgl. Witten 13c.

[87] Dieses starke Gemeinschaftsbewußtsein ist teilweise und nur in Abschwächung noch in den südlichen Zechen zu erkennen.

[88] Ein- und Zuwanderer verrichten zumeist unterprivilegierte Tätigkeiten. Und umgekehrt werden Tätigkeiten, die von Zuwanderern verrichtet werden, als unterprivilegierte angesehen.

[89] Der Vater hat eine Haß-Liebe zum Bergbau: Er schimpft mächtig auf den Bergbau und geht jeden Morgen gern zur Seilfahrt. Der Sohn hört vielfach nur das Schimpfen.

kommen nicht selten aus gestörten Familienverhältnissen; 50% kehren nach der Knappenprüfung ab. Die Bochumer Schulentlassenen gehen nicht gern in den Bergbau, in dem nach ihrer Meinung nur die Minderbegabten und die Kinder aus der tiefsten sozialen Schicht die Lehre beginnen[90]. Allgemein sagt man: »Nur in der Not geht man zum Bergbau.« Die Tab. III 5 und die Tab. III 2, Zeile 22, geben ein Bild von der schlechten Nachwuchssituation. Die tiefe Abneigung gegenüber dem Bergbau ist in erheblichem Maße ein Generationenproblem. Die veränderte Haltung der heutigen jungen »skeptischen Generation« zum Beruf wirft die eigentliche Nachwuchsproblematik auf. Die Jugend meidet schmutzige Arbeit, sie hat eine Vorliebe für Metallberufe. Sie denkt nüchterner und rationaler, d. h. nur ökonomische Motive können sie an den Bergbau binden.

Zechenstillegungen seit dem Jahre 1958

7. *Folgen der Absatzkrise*

a) Die Feierschichten

Bereits Ende 1957 zeigte der Bergbau eine nachlassende Einstellungsbereitschaft. Ende des Jahres 1958 stiegen die Haldenbestände im Bundesgebiet jäh auf 12 Mio. t, während die industriellen Verbraucher ihre Läger stark reduzierten[91]. Die Kohlenabsatzkrise gründete hauptsächlich in einer Strukturverschiebung des Energieverbrauchs zugunsten des Öls. Der schwierigen Absatzlage begegnete der Bergbau mit Aufhaldung und Feierschichten. Die Feierschichten schmälerten den Verdienst des Bergmanns; die monatliche Lohneinbuße betrug oft bis 100 DM. Die Anlagen der BBAG mußten 26 Feierschichten verfahren[92]. Im allgemeinen wurde die Lohnminderung – trotz aller ökonomischen Erwägung – hingenommen, weil auch der zweite wichtige Arbeitgeber, die Stahlindustrie, unter der »recession« litt und somit geringe Abwanderungsmöglichkeiten bestanden. Teilweise versuchte man mit stundenweiser Nebenbeschäftigung, zumeist in der Bauwirtschaft, den Lohn aufzubessern. Auch die Frauen waren jetzt bereit, einen Teil zum Familienbudget beizutragen, so daß auf dem Arbeitsmarkt für Frauen ein hohes Angebot zu verzeichnen war. (Sogar Putzfrauen waren leicht zu erhalten.) Später wurde für die Feierschichten ein Ausgleich vom Bund gezahlt.

In der Anfangsphase war die personelle Schrumpfung des Bergbaus in Bochum gering (vgl. Tab. III 6). Hauptsächlich die spärlichen Einstellungen der BBAG führten zu dem Rückgang der Bergbaubeschäftigten, während die Nordzechen

[90] Natürlich ist dies eine Übertreibung und ein Vorurteil, das allerdings sozial sehr wirksam ist.

[91] Vgl. Statistik der Kohlenwirtschaft e.V. Jb. 1959, S. 121; desgl. Strukturberichte des LAA, Außenstelle Bergbau.

[92] Die Nordzechen legten ungefähr 20 Feierschichten ein.

ihre Neuanlegungen nur geringfügig verminderten (vgl. Tab. III/7). Die geringe Einstellungsbereitschaft hatte vor allem zwei Ursachen:

Zunächst waren die Bergwerksdirektionen infolge der schlechten Absatzlage in der Personaldisposition vorsichtig.
Die Bochumer Zechen hatten in dieser Zeit durch großzügige Betriebskonzentrationen viele Arbeitskräfte für einen anderen Einsatz frei gemacht.

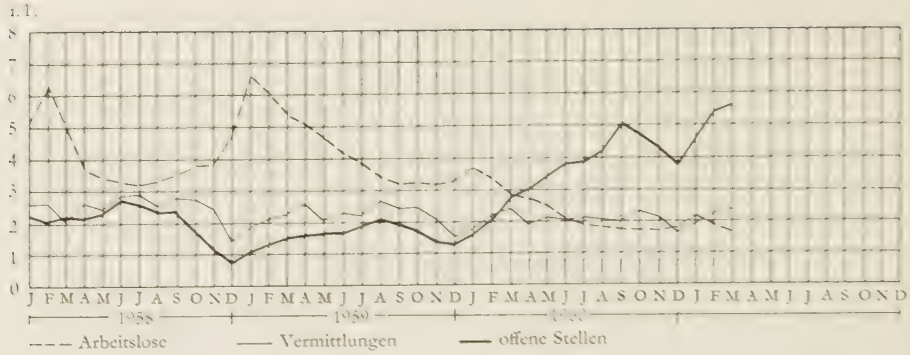
b) Teilstillegungen und Rationalisierungsmaßnahmen

Als die schlechte Absatzlage im Steinkohlenbergbau anhielt, entschlossen sich viele Zechen Anfang 1959 zu Teilstillegungen, indem sie schlechte Feldesteile und Betriebspunkte aufgaben. Der Einschränkung der Fördermöglichkeiten sollte eine Einschränkung der Belegschaft folgen.
Die Montanunion hatte die personelle Einschränkung mit dem § 23 des ÜV[93] (Übergangs-Vertrag) erleichtert und gefördert, da auf Grund des Vertrages den betroffenen Arbeitgebern und -nehmern eine Anpassungsbeihilfe für ein Jahr gezahlt wird. Folgende Anpassungsbeihilfen wurden von den Bochumer Zechen beantragt:

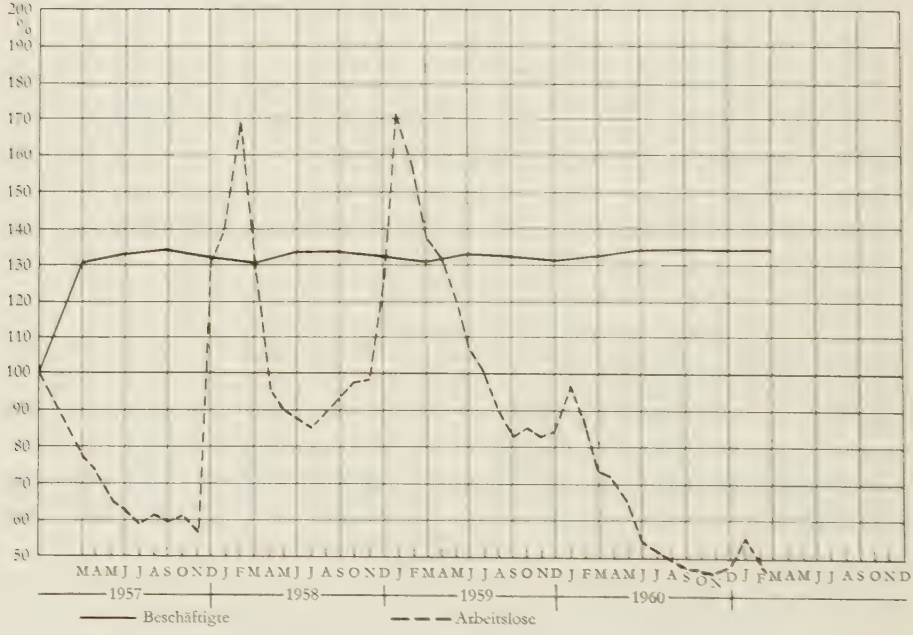
Ende 1958	für	186 Arbeitnehmer
1959	für	2521 Arbeitnehmer
1960[94]	für	1323 Arbeitnehmer

Mit der Entlassung der »Grenzarbeiter« erstrebte man eine personelle »Sanierung« und eine Verbesserung der Altersstruktur. Die Maßnahme war in der Zeit eines stark angespannten Arbeitsmarktes ein personalpolitischer Fehlgriff; denn jetzt setzte eine starke Abkehr der jungen leistungsfähigen Bergleute ein, die weit über das Maß der beabsichtigten Belegschaftsverminderung hinausging (z. B. hatte eine Nordzeche 770 Mann zur Massenentlassung angemeldet und mußte einige Wochen später bereits 400 Arbeiter wieder suchen). Mit der »rechtzeitigen« Abkehr wollte man sich den Arbeitsplatz sichern, um den man im Bergbau – mit Recht – bangte. Es war eine Vorwegnahme einer künftig möglichen Entlassung.
Im Jahre 1959 kehrten über 5000 Arbeiter dem Bergbau den Rücken, während 1958 die Zahl der offenen Stellen absank, so daß am Jahresende der Bergbau keinen Arbeitsplatz anzubieten hatte (vgl. Gesamtarbeitsmarktentwicklung). Dagegen stieg die Zahl der arbeitslosen Bergleute an. Im Jahre 1959 war sie recht beträchtlich. Die Vermittlungen gingen ab Mitte 1958 stark zurück (vgl. Tab. III/6). Auch die Umsätze weisen einen bis zu 20prozentigen Rückgang auf. Die starke »Bergbauflucht« in der Kohlenabsatzkrise unterscheidet sich wesensmäßig von der Fluktuation der frühen fünfziger Jahre. Zu jener Fluktuation kam es deshalb,

[93] »Grundsätze« nach § 23 ÜV vom 19. 10. 1959, Bundesanzeiger Nr. 207, und »besondere« Anpassungsbeihilfen vom 11. 12. 1959, Bundesanzeiger Nr. 241.
[94] Ohne eine Großzeche, die keine genauen Zahlen der Arbeitnehmer, die entlassen werden sollten, gemeldet hatte; desgl. ohne Totalstillegungen.



Die Arbeitsmarktentwicklung
(Arbeitslose, Vermittlungen und offene Stellen)



Prozentuale Zu- oder Abnahme der Zahl der Beschäftigten und Arbeitslosen
(Männer und Frauen) Index 31. 3. 1952

weil vielen Neueingestellten die Eingewöhnung in die fremdartigen Arbeitsverhältnisse und in den neuen Betrieben nicht gelang. Die starke Fluktuation war also durch die vielen sozialen Fehlanpassungen bedingt[95]. Der »Bergbauflucht« liegt aber eine völlig andere Motivation zugrunde. Hier kehren dem Bergbau verwurzelte Kräfte mit oft jahrelanger Betriebszugehörigkeit ab, weil sie glauben, daß der Bergbau ihnen keinen sicheren Arbeitsplatz mehr bieten könnte.

c) Die »falschen«[96] Strategien

Die anhaltende schlechte Absatzlage beunruhigte die Bergleute. Die Betriebsräte forderten Anfang 1959 immer häufiger den Fortfall der Feierschichten. Die Gewerkschaft verlangte in öffentlichen Versammlungen und Demonstrationen Hilfe für den Bergmann. In einem »Protestmarsch gegen Bonn« hatte man Mitte des Jahres den Härteausgleich für die Feierschichten durchgesetzt[97]. Nach diesem Erfolg bemühte man sich wiederum, die Wogen der geschürten Erregung zu glätten. Auch der Unternehmensverband trug wider Willen zur Beunruhigung bei, indem er die Öffentlichkeit eindringlich auf die Kohlenabsatzkrise aufmerksam machte. Der Verband wollte damit die Notwendigkeit von Entlassungen und Stillegungen rechtfertigen[98]. In gleichem Atemzuge sahen sich die örtlichen Zechenleitungen gezwungen zu versichern, daß ihre Schachtanlage nicht von einer Stillegung bedroht sei und daß für Jahrzehnte der Arbeitsplatz gesichert sei.
Die (lokale) Presse berichtete täglich von jeder Versammlung, Demonstration, Teilstillegung und Entlassung recht ausführlich. - Das alles führte zu einer großen Verhaltensunsicherheit des Bergmanns, der seine Lage nicht zu überschauen vermochte.

8. Stillegungen der BBAG

a) Krisenstimmung

Als sich Ende Oktober 1959 die Gerüchte verdichteten, die GBAG wolle die drei Anlagen »Prinz-Regent/Dannenbaum«, »Engelsburg« und »Friedlicher Nachbar« mit einer Gesamtbelegschaft von 7000 Mann stillegen, wuchs die Erregung und Unruhe[99]. Am 9. November und endgültig am 10. Dezember 1959 wurde gegen die Stimmen der Arbeitnehmer die Stillegung beschlossen. Daraufhin befiel Bochum eine Krisenstimmung. Täglich fanden Demonstrationen von Bergleuten, Verbänden und Bürgervereinen statt, Betriebsversammlungen wurden anbe-

[95] L. v. Friedeburg, Zur Fluktuation im Steinkohlenbergbau, im Bundesarbeitsblatt 1957, S. 705ff.; desgl. Petz, Die subjektiven und objektiven Abkehrgründe im Kohlenbergbau, im Bundesarbeitsblatt 1957, S. 721ff.
[96] »Falsch« hinsichtlich der Bergbauabkehr.
[97] Härteausgleich für entgangene Schichten vom 19. 10. 1959, Bundesanzeiger Nr. 202.
[98] Der Verband kämpfte damals um die Einführung der Heizölsteuer.
[99] Der enge technische Verbund machte die Stillegung nur einer Anlage unmöglich.

raumt, Manifeste und Proteste erlassen. Die Massenmedien, insbesondere das Fernsehen, sprachen (in Schlagwörtern) von »Bochum, der sterbenden Stadt« und der schwindenden Marktchance des Bergbaus und förderten so die Erregung und brachten die Bergleute in Ratlosigkeit. In solcher Bedrängnis gaben viele ihren Bergmannsberuf auf. Der Bergbau erlitt eine ungeheure Vertrauenseinbuße[100].
Die Stadtväter Bochums waren in einer ernsten Notlage. Die Stadt verlor über 6500 Arbeitsplätze. Vergeblich versuchte sie, die Stillegung aufzuhalten; danach erbat sie Hilfe von der Landesregierung und dem Bund. Die Dringlichkeit ihrer Bitte konnte sie unterstreichen, indem sie auf die Krisenstimmung, in der die Gefährdung der Stadt zum Ausdruck kam, hinwies[101]. Beruhigend wirkte der Sozialplan der GBAG, der durch eine Betriebsvereinbarung Rechtsverbindlichkeit erlangt hatte und der allen nicht verlegungsfähigen Bergleuten ein Mindesteinkommen garantierte[102].

b) Gründe für die Stillegung

Bei der Entflechtung mußte die neu gegründete GBAG die drei Zechen aus dem Besitz der Vereinigte Stahlwerke übernehmen, obwohl ihre Erfolgsbilanzen stets rote Zahlen aufwiesen. Bis zur Stillegung mußte der Konzern Verluste in Höhe von 153 Mio. DM abdecken. Die Verluste waren durch schlechte Abbauverhältnisse, die wir eingangs aufgezeigt haben, bedingt. Bereits im Jahre 1925 hatte Kost auf die Unwirtschaftlichkeit des Südbochumer Bergbaus hingewiesen und sein Erliegen vorausgesagt[103]
Der Stillegungsentschluß wurde erleichtert durch die großzügigen Hilfen der Montanunion, die bei Stillegungen gezahlt wurden. Auch die Aufnahmefähigkeit der anderen Industrien für nicht verlegungswillige Bergleute sprach für den Zeitpunkt der Stillegungen.

c) Investitionsverhalten der GBAG

Für die »Grenzzechen« eines Konzerns besteht immer die Gefahr, daß sie geschlossen werden. Für die GBAG bedeutete die Stillegung keine Einschränkung der Förderung, sondern lediglich eine Verlagerung der Kapazität auf bessere Großzechen bzw. Betriebspunkte. Eine Stillegung ist unwiderruflich und nicht

[100] Es spricht für die Betriebstreue des Bergmanns, daß die Abkehr nicht größer war.
[101] Bochum war auch die erste Stadt, die die Kohlenkrise zu spüren bekam; daher wurde man auf sie besonders aufmerksam.
[102] Die GBAG bietet allen Untertage-Arbeitern unter 50 Jahren und allen Übertage-Arbeitern unter 55 Jahren einen Arbeitsplatz auf ihren anderen Anlagen an. Älteren Bergleuten wurde über einen evtl. bestehenden Rentenanspruch hinaus eine werksseitige Zulage garantiert, bis ein Mindesteinkommen von 400,— DM bzw. 325,— DM (für Übertage-Arbeiter) erreicht ist. Dieses Mindesteinkommen wird der steigenden Lohnentwicklung jeweils angepaßt.
[103] Kost, Die voraussichtliche Entwicklung von Bergbau und Industrie, in: Kanold/Pirath, Grundlagen für die Neureglung der kommunalen Grenzen im Ruhrgebiet, Berlin 1928, S. 9ff.

wieder rückgängig zu machen. Die GBAG hatte alles versucht, zuvor die Rentabilität der Bochumer Anlagen zu verbessern. Nach 1945 hatte die BBAG allein auf »Prinz-Regent« 41 Mio. DM investiert. Die verlustreiche Anlage war 1958 mit erheblichem Aufwand zu einer Fördereinheit mit »Dannenbaum« zusammengefaßt worden, und die unterirdischen Gleisanlagen galten als die modernsten des Ruhrgebietes. Die Eßfeinkohle der Zeche sollte durch ein Großkraftwerk, mit dessen Bau einige Monate zuvor begonnen worden war, in Elektrizität »veredelt« werden. Auch auf »Engelsburg« wurden selbst noch 1959 Investitionen durchgeführt. Diese Investitionen, die sich bei einer geänderten Marktlage als Fehlinvestitionen erwiesen, sind nur erklärlich aus dem vergeblichen Bemühen, die Wirtschaftlichkeit der Anlagen zu verbessern und sie vor der Stillegung zu bewahren. Aus ähnlichen Gründen hatte man einige Monate zuvor Teilstillegungen durchgeführt. Die Entlassung von 600 Bergleuten im September 1959 sollte »Engelsburg« »retten«. Auch auf den beiden anderen Zechen »Friedlicher Nachbar« und »Prinz-Regent/Dannenbaum« erfolgten kleinere Entlassungen.

d) Die erhöhte Schichtleistung

Für den »Mann auf der Straße« war der Stillegungsbeschluß unbegreiflich; denn er hielt es für unmöglich, daß solche Fehlinvestitionen vorkommen könnten. Deswegen hofften die Bergleute im stillen, daß die für sie unbegreifliche Entscheidung revidiert würde.
In dieser Krisenzeit war der Bergmann bei allen lauten Worten auf der Straße und in den Versammlungen dennoch vor Ort sehr diszipliniert und fleißig. Es gab keine Fehlschichten, es gab keine unerfahrenen Neulinge und auch keine verlustreiche Fluktuation. Die Schichtleistung stieg innerhalb der letzten drei Jahre von 1358 auf 2028 kg. Der Leistungsanstieg beruhte größtenteils auf der »negativen« Rationalisierung (Beschränkung auf gute Flöze) und Verzicht auf Ausrichtungsarbeiten. Aus letztem Grunde ist die höchste Leistungssteigerung bei der BBAG festzustellen[104].

9. Verlauf der Stillegungen

a) Die Stillegung »Prinz-Regent/Dannenbaum«

Als erste Zeche sollte die verlustreichste Anlage »Prinz-Regent/Dannenbaum« die Förderung einstellen. Die GBAG war zur Zeit der allgemeinen Bergbauflucht bestrebt, möglichst viele leistungsfähige Bergleute zu behalten und sie zu den anderen Konzerntöchtern zu verlegen[105]. Von der Gesamtbelegschaft kamen 2346 Arbeiter für eine Verlegung in Frage; die anderen 17% schieden auf Grund ihres

[104] Ein Drittel des Leistungsanstiegs hat in der Verlängerung der Schichtzeit von 7,5 auf 8 Stunden seine Ursache.
[105] Die Ausbildung eines Hauers wird mit über 10 000 DM veranschlagt.

Alters (50 Jahre unter Tage bzw. 55 Jahre über Tage) oder wegen ihrer hohen Rentenansprüche aus. Die Verlegungsabsicht konnte nicht verwirklicht werden, weil die Krisenstimmung einen starken »Ankündigungseffekt« auslöste und eine große Abkehr einsetzte.

Je nach Lage der Wohnung sollte die Belegschaft der Zeche »Prinz-Regent/Dannenbaum« zu den Konzerntöchtern der Rhein-Elbe AG oder Dortmunder Bergbau AG verlegt werden. Die Entscheidung sollte aber dem einzelnen Arbeitnehmer überlassen werden. Um die Verlegungswünsche zu erfahren, wurde Ende Dezember 1959 eine Fragebogenaktion durchgeführt; doch nur 13% beteiligten sich und füllten den Fragezettel aus. (Man befürchtete mit der Ausfüllung eine vertragliche Bindung.) Nach diesem enttäuschenden Ergebnis richtete man Kontaktbüros zur individuellen Beratung ein, die mit »Beamten« und Betriebsräten der Abgabe- und Aufnahmezechen besetzt waren.

Geplant war, mit der Verlegung im Februar 1960 zu beginnen und sie nach einem halben Jahr abzuschließen. Doch nach Weihnachten wirkte sich der »Ankündigungseffekt« voll aus, und eine starke Abkehr setzte ein. Die GBAG begann deshalb sofort mit der Verlegung, und bereits am 28. Februar 1960 wurde auf »Prinz-Regent/Dannenbaum« die letzte Schicht verfahren (vgl. Tab. III/8). Der GBAG gelang es, 1393 Bergleute, d. h. 59% aller Verlegungsfähigen, innerhalb des Konzerns zu verlegen, und zwar nahm die Rhein-Elbe AG 724 und die Dortberg AG 372 Arbeiter auf. 94 Bergleute wechselten zu anderen Anlagen der BBAG (vgl. Tab. III/8).

Die Gründe für die Abkehr wurzelten zum erheblichen Teil in dem ausgeprägten Lokalpatriotismus und der Abneigung gegen das tägliche Pendeln. Nachbarschaft, Stammkneipe, Verein, Verwandtschaft und die Arbeitsplätze der Kinder veranlaßten die Abkehrer, sich in Bochum Arbeit zu suchen. Auch die Verlegten hielten an ihrer alten Zechenwohnung und der alten Nachbarschaft fest. Sie hängen an ihrem »Dorf«[106].

Die Werksleitung hatte es den Verlegungswilligen freigestellt, sich die aufnehmende Zeche auszuwählen, auf der sie arbeiten wollten. Die freie Wahl zerriß die alten Arbeitsgruppen, so daß sich der Verlegte nicht nur an neue geologische Verhältnisse gewöhnen mußte, sondern sich auch als »Neuling« in die Kameradschaften einzufügen hatte. Aber gerade Neulinge sind fluktuationsfällig; die soziologische Regel wurde in hohem Maße bestätigt, da über ein Drittel der verlegten Bergleute wieder abkehrte (vgl. Tab. III/8).

b) Die Stillegung »Friedlicher Nachbar«

Als nächste Anlage wurde »Friedlicher Nachbar« stillgelegt. »Friedlicher Nachbar« ist ein kleiner Familienpütt im Stadtteil Linden-Dahlhausen. Die Bergleute, die in den Ruhrbergen wohnen, besitzen eine starke Heimatverbundenheit und fühlen sich noch als alte »Hattinger«[107].

[106] So bezeichnen die alteingesessenen Bergleute ihre Stadtteile Laer bzw. Weitmar.

[107] Der Landkreis Hattingen wurde 1929 aufgelöst und Linden-Dahlhausen Bochum zugeschlagen.

Die Abkehr im Jahre 1960 hielt sich mit 223 Bergleuten im Rahmen des Üblichen; eine genaue Aufstellung, gegliedert nach Alter und Arbeitstätigkeit, gibt einen guten Aufschluß über die abgekehrten Bergleute. Allein 147 Arbeiter standen im besten Mannesalter (vgl. Tab. III/9). Die Schichtleistung stieg in den letzten zwölf Monaten von 1660 auf 2087 kg; der Bergmann wollte vor der Stillegung noch »sein Geld mitnehmen«.
Bei der Verlegung von Belegschaftsmitgliedern auf andere Zechen machte sich die GBAG die bei der Stillegung von »Prinz-Regent/Dannenbaum« gesammelten Erfahrungen zunutze. Die rd. 1000 Mann starke Belegschaft sollte revierweise (einschließlich der Vorgesetzten) nur auf die Großschachtanlage »Zollverein« in Essen-Katernberg verlegt werden. In der Aufnahmezeche wurde ein Kontaktbüro (aus Steigern, Ortsältesten und Betriebsrat von »Friedlicher Nachbar«) eingerichtet, das als Vorhut die Verlegung vorbereitete und ständige Verbindung mit den Verlegungswilligen hielt. Etwa 60% der Bergleute, die für eine Verlegung in Frage kamen, wurden in neun verschiedenen Zeitabschnitten verlegt. Der Prozentsatz ist bei der stark bodenständigen Belegschaft hoch (vgl. Tab. III/10).
Auch hier kehrte ein Teil der Verlegten von »Zollverein« ab, weil die flache Lagerung der Kohle einen erhöhten, ungewohnten Kraftaufwand erforderte[108]. Auf Grund der kurzen Beobachtungszeit läßt sich Abschließendes noch nicht sagen.

c) Die geplante Stillegung von »Engelsburg«

»Engelsburg« liegt, westlich vom Stadtkern, vor den Toren des »Bochumer Vereins«, des größten Werkes in Bochum. Die Magerkohlenzeche ist sehr alt und hatte bereits 1853 eine Belegschaft von 336 Mann. In den letzten zwei Jahren hat sich die Belegschaft bis Ende April 1961 auf rd. 1000 Mann reduziert. Im September 1960 wurden einige Betriebspunkte stillgelegt und 600 Mann entlassen. Jetzt soll die gesamte Belegschaft von der 6 km entfernten Zeche »Holland« aufgenommen werden. Die Förderung wird Ende September 1961 eingestellt.
Zur Zeit ist die »Stimmung« ruhig. 500 ältere Bergleute sind mit der Verlegung einverstanden. Alle jüngeren Bergleute beabsichtigen, in andere Industrien abzuwandern, vornehmlich zum »Bochumer Verein«. Die neuen Bergarbeiterwohnungen verhüten eine stärkere Abkehr[109]. – Die Schichtleistung ist auch hier in den letzten Jahren von 1300 auf 2000 kg gestiegen.

d) Weitere geplante Stillegungen

Im Januar 1961 gab die BBAG die Schließung ihrer Anlage »Bruchstraße« für Mitte des Jahres 1962 bekannt. Das kleine Grubenfeld der mittleren Zeche (normale Belegschaft von rd. 3000 Mann) ist in fünf bis sieben Jahren erschöpft. Die hohen Bergschäden haben die Ertragslage stark gemindert; z. B. wird der Bahnhof Langendreer mit hohem Kostenaufwand gehoben.

[108] Auf »Friedlicher Nachbar« war die Lagerung steil, und die losgemachte Kohle fällt.
[109] Nach dem Kriege wurden 1200 Wohnungen für »Engelsburg gebaut.

Auf die vorzeitige Stillegung hat vor allem die Stadt gedrängt, da auf dem Gelände ein größeres Werk errichtet werden soll und die Stadt die Bergschädenhaftung übernommen hat. Die Stadt wird der BBAG für die vorzeitige Stillegung eine größere Entschädigung zahlen.
Die in Bochum-Querenburg liegende Zeche »Klosterbusch« hat im Mai 1961 ihre Stillegung bekanntgegeben. Bereits im Juli soll die letzte Schicht verfahren werden. Die Zeche mit einer Belegschaft von 1000 Mann gehörte einem Privatunternehmer, der sich zur Schließung vornehmlich durch den akuten Arbeitskräftemangel veranlaßt sah[110]. Der »Ankündigungseffekt« löste eine starke Abkehr aus. Die Nachbarzechen boten der Belegschaft eine großzügige Übernahme (Wahrung aller Senioritätsrechte) an; aber nur elf Bergleute nahmen das Angebot an. Die jüngeren Bergleute lehnten jede Hilfe des Arbeitsamtes und der Zeche ab und suchten sich selbst einen neuen Arbeitsplatz. – Da der Betriebssitz in Herbede liegt, haben wir die Zeche nicht in unsere Untersuchung einbezogen.

e) Die stillgelegten Kleinzechen

Die Kohlenabsatzkrise traf besonders hart – und auch zuerst – die Kleinzechen. Bereits Ende 1957, als man noch keine ernstlichen Absatzsorgen auf dem Steinkohlenmarkt spürte, stellten einige Kleinzechen ihre Förderung ein. Sie können mit geringem Aufwand ihre Produktion einstellen und auch wiederaufnehmen; daher sind sie besonders konjunkturreagibel. So ist es nicht verwunderlich, daß über die Hälfte der Stollen und Kleinzechen geschlossen wurde. Auf den 22 stillgelegten Zechen arbeiteten 808 Bergleute (vgl. Tab. III/11).

10. Die Stillegungskosten

Erst zwei Anlagen haben in Bochum die Förderung eingestellt. Auch hier ist die Stillegung noch nicht abgeschlossen, so daß nichts Endgültiges gesagt werden kann.
Mit der Stillegung verlieren die Schächte, die Grubenbaue und die Gerechtsame jeglichen Wert, gleichgültig, ob sie abgeschrieben sind oder nicht. Untertageanlagen (Maschinen, Gleise, Ausbau) können teilweise in anderen Zechen wieder verwandt werden; doch das Ausrauben deckt gerade die hohen Lohnkosten. – Vielfach beschäftigt man mit dem Ausrauben alte Bergleute, die lange Kündigungsfristen haben und die entweder nicht verlegungsfähig oder -willig sind.
Ferner entstehen noch einmalige Stillegungskosten. Schächte müssen verfüllt und Dämme gebaut werden. Über die Höhe der hier anfallenden Kosten kann nichts gesagt werden, da das Oberbergamt über die zu treffenden Maßnahmen noch nicht entschieden hat.

[110] Es ist eine der ersten Stillegungen einer konzernfreien Zeche; die bisherigen Stillegungen trafen alle »Grenzzechen« der Kohlenkonzerne.

Völlig offen ist die Frage der Wasserhebung. Auch nach der Stillegung muß das Wasser gehoben werden, damit die Nachbarzechen nicht »ersaufen«. Daher läßt die BBAG weiter Wasser pumpen, obwohl sie dazu nicht mit Sicherheit verpflichtet ist[111]. Man plant, eine Pumpgemeinschaft zu gründen und eine zentrale Pumpanlage für alle drei stillgelegten Zechen mit einem Kostenaufwand von 7 bis 8 Mio. DM zu errichten. Die Investition und die jährlichen Pumpkosten in einer Höhe von rd. 4 Mio. DM sollen auf die Pumpgemeinschaft umgelegt werden[112, 113].

Die Verlegungskosten betrugen allein bei »Prinz-Regent/Dannenbaum« 2 Mio. DM (einschließlich der Abfindungen für Rentenempfänger), die von der Montanunion und dem Bund je zur Hälfte getragen werden. Für die acht Busse, die die Verlegten (dreischichtig) zum neuen Arbeitsort bringen, ist ein monatlicher Aufwand von rd. 28 000 DM erforderlich. Für die Stillegung von »Friedlicher Nachbar« und die notwendige Verlegung von Bergleuten wird der Kostenaufwand ungefähr die Hälfte betragen.

Da bis heute Vollbeschäftigung herrscht, entstanden der GBAG auf Grund des Sozialplanes nur geringe Kosten. Aber nach einem Jahr läuft die Hilfe gemäß § 23 des ÜV aus, und der Sozialplan tritt voll an ihre Stelle. Der Umfang der Inanspruchnahme hängt von der Beschäftigungslage ab; es ist ungewiß, wieviel ältere, nicht verlegungsfähige Bergleute bis dahin andere Arbeit gefunden haben.

11. Wirkungen auf die Folgeindustrien

a) Die Folgen für die Bergbauzulieferer

Die Bergbauzulieferer wurden zunächst von der Kohlenabsatzkrise im gleichen Maße wie der Bergbau betroffen. Die Bergwerksunternehmen stellten ihre Investitionspläne zurück, und viele Zechen, besonders die der BBAG, stornierten ihre Aufträge. Der Auftragsbestand verringerte sich um ein Drittel. Aus diesem Grunde waren teilweise Massenentlassungen[114] notwendig (vgl. folgende Übersicht).

*Inlandsabsatz von Bergbaumaschinen**

Jahr	1954	1957	1958	1959	1960
Index (%)	100	147	151	134	133
Änderungsrate			+ 2,7%	— 11,3%	— 0,7%

Qulle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Februar 1961, S. 7.

[111] Rechtlich ist z. Z. noch völlig offen, ob die BBAG zur weiteren Wasserhaltung verpflichtet werden kann.

[112] Zur Zeit ist es noch ungeklärt, wer sich an der Pumpgemeinschaft beteiligt.

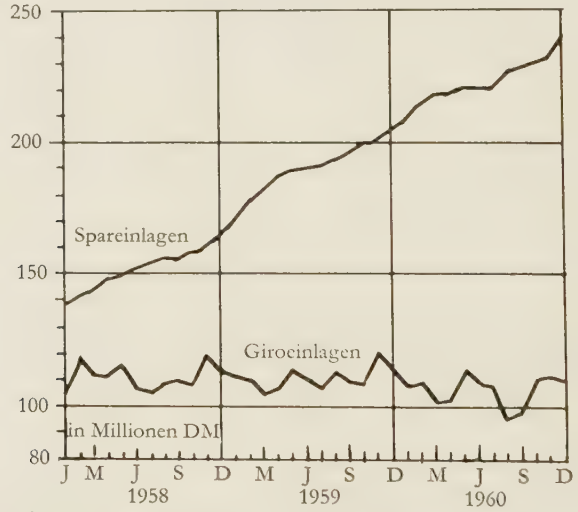
[113] Die Wasserhaltung von »Bruchstraße« dürfte ähnlich geregelt werden. Die Wasser der syndikatsfreien Zeche »Klosterbusch« gefährden kein benachbartes Grubenfeld.

[114] Im Sinne des KSchG (Kündigungs-Schutz-Gesetz), § 15.

Aber nach Jahresfrist (Anfang 1960) setzte im Bergbau ein starker Rationalisierungszwang ein und sicherte den Bergbauzulieferern Vollbeschäftigung. Die Kapazitätsausnutzung wurde meist durch Erweiterung des Produktionsprogramms gesichert.

b) Auswirkungen auf den tertiären Sektor

Im tertiären Sektor machte sich die Kohlenabsatzkrise kaum bemerkbar, obwohl gerade diese Wirtschaftszweige heftig gegen die Stillegung opponierten. Einzelhandel und Handwerk erzielten gute Umsätze; die Zahl der Gaststätten stieg in den letzten drei Jahren von 604 auf 731[115]. Die Beschäftigtenzahl im tertiären Sektor erhöhte sich um 4% (vgl. Tab. III/2, Zeile 7).
Erstaunlich stark war der Zuwachs der Spareinlagen. Der Anstieg im Jahre 1959 entsprang u. E. nicht einem Vorsichtsmotiv – wie vielfach kommentiert –, da sich der Trend 1960 und 1961 fortsetzte.
Dennoch können gewisse Verlagerungen nicht geleugnet werden; besonders im Südraum gingen die Umsätze zurück – im Norden und in der Stadtmitte stiegen sie an.



Entwicklung der Spareinlagen in Bochum (Städt. Sparkasse)

12. Verbleib der Bergleute

a) Die Aufnahmefähigkeit des lokalen und regionalen Arbeitsmarktes

Die Zahl der Freisetzungen durch die Stillegungen war gering, da den meisten Bergleuten innerhalb des Konzern Arbeitsplätze angeboten wurden. Dagegen konnte die hohe Zahl der 10 000 Bergbauabkehrer, die infolge der Feierschichten,

[115] Ähnliche Zunahmen sind beim Lebensmittelgroßhandel und bei anderen Großhandlungen festzustellen.

der allgemeinen Unsicherheit und der langfristig angekündigten Zechenstillegung aus dem Bergbau ausschieden[116], den Arbeitsmarkt belasten.
Die Abkehrer verlieren mit dem Ausscheiden aus dem Bergbau die Möglichkeit, ihre erlernten beruflichen Fertigkeiten zu verwerten. Daher haben die meisten von ihnen nur eine Tätigkeit auf dem Arbeitsmarkt für ungelernte Arbeitskräfte, der in Bochum sehr groß ist, finden können.
Da Vollbeschäftigung herrschte, waren in anderen industriellen Bereichen viele Arbeitsplätze unbesetzt. Dieser Umstand erleichterte den Abkehrern die Arbeitssuche. Die Kohlenabsatzkrise brachte mit ihren Entlassungen und ihrer »Bergbauflucht« oft eine gewisse Entspannung des Arbeitsmarktes im rheinisch-westfälischen Industriegebiet mit sich. Da in der Zeit der Überbeschäftigung die abgekehrten und entlassenen Bergleute leicht und meist ohne Hilfe des Arbeitsamtes, das allein ihren Verbleib statistisch erfaßt, einen neuen Arbeitsplatz finden konnten, ist es recht schwierig festzustellen, in welchen Industriezweigen die Abkehrer untergekommen sind. In dieser schwierigen Lage hilft uns eine Sondererhebung des Arbeitsamtes Bochum, die für die Jahreswende 1959/60 durchaus repräsentativ ist und einen guten Aufschluß über den Verbleib der Abkehrer gibt (vgl. Tab. III/12).
Die Aufnahmefähigkeit des lokalen Arbeitsmarktes war zunächst beschränkt. Beinahe die Hälfte der Abkehrer mußte einen Arbeitsplatz außerhalb Bochums suchen und auspendeln. Das Bergische Land mit seiner Eisenerzeugung und -verarbeitung ist das größte Hauptaufnahmegebiet (vgl. Tab. III/12). Das beruht vor allem darauf, daß der von der Kohlenabsatzkrise am schwersten getroffene Südraum an das Bergische Land angrenzt; darüber hinaus sind die Löhne dort höher als im Ruhrgebiet. Später stiegen wieder die Vermittlungen innerhalb der Stadt, und bereits heute ist Bochum wieder Aufnahmegebiet. Diese Wende erfolgte im Juni 1960 (vgl. Tab. III/13).
Das Unterkommen der Bergleute wurde erleichtert, weil gewisse »gentlemen agreements«[117] der Großbetriebe in der Hochkonjunktur nicht so strikt eingehalten wurden. Überdies glaubten die Großbetriebe, dem Bergbau einen guten Dienst zu erweisen, wenn sie »Bergbauverdrängten« einen Arbeitsplatz anboten.

b) Die Stahlindustrie als aufnehmender Wirtschaftszweig

Die Stahlindustrie hat nach dieser Sondererhebung fast die Hälfte der Bergbauabkehrer aufgenommen. Wiederum die Hälfte davon sind Auspendler, die vornehmlich im Bergischen Land arbeiten.
Die Bochumer Betriebe der Stahlerzeugung hatten unter der »recession« 1957/58 schwer zu leiden und mußten größere Entlassungen vornehmen. Ende des Jahres 1959, im Höhepunkt der Bergbaukrise, klang die »recession« ab. Hohe Auftragseingänge zwangen sogar zur Kapazitätserweiterung und zu Neueinstellungen. Da-

[116] Eine kurzfristige Stillegungsankündigung wäre nicht nur ökonomisch sinnvoller, sondern auch sozial »spannungsloser« für die Bergleute gewesen.
[117] In diesen »gentlemen agreements« verpflichten sich die Großbetriebe, Abkehrer der Mitglieder dieses Abkommens nicht einzustellen.

her waren die Abkehrer sehr willkommen; aber trotz der Dringlichkeit wurden die Bewerber einer scharfen Personalauslese unterworfen. Sie mußten unter 30 Jahre alt und kerngesund sein und ein gutes Beschäftigungsbild nachweisen. Der Einsatz erfolgte durchweg in den Heißbetrieben, so daß der Verdienst den Bergmannslohn weit überstieg[118].

Eine Übersicht über 573 Bergleute, die von einem Stahlwerk eingestellt wurden, gibt ein ausgezeichnetes Bild über die sozialen Daten der Eingestellten. Mit 26,3 Jahren stehen sie im besten Mannesalter; die Streuung der Werte ist gering (18 bis 36 Jahre). Bei einer durchschnittlichen Bergbauzugehörigkeit von 7,6 Jahren ist ein gutes Beschäftigungsbild zu vermuten.

Es zeigt sich, daß die Verheirateten (54%) genauso abkehrwillig waren wie die Ledigen. Das Werk hat 25% des Personalbedarfs durch die Einstellung von Bergleuten decken können; in Wirklichkeit ist der Anteil höher, weil viele Abkehrer vor dem Überwechseln in die Stahlindustrie in einem anderen Wirtschaftszweig (vor allem im Baugewerbe) tätig waren (vgl. Tab. III/14). Für den Bergbau ist die Abkehr solcher Arbeitskräfte ein schwerwiegender Verlust; denn 94% dieser Abkehrer sind bergmännische Fachkräfte.

Auch in der metallverarbeitenden Industrie sind viele Bergleute untergekommen. Da dieser Wirtschaftszweig in Bochum schwach vertreten ist, verwundert es nicht, wenn in diesem Wirtschaftsbereich 63% dieser Bergbauabkehrer auspendeln (vgl. Tab. III/12). In den wenigen metallverarbeitenden Mittelbetrieben in Bochum sind auch ältere Bergleute untergekommen, die weniger einen hohen Lohn als einen sicheren Arbeitsplatz anstrebten.

c) Das Baugewerbe als Durchgangsstadium

Das Baugewerbe hat nach der Sondererhebung rd. ein Viertel der Bergbauabkehrer aufgenommen. Das Ergebnis ist allerdings trügerisch. In der Zeit der Krisenstimmung und Erregung gab man »Hals über Kopf« seinen Arbeitsplatz im Bergbau auf und suchte irgendwo unterzukommen, um dann »ruhig weiterzusehen«. Das unterprivilegierte Baugewerbe mit seinem chronischen Personalmangel nahm jeden Bergmann gern auf. Vor allem die älteren Bergleute, die auf Grund ihres Alters nicht bei der Stahlindustrie sich bewerben konnten, fanden hier einen Arbeitsplatz. Allgemein aber ist die Bauwirtschaft nur eine Zwischenstation, bis ein besser zusagender Arbeitsplatz gefunden ist. Weil die Personalstatistik der Bauunternehmen unzureichend ist (und auch zumeist die »toten« Personalakten fehlen)[119], ist es nicht möglich, ein vollständiges Bild nachzuzeichnen. Eine kleine Übersicht von drei Baubetrieben bestätigt aber, daß das Baugewerbe ein Durchgangsstadium war (vgl. Tab. III/15).

[118] Der durchschnittliche Lohn der Stahlindustrie ist mit 3,44 DM höher als der durchschnittliche Bergmannslohn von 3,14 DM je Std. Die Lohnnebenkosten im Bergbau sind mit 68% des bereinigten Lohnes höher als in der Metallbranche (42%). Vgl. Wirtschaft und Statistik, 1960, S. 680. Nach der Lohnerhöhung des letzten Jahres hat sich der Bergmannslohn in etwa an das Lohnniveau der Stahlindustrie angeglichen.

[119] Akten der aus dem Betrieb ausgeschiedenen Personen.

d) Rückkehr in den Bergbau

Viele Bergleute waren auf gut Glück abgekehrt, ohne sich zuvor einen neuen Arbeitsplatz zu sichern. Als ihre Suche erfolglos blieb oder ihre Lohnerwartungen sich nicht erfüllten, kehrten sie zum Bergbau zurück. In der Sondererhebung sind es nur 116 Mann (vgl. Tab. III/12). Die Zahl der Rückkehrer ist aber weit höher und hat in letzter Zeit, nachdem sich die Verhältnisse im Bergbau gefestigt haben, stark zugenommen. Besonders der höhere Lohn und die Zechenwohnung veranlassen zur Rückkehr. Die Bergwerksunternehmen begünstigen die Rückkehr, indem sie unbeschadet der Unterbrechung den Rückkehrern ihre alten Senioritätsrechte wieder zuerkennen.

e) Die übrigen Wirtschaftszweige

Wie Tab. III/12 zeigt, bietet der tertiäre Sektor nur wenigen Bergleuten neue Arbeitsmöglichkeiten. Die 66 Bergleute im Verkehrswesen sind ausschließlich Straßenbahnschaffner. Auch die Aufnahmefähigkeit der Landwirtschaft ist – im Gegensatz zu den zwanziger Jahren – gering.
Bei einem beträchtlichen Prozentsatz ist der Verbleib nicht feststellbar, da die Arbeitsamtsstatistik (infolge des fehlenden Zwangscharakters) große Lücken aufweist.

13. Der Verlust von Arbeitsplätzen

Mit der Stillegung der drei Schachtanlagen verliert Bochum 6500 Arbeitsplätze; hinzu kommt noch die Belegschaftsverringerung der fördernden Zechen, die zahlenmäßig noch stärker ins Gewicht fällt. Dies spiegelt sich im Rückgang der Zahl der Gesamtbeschäftigten wider, die sich von 1957 bis 1960 um 5000 Personen verringerte (vgl. Tab. III/2, Zeile 12). Die Industrieberichterstattung weist sogar einen Verlust von 8000 Arbeitsplätzen nach (vgl. Tab. III/3). (Die Zahl wird sich – rechnerisch – noch durch die Stillegungen »Friedlicher Nachbar«, »Bruchstraße«, »Engelsburg« und »Klosterbusch« erhöhen.) Die Zahl der Auspendler muß also demnach wachsen.
Leider läßt uns die maßgebliche Steueramtsstatistik vom Oktober 1959 im Stich. Hier werden 13 000 Auspendler (1956–1959 nur 8800) gezählt; die Zahl der Einpendler beträgt wie zuvor 17 000. In diesen Ziffern sind die Verlegten und Auspendler, die durch die Stillegung »Prinz-Regent/Dannenbaum« zu einer Arbeitsaufnahme außerhalb Bochums gezwungen sind, und ein Teil der Abkehrer noch nicht enthalten (vgl. Tab. III/2, Zeile 14). Man müßte schätzungsweise 2000 Auspendler hinzurechnen. Pressenotizen, die von 22 000 Auspendlern berichten, scheinen übertrieben. Die Pendlerzahlen der IHK und des Arbeitsamtes differieren erheblich und können nicht zum Vergleich herangezogen werden. Trotz dieser starken Zunahme ist Bochum in geringem Umfange noch Aufnahmegebiet. Die Vermittlungen des Arbeitsamtes nach Bochum nehmen nach dem Abklingen der Kohlenabsatzkrise wieder zu (vgl. Tab. III/13).

14. Soziale Auswirkungen für die Bergleute

a) Vertrauensschwund gegenüber dem Bergbau

Die Kohlenabsatzkrise hat eine starke Unsicherheit und Sorge um den Arbeitsplatz im Bergbau hinterlassen. Jede Pressenotiz über steigenden Ölverbrauch beunruhigt den Bergmann.
Selbst in der zugespitzten Situation 1959/60 ist dem Bergmann mit längerer Betriebszugehörigkeit die Abkehr schwergefallen. Die existentielle Sorge um den Arbeitsplatz wog hier schwerer als die durchaus vorhandene Berufs- und Betriebstreue (vgl. Tab. III/14, Spalte 12). In den letzten Monaten hat sich die Lage gebessert, und viele Rückkehrer beweisen ihre Verbundenheit zum Bergbau – unbeschadet der meist ökonomischen Motivation. Die Hälfte der wenigen Vermittlungen[120] im Bergbau rekrutiert sich aus älteren Bergleuten, die vornehmlich aus der Bauwirtschaft wieder zum Bergbau überwechseln. (Aus der Stahlindustrie scheiden nur einige aus, welche die Hitze in den Heißbetrieben nicht vertragen können.)

b) Die verschärfte Nachwuchsproblematik

Die Krise hat das Generationenproblem noch verschärft. Nur 10–15% der heutigen Vermittlungen sind jugendliche Nachwuchskräfte (ohne Ausländer) und damit echte Neuanlegungen. Es sind meist jugendliche Bauhilfsarbeiter, die einen festen Betrieb wünschen und einen hohen Verdienst erstreben. Zu der Abneigung des Lehrlings gegen den Bergbau gesellt sich jetzt noch die Sorge um den künftigen Arbeitsplatz.
Ohne Neuanlegungen kommt es aber zu einer »ungesunden« Schrumpfung des Bergbaus, da gerade die jungen, körperlich leistungsfähigen Arbeitskräfte fehlen. Deshalb werden Ausländer herangezogen. So sind auch in Bochum rd. 50% der z. Z. Vermittelten ausländische Arbeitskräfte.

c) Berufliche Umstellung

Der Bergmann hat den beruflichen Wechsel in andere Wirtschaftsbereiche nicht freiwillig[121] und nicht gern, aber ohne große Schwierigkeiten vollzogen[122]. Die Bergleute besitzen eine nüchterne Einstellung zum Beruf oder besser zu ihrer Tätigkeit. Havemann hat durchaus recht, wenn er den Bergmann mit einem

[120] Monatlich kann das Arbeitsamt jetzt nur rd. 100 Arbeitskräfte in den Bergbau vermitteln; vor einigen Jahren war die Zahl dieser Vermittlungen dreimal so hoch.
[121] Von einer freiwilligen Abkehr kann u.E. (beispielsweise) nur ausnahmsweise gesprochen werden.
[122] Soziologen, die von Berufs wegen soziale Konflikte »wittern«, bestreiten das Gelingen der Umstellung; vgl. Havemann, Sozialpsych. Probleme beim Übergang von Bergarbeiter in die Industrie, desgl. De Rosa, Soziologische Aspekte der industriellen Umstellung; beide in: Industrielle Umstellung, Hohe Behörde Luxemburg 1960.

Frontsoldaten vergleicht, der die Gefahr liebt und hier seine Männlichkeit findet. Aber solche Männlichkeit kann er oft auch am neuen Arbeitsplatz beweisen. In der Stahlindustrie ist ein gesundes Leistungsbewußtsein zu Hause, das auf der Schwere der Arbeit gründet. Der Abkehrer sträubt sich nicht gegen harte Arbeit und hat sie meist gefunden, d. h. solche Arbeitsplätze waren eben in Bochum frei[123]. Das soziale Moment ist rein ökonomisch faßbar: Der Bergmann will mit einer »anständigen« Arbeit seinen gewohnten Lebensstandard halten.
In den aufnehmenden Industrien ist der Bergmann gern gesehen. Körperliche Einsatzbereitschaft, Arbeitsdisziplin, Pünktlichkeit, Anstelligkeit und Kameradschaft der Bergleute werden allgemein gelobt. Die Stahlindustrie hat beispielsweise durch diesen Zuzug ihr Betriebsklima verbessern können.

d) Alte Bergleute und Invaliden

Viele alte Bergleute wurden entlassen. Soweit sie einen hohen Rentenanspruch hatten, wurden sie invalidisiert und schieden aus dem Arbeitsprozeß aus. Der Bund und die Montanunion zahlten eine Abfindung von 3000 DM und übernahmen für ein Jahr einige weitere Leistungen. Die Vollrenten liegen gelegentlich – sofern es sich um Unfallrenten (Staub) handelt – über dem früheren Arbeitsverdienst.
Soziale Härten brachte die Kohlenabsatzkrise für Bergleute, deren Rentenanspruch unter 50% lag und die entlassen bzw. bei der BBAG nicht verlegt wurden. Es sind meist alte betriebstreue Bergleute. Auch hier hilft der Bund großzügig. Neben den Zuwendungen werden Arbeitsplatzdarlehen für schwer zu vermittelnde Bergleute gestellt. Dagegen ist der Bergmannsversorgungsschein keine wirksame Hilfe. Nun muß festgestellt werden, daß diese Bergleute gar keine neue (fremdartige) Arbeit, sondern eine Rente wünschen. So erstreben die 841 arbeitslosen Bergleute in Bochum fast ausschließlich die Invalidisierung.

Arbeitslose Bergleute in Bochum (am 15. Juni 1960)

Alter in Jahren	Anzahl
Bis 50 Jahre	58 Mann
40 bis 50 Jahre	48 Mann
50 bis 60 Jahre	505 Mann
Über 60 Jahre	230 Mann

445 Mann haben ihren Anspruch auf Arbeitslosengeld bereits erschöpft. 757 Mann haben einen Rentenanspruch und warten auf den Rentenbescheid.
Der Sozialplan der GBAG hat viele weitere Härten gemildert.

[123] Das Bestreben des Landesarbeitsamtes, Bergleute nur als Facharbeiter zu vermitteln, ist sozial begrüßenswert, aber trägt den Wünschen der Bergleute, die nicht so kompliziert sind, wenig Rechnung.

15. Die Wohnungs- und Siedlungsstruktur

Die Zechen bzw. ihre Wohnungsgesellschaften haben ihren Wohnungsbestand in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Ein gutes Viertel aller Wohnungen in Bochum ist vom Bergbau und seinen Wohnungsgesellschaften erstellt. Trotz der Kohlenabsatzkrise wurden noch nach dem Jahre 1957 rd. 3000 weitere Wohnungen erbaut, obwohl sich die Belegschaft verringerte (vgl. Tab. III/16). Beträchtlich hoch ist der werksgeförderte Eigenheimbau.

Mit der Anlegung auf der Zeche ist im allgemeinen für den Bergmann die Wohnungsfrage gelöst. Das bedeutet eine enge Bindung an den Bergbau; dennoch kam es zu der großen Abkehr.

Die Belegschaft des Bochumer Bergbaus schrumpfte um mehr als 10 000 Mann. Man hatte mit vielen leerstehenden Zechenwohnungen gerechnet und erhofft, der Wohnungsmarkt würde dadurch eine Entlastung erfahren. Aber keine Wohnung wurde frei.

Zunächst blieben die verlegten Bergleute in Bochum wohnhaft; lediglich 100 Arbeiter siedelten um. Die Bochumer Bergleute lehnten die angebotenen Neubauwohnungen der Aufnahmezechen ab, weil sie ihre alten sozialen Bindungen zur vertrauten Umwelt nicht abbrechen wollten. Darüber hinaus erschienen ihnen die Neubaumieten (oft das Dreifache der alten Mieten) zu hoch; auch der größere Komfort dieser Wohnungen rechtfertigte nach ihrer Meinung nicht den höheren Mietpreis. Den entlassenen Bergleuten wurde auf Grund einer Vereinbarung des Bergbaus und mit dem Bund ein zweijähriges Wohnrecht weiter zugestanden[124, 125].

Im Ruhrdurchschnitt sind 8% der Zechenwohnungen zweckentfremdet, in Bochum dagegen rd. 33%. Der größte Teil der bergbaufremden Belegung erfolgt durch die Abkehrer. Sie haben eine bergbaufremde Tätigkeit aufgenommen und blieben in der Bergbauwohnung wohnen (vgl. Tab. III/16, Spalte 18, und Tab. III/14, Spalte 9). Erst 267 Abkehrer haben die Wohnung geräumt. »Formale Proteste« (und Kündigungen) gehen den Abkehrern zu, um sie zur Rückkehr zum Bergbau zu bewegen[126]. Wir finden auch hier wiederum bestätigt, daß die Wohnung ein starkes Bindeglied an den Bergbau ist; denn ansonsten wäre die Abkehr wahrscheinlich noch größer gewesen.

Der Bergmann in Bochum ist keine langen Wegezeiten gewohnt. Etwa 70% der Bochumer Bergleute brauchen nicht einmal 20 Minuten Fußweg bis zum Zechentor (vgl. Tab. III/16, Spalte 12). Für die Verlegten verlängert sich die Wegezeit erheblich. Zwar beträgt die reine Fahrzeit mit dem Bus nur 20–30 Minuten, aber das Warten an der Haltestelle bei der Hinfahrt und vor allem das Warten auf die Abfahrt nach der Schicht, bis der letzte Bergmann im Bus ist, erhöht die Wegezeiten der Pendler beträchtlich.

[124] Der in Frage kommende Personenkreis ist gering.

[125] Der Versuch, Invaliden aus Essen und Gelsenkirchen nach Bochum zu verpflanzen, scheiterte am Widerstand der Invaliden und am Einspruch der Stadt.

[126] Die »Kündigungen« der BBAG verfolgten noch weitere Ziele.

Für die Abkehrer, soweit sie in Bochum tätig sind, erhöht sich die Wegezeit nur geringfügig. Beispielsweise brauchen die Abkehrer, die jetzt in der Stahlindustrie tätig sind, durchschnittlich 29 Minuten, um zum Werkstor zu gelangen (vgl. Tab. III/14, Spalte 11). Dagegen haben die Bergbauabkehrer, die auspendeln müssen, oft lange Wegezeiten[127].
All das spricht für eine feste Bindung an Wohnung und Wohnort. In der frühindustriellen Zeit folgte der Wohnort dem Betriebsort. Heute hat der Standort hinsichtlich der Arbeitsmobilität viel an Bedeutung eingebüßt.

Ansiedlung von Ersatzindustrien

16. Schaffung neuer Arbeitsplätze

a) Bochum, ein zentraler Standort

Bochum ist auf Grund seiner zentralen Lage ein guter Standort. Die gute Standortqualität verdankt es besonders dem ausgezeichneten Fernstraßennetz.
Die Standortwahl ist eine unternehmerische Entscheidung, und die öffentliche Hand in einer Sozialen Marktwirtschaft kann diese Wahl nur in beschränktem Maße beeinflussen. Die Gemeinde kann kaum durch Senkung der Hebesätze neue Betriebe attrahieren[128]. Der Gemeinde verbleibt meist nur ein wirksames Mittel, indem sie den ansiedlungswilligen Betrieben erschlossene Grundstücke preiswert anbietet. Im Ruhrgebiet ist die Grundstückspolitik der stärkste Hebel, um Unternehmen zur Ansiedlung zu bewegen. Bochum hat aber – wie die meisten Ruhrstädte – einen geringen Vorrat an Industriegelände, und der Bergbau als größter Bodenbesitzer gibt nur zögernd Grundstücke, und zwar mit Bergschädenverzicht ab. Das erschwert die Ansiedlung von neuen Industriebetrieben in hohem Maße.

b) Neue Industrieansiedlungen

»Industry grows, but seldom moves.« Die Redewendung sagt deutlich, daß eine Industrieansiedlungspolitik nur in Zeiten von wirtschaftlichen Umbrüchen oder in Zeiten, in denen die Wirtschaft kräftig expandiert, die Chance hat, neue Betriebe anzusiedeln. Die große Chance nach 1945, neue Betriebe und Industriezweige heranzuziehen, konnte von Bochum nicht so genutzt werden wie von den Nachbarstädten Essen und Gelsenkirchen (vgl. Tab. III/17).

[127] Da der Begriff des Pendlers statistisch (nach dem Merkmal der politischen Gemeindezugehörigkeit) gefaßt ist, gilt obige Aussage nur eingeschränkt. So haben beispielsweise die Abkehrer von »Friedlicher Nachbar«, die auf der »Henrichshütte« in Hattingen arbeiten, meist einen kürzeren Arbeitsweg als zur Zeche.

[128] Die eingebürgerte Auffassung, daß eine Senkung der Gemeindesteuer neue Betriebe attrahiere, ist völlig falsch, weil hier die Wirkung der Steuerverausgabung übersehen wird. Beispielsweise beruht keine einzige Standortwahl der neuangesiedelten Betriebe in Bochum auf einer steuerlichen Motivation.

Als sich in Bochum auf Grund der Stillegungen und der starken Bergbauflucht der Verlust von rd. 15 000 Arbeitsplätzen abzeichnete, verstärkte die Stadt ihre Bemühungen, durch neue Industrieansiedlungen den Verlust wettzumachen. Die Stadtväter fürchteten, daß ein großer Teil der Auspendler, besonders die Fernpendler, Bochum verlassen könnten[129]. In dieser für Bochum gefahrvollen Situation kam der Bergbau der Stadt entgegen und stellte ihr genügend Grundstücke zur Verfügung. In der Zeit der Hochkonjunktur waren freie Arbeitskräfte das wichtigste Werbemittel, um neue Betriebe nach Bochum anzulocken. Diese freien Arbeitskräfte glaubte man in Bochum reichlich zu finden. Funk und Fernsehen, die mit ihren Schlagworten viele Bergleute zur Abkehr veranlaßten, zogen andererseits (unbewußt) viele Unternehmen nach Bochum. So konnten im Jahre 1960 beinahe 3000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden[130].
Die angesiedelten Betriebe ergänzen die Bochumer Wirtschaft in idealer Weise. Vornehmlich wurden Betriebe der Metallverarbeitung und des sonstigen verarbeitenden Gewerbes angesiedelt. Es sind meist Mittelbetriebe, die auch viele nicht voll leistungsfähige Bergleute und Frauen beschäftigen[131].

17. Das Sonderproblem Opel

a) Ein neuer Großbetrieb im Ballungsraum

Der Bergbau und einige Verbände wünschten nicht die Ansiedlung des Opel-Zweigwerkes im Ballungsraum Bochum, sondern sprachen sich für kleine und mittlere Betriebe der Verarbeitung aus. Aber diese kleinen Betriebe hätten kaum den Verlust von 15 000 Arbeitsplätzen, der durch die Schrumpfung des Bergbaus entstanden war, wettmachen können[132]. Nur die Ansiedlung eines Großbetriebes konnte diese Lücke schließen. Noch eine weitere Überlegung läßt die Ansiedlung des Opel-Werkes empfehlenswert erscheinen. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet überwiegen die relativ stagnierenden Industriezweige; deshalb ist die Errichtung eines expansiven Großbetriebes als »Promotor« zu begrüßen.
Die vom Opel-Zweigwerk ausgehende wirtschaftliche Dynamik wird weit über den Bochumer Raum wirken[133].

[129] Man befürchtete den Abzug von 8000 bis 10 000 Auspendlern; diese Zahl mal 3 (Beschäftigtenquote) ergibt einen Bevölkerungsschwund von 25 000 bis 30 000 Personen.
[130] Ohne die Expansionsraten der heimischen Betriebe.
[131] In diesem Zusammenhang ist auch die Kredithilfe des Landes für von Stillegungen im Steinkohlenbergbau betroffene Gebiete zu erwähnen.
[132] Vgl. M. Bye, Erfahrungen mit der industriellen Umstellung; in: Industrielle Umstellung, a.a.O., S. 25.
[133] Ein so großes Projekt wie Opel ist mit einem rein kommunalen Aspekt nicht zu erfassen. Die positiven – und auch negativen – Auswirkungen verteilen sich auf den gesamten umgebenden Wirtschaftsraum Bochums. Das Einzugsgebiet aller Automobilfabriken ist sehr groß.

*Ausgewählte Indizes der westdeutschen industriellen Produktion 1960**
(1936 = 100)

In Bochum stark vertretene Industriezweige		Besonders expansive Industriezweige (in Bochum schwach vertreten)	
Stahlbau	110	Feinmechanik	352
Bergbau	114	Fahrzeugbau	760
Gießerei	162	Elektrotechnische Industrie	838
Kohlechemie	190	Chemiefasererzeugung	1 005
Eisenschaffende Industrie	193	Kunststoffverarbeitende Industrie	1 606
Gaserzeugung	217		

* Quelle: W. Utermann, Strukturfragen des Ruhrgebietes; in: Mitteilungen der IHK Dortmund, Februar 1961, S. 54.

Es kann aber nicht verschwiegen werden, daß durch die Ballung in gesamtwirtschaftlicher Sicht manche Nachteile entstehen, die in der künftigen Größe des Opel-Zweigwerkes ihre Ursache haben.

b) Die hohen Kosten der Ansiedlung

Nach wochenlangen vertraulichen Verhandlungen im Bochumer Rathaus wurde am 17. Mai 1960 die Errichtung des Opel-Zweigwerkes in Bochum mit zunächst 7000 Arbeitsplätzen bekanntgegeben[134, 135]. Die Stadt hatte binnen acht Wochen die Verhandlungen abgeschlossen und eine erstaunliche »unternehmerische« Aktivität und hohen Wagemut bewiesen.
Zunächst entstehen der Stadt keine Vorteile, sondern lediglich hohe Kosten. Die BBAG verkaufte der Stadt preisgünstig das Gelände »Dannenbaum« und weitere Grundstücke in Langendreer mit Bergschadenverzicht. Die Stadt überließ Opel diese Grundstücke mit erheblichem Preisnachlaß. Überdies übernahm die Stadt die Bergschädenhaftung, deren Kosten z. Z. nicht abzuschätzen sind. Mit dem Einbau kostspieliger Bergbausicherungen versucht man, künftige Bergschäden möglichst auszuschalten. Um die Bergschäden im Werk III in Langendreer zu verringern, wird auf Betreiben der Stadt die Zeche »Bruchstraße« vorzeitig stillgelegt. Die Stadt zahlt eine größere Summe als Entschädigung. Der Versuch, auch die Kohlegewinnung in den Feldesteilen »Siebenplaneten« und »Neu-Iserlohn« aufzugeben, scheiterte an der hohen Forderung der Harpener Bergbau-AG[136]. Die

[134] Damals atmete man in Bochum auf. Ein Ausgleich für die stillgelegten Zechen war geschaffen.

[135] Das Opel-Werk wird auf drei Geländekomplexen errichtet. Das Hauptwerk (Werk I) und die Verwaltung werden auf dem Gelände »Dannenbaum« in Bochum-Laer erbaut. Die Hallen der Werke II und III werden auf zwei Grundstücken in Bochum-Langendreer erstellt.

[136] Der Abbauverzicht für diese Feldesteile würde eine nur 60%ige Ausnutzung des neuen Zentralschachtes »R. Müser« bedeuten. 1500 weitere Bergleute würden ihren Arbeitsplatz verlieren.

Energieversorgung wurde Opel ebenso seitens der Stadt zugesichert. Ferner entstehen der Stadt zusätzliche Kosten durch den Bau neuer notwendiger Straßen und Verkehrszuleitungen. Allein der beschleunigte Ausbau des Nord-Süd-Verkehrsbandes kostet 38 Mio. DM, davon sind 20 Mio. DM für das Rechnungsjahr 1961 veranschlagt. Eine Gesamtsumme der Opel-Ansiedlungskosten, die die Stadt aufzubringen hat, läßt sich infolge der vielen unbekannten Größen (insbesondere der Bergschädenhaftung) nicht ermitteln; sie ist jedenfalls sehr hoch. – Es handelt sich für die Stadt Bochum um eine riesige und risikoreiche Investierung.

c) Die Anpassung des Arbeitsmarktes

Opel ist vornehmlich aus arbeitsmarktmäßigen Gründen nach Bochum gekommen. Aber inzwischen sind die freigesetzten Bergleute anderweitig in der Wirtschaft untergekommen, und die Baufirmen, die für Opel die Hallen erstellen, können die notwendigen Arbeitskräfte in Bochum kaum beschaffen. Weit über 1000 offene Stellen können im Bochumer Baugewerbe nicht besetzt werden. Wenn im Jahre 1962 die Produktion voll anläuft, so müssen die 7000 Arbeitskräfte aus dem angespannten Arbeitsmarkt abgeworben werden. Bereits im Juni 1961 wird die Produktion eines Engpaßaggregates aufgenommen und die ersten Arbeitskräfte eingestellt werden.
Opel wird es trotz der Überbeschäftigung wahrscheinlich gelingen, die erforderlichen Arbeitskräfte zu erhalten, weil die Autoindustrie eine große Attraktivität, vor allem auf die Jugend, ausübt. Bereits jetzt liegen über 4000 Bewerbungen vor. Die Einstellungen werden den Bergbau und das Baugewerbe empfindlich treffen. Die Firma Opel bringt nur 6–8% der Führungskräfte aus Rüsselsheim mit; alle anderen Arbeitnehmer werden sich aus Bochum und dem umgebenden Wirtschaftsraum rekrutieren. Auch die mittleren Führungskader stammen aus der Umgebung und werden z. Z. bereits ausgebildet[137]. Bei aller Attraktivität des Werkes wird die Fluktuation infolge vieler sozialer Fehlanpassungen und der bei einer solchen Masseneinstellung (7000 Mann) sehr schwierigen Personalauslese sehr hoch sein. Der neue Betrieb dürfte zunächst eine geringe soziale Integrationskraft besitzen, was ebenfalls die Fluktuation verstärken wird.
Wenn sich bei der Personalbeschaffung für die neuen Betriebe derartige Schwierigkeiten ergeben, so scheint eine langfristige vorgeplante Zechenstillegung ratsam. Man könnte dann ebenso langfristig neue Industrieansiedlungen planen und so die erwünschte Synchronisierung der Freisetzung von Bergleuten und ihrer Wiedereinstellung in neue Betriebe erreichen. Das ist aber eine rein theoretische Überlegung; denn es ist beipielsweise dem Bergmann von »Bruchstraße« nicht zuzumuten, bis Ende 1962 auf der Anlage zu verbleiben, mit der unsicheren Hoffnung, bei Opel eingestellt zu werden[138]. Unternehmerische Entscheidungen wie Still-

[137] Dadurch werden soziale Spannungen zwischen den mittleren Vorgesetzten und Arbeitern, die durch die gebietsmäßige Herkunft bedingt sind, vermieden.
[138] Außerdem will die GBAG die guten leistungsfähigen Leute behalten und auf ihre Dortmunder Anlage »Germania« verlegen.

legungen müssen kurzfristig erfolgen. Die Zeit der Umstellung sollte dann beschleunigt werden[139].

d) Das ungelöste Wohnungsproblem

Die Firma Opel will Autos produzieren und keine Wohnungen bauen. Das Unternehmen folgt damit amerikanischen Geschäftsgrundsätzen, nach denen die Wohnungsbeschaffung eine individuelle, persönliche Angelegenheit ist und nicht Aufgabe des Betriebes. Aber der Arbeiter an der Ruhr ist gewohnt, daß der Arbeitgeber für die Wohnung sorgt. Opel sieht sich hier einem schwierigen Problem gegenüber.
Bislang hat Opel nur zwei große Ledigenheime der BBAG angemietet. Verhandlungen mit den Wohnungsgesellschaften der BBAG über die Freigabe von Bergarbeiterwohnungen sind noch im Gange. Wahrscheinlich wird bereits in vier bis fünf Jahren im Südraum ein objektiver Überschuß an Bergbauwohnungen bestehen, weil dort nur noch wenige Berginvaliden wohnen werden. Es wird aber schwierig sein, die Zweckbindung des Bergarbeiterwohnungsbaus aufzuheben. Zwischenzeitlich ist jedenfalls der Wohnungsbedarf des Opel-Zweigwerkes nicht gedeckt, so daß die Werksleitung nicht umhinkönnen wird, neue Wohnungen zu erstellen bzw. einen entsprechenden Wohnungsneubau finanziell zu fördern.

18. Die veränderte Siedlungs- und Sozialstruktur

Die Neuansiedlungen seit dem Jahre 1957 haben – besonders im Norden – die industriellen Reserveflächen erschöpft. Opel und die nachfolgenden Autozulieferer bebauen die letzten freien Flächen. Am Ruhrschnellweg und am Rande des Opelgeländes »Dannenbaum« bildet sich ein neuer Industriekern (vgl. Karte III/18). Opel wird in den nächsten Jahren das Zweigwerk weiter ausbauen. In der Endausbaustufe soll es 20 000 Mann beschäftigen[140]. In raumordnerischer Sicht entsteht eine starke Ballung. Multipliziert man die 20 000 Arbeitsplätze mit 2,5 (Beschäftigtenquote), so würden nach dieser Rechnung von Opel allein rd. 50 000 Einwohner Bochums leben. Nimmt man nur einen »doppelten Stellenwert« des Arbeitsplatzes bei Opel an, so würde Bochum um 100 000 Einwohner wachsen. (Die so ermittelte Größe vermindert sich entsprechend um die Zahl der Einpendler[141].)

[139] Vgl. dagegen M. Bye, a.a.O.
[140] Bei der Expansion der Autobranche kann aber noch mit einem weiteren Wachstum gerechnet werden.
[141] Um wieviel Bochum durch die Ansiedlung von Opel wachsen wird, hängt von drei Faktoren ab:
a) wieviel Auspendler wird Bochum zurückgewinnen können,
b) in welchem Maße wird die Errichtung des Opel-Zweigwerkes zu Lasten der einheimischen Industrie erfolgen,
c) wieviel Opel-Beschäftigte werden nicht in Bochum wohnen und einpendeln?

In einer schwerindustriell strukturierten Stadt wie Bochum müssen die meisten Menschen körperlich schwer arbeiten; die Schwere und Gefahr der Arbeit formen entscheidend die sozialen Verhaltensweisen. In gleicher Weise wird ein junger dynamischer Großbetrieb wie Opel, in dem ganz andersgeartete Arbeit geleistet wird, die dort arbeitenden Menschen, vor allem die jungen, formen und prägen. Der hohe Lohn der Autoindustrie bei geringer körperlicher Beanspruchung wird auch den Konsum in eine andere Richtung lenken.
Opel wird möglicherweise den Stahlwerken den Vorrang auf dem Arbeitsmarkt für ungelernte Arbeitskräfte ablaufen. Den unterprivilegierten Industrien werden dadurch wahrscheinlich bei der Personalbeschaffung zusätzliche große Schwierigkeiten entstehen.

Auswirkungen der Umstrukturierung

19. Auswirkungen auf den kommunalen Haushalt

a) Rechnerischer Steuerausfall

Durch die drei Zechenstillegungen entsteht der Stadt Bochum ein Verlust von:

785 000 DM bei Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital
924 000 DM bei der Lohnsummensteuer

1 709 000 DM insgesamt

Durch die Stillegung von »Bruchstraße« erhöht sich der Betrag auf rd. 2,5 Mio. DM. Soweit die freigesetzten Bergleute in den Bochumer Betrieben untergekommen sind, haben sich in den aufnehmenden Betrieben die Gewerbesteuern erhöht, die der Stadt zufließen und den oben errechneten Steuerausfall mindern. In den Aufnahmebetrieben sind die pro Kopf abgeführten Steuern auch höher als im Bergbau.

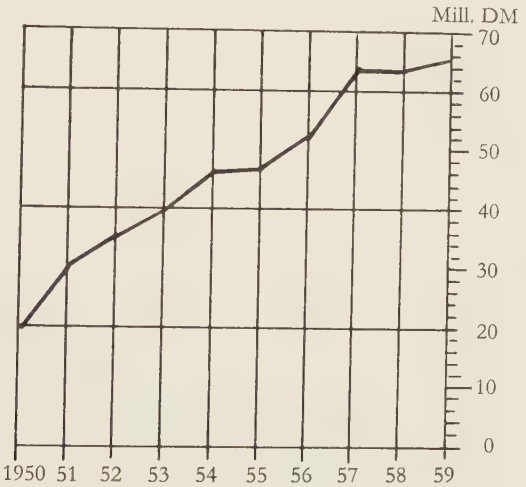
Das Steueraufkommen je Arbeitnehmer in Bochum

1. im Bergbau	1958	Gewerbeertragssteuer	144 DM
		Lohnsummensteuer	137 DM
2. Bergbauzulieferer	1958	Gewerbeertragssteuer	312 DM
		Lohnsummensteuer	146 DM
3. Stahlerzeugung	1957	Gewerbeertragssteuer	180 DM
		Lohnsummensteuer	166 DM

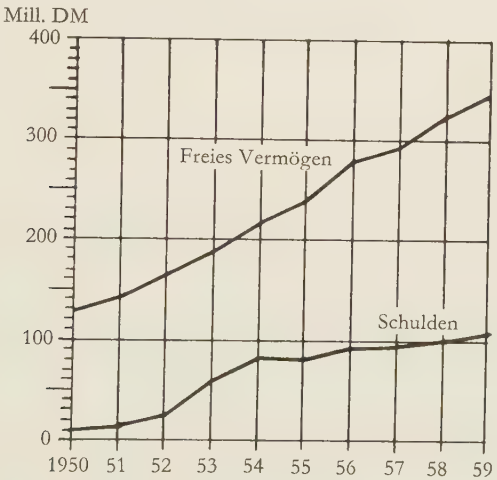
Der Auftragsrückgang bei den Bergbauzulieferern war nur kurzfristig; deshalb ist nur mit einer geringen Steuereinbuße zu rechnen[142]. Da der tertiäre Sektor von

[142] Die Bergbauzulieferer haben ihre Ertragslage durch Erweiterung des Produktionsprogramms verbessern können.

der Bergbaukrise nicht berührt wurde, sind hier keine negativen Steuerwirkungen zu verzeichnen.
Durch die starke Zunahme der Auspendler entsteht der Stadt ein rechnerischer Verlust je Auspendler von 44 DM (144 DM – Gewerbesteuerausgleich). Die Lohnsummensteuer von 137 DM ist voll hinzuzurechnen, da hier kein Ausgleich gezahlt wird und der Ausfall auch nicht durch Zuweisungen wettgemacht wird[143]. Der verstärkte Auspendlerstrom bedeutet demnach für Bochum den Verlust von weiteren 1,5 Mio. DM. Durch die mangelnde Synchronisierung der Gewerbeertragssteuer verschiebt sich die Wirkung um wenigstens drei Jahre.



Steuereinnahmen der Stadt Bochum



Vermögen und Schulden der Stadt Bochum

[143] Die Lohnsummensteuer geht nicht in den Hauptsatz ein.

Der rechnerische Steuerausfall wird überdeckt durch die steigenden Einnahmen; der Trend der Einnahmen zeigt nur einen verlangsamten Anstieg. Im Jahre 1960 nahmen die Einnahmen wieder stärker zu (vgl. Tab. III/19).
Die Einnahmen konnten die großen Ausgaben, die besonders durch die Ansiedlung von Opel entstehen, nicht decken, so daß die Verschuldung weiter stieg. Man sollte aber beachten, daß der Verschuldung der Stadt auch ein hoher Vermögenszuwachs gegenübersteht.
In den zwanziger Jahren waren den Gemeinden durch Stillegungen hohe Soziallasten zugefallen. In Bochum zeigen die Sozialausgaben keine nennenswerte Änderung, da die erhöhten Soziallasten durch den Bund bzw. durch den Sozialplan der GBAG aufgefangen werden.
Der Stadt selbst wurden auf Grund der Stillegung und Umstrukturierung keine finanziellen Hilfen des Bundes oder des Landes zuteil.

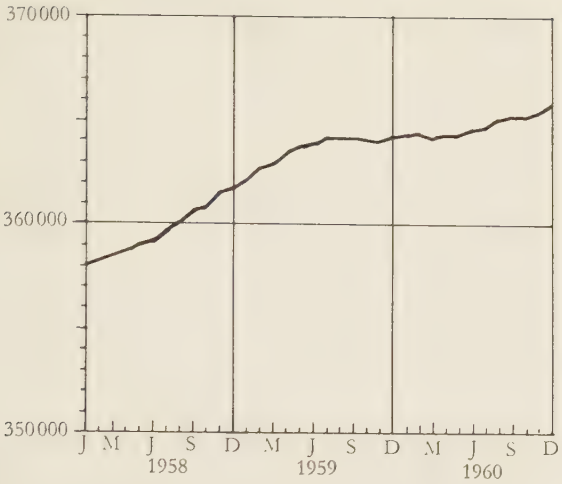
b) Die höheren Einnahmen in der Zukunft

Die Stadtväter zeigen bei der Industrieansiedlung eine rein »unternehmerische Haltung«. Sie ziehen mit großen (Investitions-)Kosten neue Betriebe heran und hoffen, daß sie später hohe Steuererträge erbringen werden. Bochum hat eine erstaunliche »unternehmerische« Aktivität und Risikofreudigkeit an den Tag gelegt, als es mit großem Aufwand Opel ansiedelte. Bereits 1962 werden 7000 Mann bei Opel arbeiten. Bei diesem Beschäftigungsstand kann Bochum im Rahmen der Zerlegung des gesamten Unternehmensergebnisses Opel mit rd. 5 Mio. Einnahmen aus der Gewerbeertragssteuer rechnen und wenigstens mit 1 Mio. DM Lohnsummensteuer. Hinzu kommen noch die ergiebigen Steuererträge der Autozulieferer und anderer angesiedelter Betriebe, so daß Bochum über den Ausgleich des rechnerischen Steuerausfalles hinaus eine Stärkung seines Haushaltes erfahren dürfte.

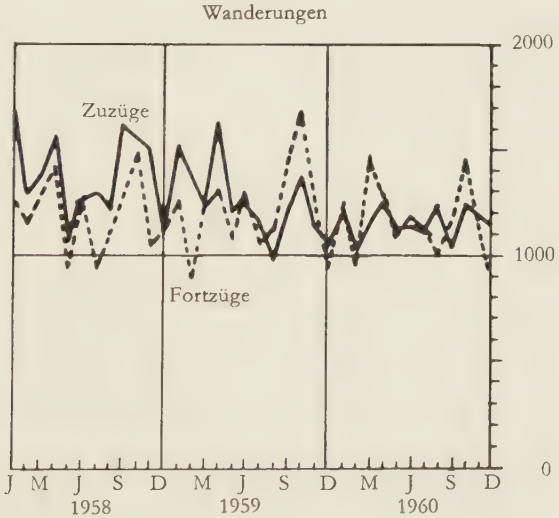
20. Die volkswirtschaftlichen Auswirkungen

Die Stadt verlor durch den Rückgang des Bergbaus über 10 000 Arbeitsplätze[144]; rd. 8000 Personen fanden als Auspendler einen anderen Arbeitsplatz außerhalb Bochums, blieben aber in der Stadt wohnen. Deshalb hat sich der Bevölkerungsstand in den letzten Jahren nicht geändert (vgl. Schaubilder). Die Bevölkerungszahl stieg durch den natürlichen Zugang von 1957 bis 1960 um gut 10 000 Personen. Dagegen ist der Wanderungsgewinn der Vorjahre fortgefallen; Zuzüge und Fortzüge halten sich die Waage.

[144] Nur industrielle Arbeitsplätze (ohne Baugewerbe). Der Verlust von 12 000 Arbeitsplätzen im Bergbau wird durch die Expansion einiger Wirtschaftszweige gemildert (vgl. Tab. III/3).



Bevölkerungsentwicklung in Bochum 1957-1960

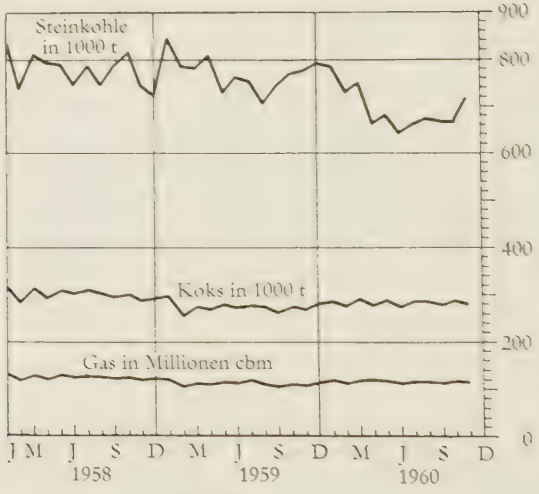


Wanderungen in Bochum 1957-1960

Die Friktionsverluste haben wir im Abschnitt »Stillegungskosten« aufgezeigt. Ökonomisch ist es wenig sinnvoll, bei Zechenstillegungen von einer Preisgabe volkswirtschaftlicher Substanz zu sprechen; denn Betriebe, die keinen Gewinn abwerfen oder gar ständig Verluste haben, sind (nach der organischen Unternehmensbewertung) wertlos. So sind außer den Stillegungskosten keine weiteren ökonomischen Verluste zu verzeichnen.

Am besten wären die ökonomischen Wirkungen der Stillegungen zu messen, wenn man das Sozialprodukt von Bochum im Jahre 1957 mit dem von 1961 ver-

Beschäftigte im Bochumer Bergbau



Zechenproduktion in Bochum 1957-1960

gleichen würde. Der Vergleich scheitert zunächst daran, daß die Umstrukturierung noch nicht abgeschlossen ist, und zweitens daran, daß das statistische Material für eine lokale In- und Outputanalyse zu dürftig ist.

Wir ziehen als Hilfsmaßstab die durchschnittliche Branchenproduktivität heran[145]. Mit 10 867 DM liegt die Nettoproduktivität je Arbeiter im Bergbau ziemlich

[145] Dabei gehen wir von der berechtigten Annahme aus, daß die Leistungen der Bochumer Betriebe dem Bundesdurchschnitt entsprechen.

hoch; für die stillgelegten Zechen muß man die Zahl wesentlich reduzieren. Der freigesetzte Bergmann, der jetzt in der Stahlindustrie beschäftigt ist, erarbeitet einen beträchtlich höheren Beitrag zum Sozialprodukt als auf den Zechen der BBAG (und in den schlechten Flözen der anderen Zechen). In der metallverarbeitenden Industrie erstellen die Abkehrer ein um ein gutes Drittel höheres Netto-Sozialprodukt als auf ihrem alten Arbeitsplatz. Selbst die wenigen Bergleute, die im Baugewerbe verblieben sind, erreichen fast die gleiche Nettoproduktivität wie am alten Arbeitsplatz.

Wesentlich ist auch, daß durch die »negative Rationalisierung« die Produktivität im Bochumer Bergbau ebenfalls kräftig gestiegen ist. Bei stark verminderter Belegschaft sank die Zechenproduktion nur geringfügig. Infolge von Preisnachlässen wirkte sich die erhöhte Schichtleistung nicht voll auf die Verbesserung der Ertragslage der Betriebe aus.

Volkswirtschaftlich ist auch die Strukturverbesserung zu begrüßen, da sie die schwerindustrielle Einseitigkeit aufhebt. Neben dem Bergbau, der Stahlerzeugung und der Bauwirtschaft hat Bochum in der Autoindustrie einen vierten wirtschaftlich bedeutenden Industriezweig erhalten. Die vielen Autozulieferer werden die Metallverarbeitung stärken, so daß man hierin einen fünften wichtigen Wirtschaftsfaktor sehen kann. Mit einer Strukturverbesserung erstrebt man meist eine Mischung der Risiken. Das ist in Bochum nicht der Fall; denn kein Wirtschaftszweig ist so konjunkturreagibel wie die Autoindustrie. Opel kann nicht wie die Bochumer Zechen die Produktion 65 Tage lang lagern. Das ist der Nachteil.

Unabhängig von der Kohlenabsatzkrise zeigt der tertiäre Sektor eine wachsende Tendenz. Dadurch wird Bochum krisenfester[146].

In zehn Jahren wird Bochum wahrscheinlich folgende Struktur aufweisen:

Strukturbild Bochums in zehn Jahren (in %)

Wirtschaftsabteilung	Sektor	Wirtschaftszweig
Landwirtschaft	1	(knapp)
Industrieller Sektor	60	
davon: Bergbau		10
Stahlerzeugung		12
Metallverarbeitung		14 (incl. Autozulieferer)
Autoindustrie		10
Sonstiges verarbeitendes Gewerbe		7
Baugewerbe		7
Tertiärer Sektor	39	
Insgesamt	100	

Eine solche Struktur kann als wohl ausgewogen bezeichnet werden.

[146] Von 1925 bis 1933 verloren die Industrie und das Handwerk in Bochum 33% der Arbeitsplätze, Handel/Geld und Verkehr nur 1,2%.

21. Weitere Folgen für Bochum

a) Die künftige Schrumpfung des Bergbaus

Es ist berechtigt, anzunehmen, daß in Bochum der Bergbau weiter zurückgehen wird. In wenigen Jahren ist der Kohlevorrat auf »Carolinenglück«, der letzten der BBAG verbundenen Zeche, erschöpft. Die schwierigen geologischen Verhältnisse im Südraum könnten zur Auswirkung kommen, wenn durch die arbeitsmarktmäßige Konkurrenz der Firma Opel zusätzliche Erschwernisse auftauchen. Im Nordosten werden besonders die mittleren Zechen gefährdet sein. Selbst die großen Nordzechen, die eine unterdurchschnittliche Schichtleistung aufweisen, werden weiter »negativ« rationalisieren und schlechte Feldesteile abstoßen müssen. Zu solchen Teilstillegungen können sie allein schon durch die angespannte Situation am Arbeitsmarkt gezwungen werden.
Sollte man den personellen Fehlbedarf im Bergbau in größerem Maße durch ausländische Arbeitskräfte decken, so würde der soziale Status des Bergmanns absinken. Dies hätte zweifellos negative Auswirkungen auf die Lösung des Nachwuchsproblems, die sich noch vergrößern würden, wenn es zur Bildung abgeschlossener Ausländerkolonien käme. Für die Stadt würde ein neues soziales (und politisches) Problem entstehen[147]. Andererseits ist betriebswirtschaftlich die volle Ausnutzung der Förderkapazität – auch durch Einsatz von ausländischen Arbeitskräften – notwendig. Geht man den anderen Weg und vergrößert die Attraktivität des Bergbaus durch höhere Löhne, so scheiden die unterdurchschnittlichen Zechen aus, da sie höhere Lohnkosten nicht erwirtschaften können. Weitere Stillegungen würden folgen[148].

b) Der Ballungsraum Bochum

Die Ballung wird sich im Bochumer Raum verstärken. – Die allgemeine Expansion der Autoindustrie wird wahrscheinlich zur Überschreitung der geplanten Endausbaustufe des Opel-Werkes mit 20 000 Arbeitsplätzen führen. Auch werden langfristig die vielen Opel-Beschäftigten, die zunächst einpendeln, in Bochum eine Wohnung nehmen. Da dem Opel-Zweigwerk eine starke dynamische Kraft zukommt, wird es weitere neue Betriebe, insbesondere Autozulieferer anziehen, die sich in seiner Nähe ansiedeln werden. Es wird auch die einheimische Industrie dadurch in ihrem Wachstum gefördert. Um das Opel-Gelände »Dannenbaum« dürfte sich ein neuer Agglomerationskern bilden.
Eine so starke Ballung bringt der Stadt nicht nur große wirtschaftliche Vorteile, sondern verursacht auch erhebliche raumordnerische Nachteile. Die Bebauung wird in Bochum derartig dicht sein, daß es ratsam erscheint, von weiteren Industrieansiedlungen, vor allem von Großbetrieben, abzusehen.
Abschließend kann bereits heute gesagt werden, daß der Stadt Bochum die Umstrukturierung, zu der sie durch den Rückgang des Bergbaus gezwungen ist, ge-

[147] Vgl. die sozialen und ökonomischen Verhältnisse in der Borinage.
[148] Die aufgezeigte Alternative gilt für das gesamte Ruhrgebiet.

lingen wird. Die ursprünglichen Befürchtungen haben sich nicht erfüllt. Der Stadt gelang es, neue Betriebe anzusiedeln, die den Verlust der Arbeitsplätze im Bergbau wettmachen. Entscheidende Bedeutung kommt der Errichtung eines Großbetriebes der Autoindustrie zu, durch den das wirtschaftliche Geschehen der Stadt neue Impulse erhält.

IV. Bottrop

Vorbemerkung:

Wenn wir in der folgenden Untersuchung die »reine Kohlenstadt« Bottrop darstellen, können wir nicht nur das heutige wirtschaftliche Geschehen betrachten, sondern müssen auch die künftigen Entwicklungen und Tendenzen in die Arbeit einbeziehen. Zukunftsprognosen erschweren aber jede sozialwissenschaftliche Analyse. Deshalb ist unsere Aufgabe recht schwierig.
Die Städte, die nur vom Steinkohlenbergbau leben, liegen im nördlichen Industriegebiet, wo die Zechen jung und »gesund« sind, so daß die Annahme einer Zechenstillegung in einer empirischen Arbeit wirklichkeitsfremd wäre. Ebenso wären Voraussagen über künftige Zusammenlegungen vage und gefährlich, da wirtschaftliche Prognosen, sobald sie ausgesprochen sind, tendenziell zu ihrer eigenen Verwirklichung beitragen[149].

*Entwicklung der Förderung, Belegschaft und Schichtleistung des Steinkohlenbergbaus/Ruhr von 1957 bis 1961**

Jahr	Förderung in 1 000 t	Belegschaft unter Tage (Arbeiter)	Schichtleistung unter Tage in kg
1957	123 209	310 088	1 614
1958	122 302	304 956	1 675
1959	115 389	276 929	1 887
1960	115 441	245 240	2 102
1961	116 083	230 822	2 246
	% (1957 = 100)		
1957	100	100	100
1958	99	98	104
1959	94	89	117
1960	94	79	130
1961	94	74	139

* Quelle: Statistik zur Kohlenwirtschaft e.V.

[149] Daher ist die Wahl von Kohlenstädten, in denen Zechenzusammenlegungen oder Stillegungen vermutet werden, sozialwissenschaftlich nicht zu verantworten, wenn man die Unruhe bei den Bergleuten nicht noch vergrößern will.

Wir haben Stillegungen als »negative Rationalisierungen« bezeichnet. Zu dem Oberbegriff Rationalisierung gehört aber auch der positive Aspekt der Mechanisierung im Bergbau. Durch die »positive Rationalisierung«, die durch die Kohlenabsatzkrise stark vorangetrieben wurde, konnte im Ruhrbergbau erreicht werden, daß in dem Zeitraum von 1957 bis 1961 bei einer Verringerung der Belegschaft um rd. 26% die Förderung nur um rd. 6% zurückging. Die Erfolge der verstärkten Mechanisierung sind besonders in der steigenden Schichtleistung sichtbar[150]. (Vgl. umseitige Übersicht.)
Die Verringerung der Belegschaft vollzieht sich im Ruhrgebiet nicht gleichmäßig. Während im Süden große Schrumpfungen festzustellen sind, hat der Bergbau im Norden geringere Belegschaftseinbußen zu verzeichnen.

Die Wirtschaftsstruktur Bottrops

1. Lage, Raum und Bevölkerung

Am Nordrand des Ruhrgebietes, zwischen Emscher und Lippe, liegt die kreisfreie Stadt Bottrop. An ihrer Südgrenze trennt sie der Rhein-Herne-Kanal von der Stadt Essen. Der Boyfluß bildet die Grenze im Nordosten zur »Schwesterstadt« Gladbeck[151]. Im Norden grenzt Bottrop an das ländliche Vest (Kreis Recklinghausen) (vgl. Karte IV/1).
Das Verkehrsnetz der vier Eisenbahnlinien dient vornehmlich dem Gütertransport und weniger dem Personenverkehr. Dagegen verfügt Bottrop über ein gutes Straßennetz. Die Autobahn Hannover–Köln durchquert das nördliche Stadtgebiet. Die B 224 und B 223 tangieren den Osten und Nordwesten der Stadt; sie verlaufen in nordsüdlicher Richtung. Am Rhein-Herne-Kanal unterhalten die Zechengesellschaften Häfen.
Auf dem 42,1 qkm großen Stadtgebiet leben 113 732 Menschen, d. h. 2701 auf 1 qkm. Die Bevölkerungsentwicklung verlief in den letzten 70 Jahren stürmisch. Erst seit einigen Jahren ist ein ruhigerer Entwicklungsverlauf zu konstatieren.

Bevölkerungsentwicklung in Bottrop

Jahr	1870	1890	1910	1925	1950	1961
Einwohner	5 328	12 549	47 131	76 971	94 130	113 732

[150] Es ist interessant, daß die jetzige hohe Schichtleistung 1935–1938 bei geringem maschinellen Einsatz erzielt wurde. Sie wurde ermöglicht durch harten körperlichen Einsatz und durch hohes berufliches Können.
[151] Gladbeck weist die gleiche einseitige Struktur wie Bottrop auf und besitzt auch das gleiche Stadtbild.

2. *Die einseitige Wirtschaftsstruktur Bottrops*[152]

a) Die dominierende Stellung des Bergbaus

Das Ruhrgebiet ist ein einheitliches Ganzes, und eine isolierte Betrachtung stößt auf um so größere Schwierigkeiten, je kleiner der Untersuchungsraum ist. Bei dem großwirtschaftlichen Raum Bochum ist eine ausschnitthafte Betrachtung noch eher zu rechtfertigen als bei der viel kleineren Stadt Bottrop. Dennoch wollen wir zunächst die ausschnitthafte Arbeitsamtsstatistik (Wohnortprinzip) unserer Untersuchung zugrunde legen, weil sie die einzige fortlaufende Gesamterhebung ist[153]. Einige strukturelle Merkmale sind auch hier bereits deutlich erkennbar.

Der Bergbau nimmt eine überragende Stellung ein. Im Jahre 1950 arbeiteten 54,6% aller Beschäftigten Bottrops im Bergbau. Im Jahre 1957, als auch die anderen Wirtschaftsbereiche expandierten, waren es immer noch 44,5%. Die Industrieberichterstattung (Arbeitsstättenprinzip) stellt die Vormachtstellung des Bergbaus mit 87,9% der Industriebeschäftigten (1957) klar heraus (vgl. Tab. IV/2, Zeile 2, und Tab. IV/3). Bei einem solchen Übergewicht des Bergbaus treten naturgemäß die übrigen Industriezweige in den Hintergrund. Knapp 8% der Beschäftigten sind in der Metallerzeugung und -verarbeitung tätig, also lediglich ein Drittel des Landesdurchschnittes. Ebenso unterbesetzt ist das sonstige verarbeitende Gewerbe, das mit 10,2% aller Beschäftigten weit unter dem Durchschnitt liegt[154]. Nur das Baugewerbe entspricht in seinem Anteil dem allgemeinen Durchschnitt (vgl. Tab. IV/2, Zeile 3–5).

Im industriellen Sektor arbeiten rd. drei Viertel aller Beschäftigten[155]. Bottrop ist damit in hohem Maße ein reiner Produktionsort. Allein rd. 90% dieser Industriebeschäftigten sind Bergleute. Industrie und Bergbau sind hier beinahe Begriffe gleichen Inhalts.

Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß dem Bergbau auch auf dem Arbeitsmarkt eine vorrangige Stellung zukommt. Der Bergbau fordert von den Menschen schwere körperliche Arbeit, die viele Bottroper Einwohner aus objektiven (schwache Konstitution) oder aus subjektiven Gründen (fehlende berufliche Neigung) nicht leisten können oder wollen. Aber ein Ausweichen in die anderen unterbesetzten Wirtschaftszweige ist schwer möglich[156]. Abgesehen von der beschränkten Aufnahmefähigkeit dieser Wirtschaftszweige wird in dem einzigen größeren Sektor, dem Baugewerbe, ebenfalls körperlicher Einsatz verlangt.

[152] Ausgangszeitpunkt 1957.

[153] Wir sind uns der (unvermeidbaren) Mängel bewußt.

[154] Es sei schon jetzt vermerkt, daß es sich bei den letztgenannten Wirtschaftszweigen überwiegend um Auspendler handelt.

[155] Genau 73,4%.

[156] Es ist noch zu beachten, daß ein Ausweichen in den tertiären Sektor kaum möglich ist, da es sich dort vielfach um Frauenarbeitsplätze oder Angestelltentätigkeiten handelt.

b) Der unterentwickelte tertiäre Sektor

Das restliche Viertel der Beschäftigten, überwiegend Frauen, arbeitet im tertiären Sektor. Bottrop liegt im Schatten der benachbarten Großstädte und wird von diesen in erheblichem Umfange mit Folgeleistungen mitversorgt. Das gilt besonders von der »Einkaufsstadt Essen«. Der Wirtschaftszweig »Geld/Versicherung« ist in Bottrop kaum vertreten; dagegen ist der Bereich des Handels durch viele Einzelhandelsgeschäfte, welche die arbeitende Bevölkerung mit den Konsumgütern des täglichen Bedarfs versorgen, stark besetzt. Güter des periodischen Bedarfs werden jedoch zumeist auswärts gekauft. Die Wirtschaftszweige »Verkehr« und sogar »öffentliche Dienste« sind unterbesetzt (vgl. Tab. IV/2, Zeile 7–11).
In den letzten zehn Jahren ist der tertiäre Sektor wie in allen Städten kräftig gewachsen. Im Jahre 1950 waren hier 21,8% und 1957 26% aller Erwerbstätigen beschäftigt; im Jahre 1961 arbeiten in diesem Bereich 29,1% der Erwerbstätigen. Trotz dieses Trends wird Bottrop auch künftig mit Gütern des gehobenen und individuellen Bedarfs von anderen Städten mitversorgt werden.

c) Das Handwerk in Bottrop

Im Bereich des Handwerks arbeiten 4483 Personen. Davon sind rd. drei Viertel abhängige Arbeitnehmer (einschließlich der 828 Lehrlinge), und lediglich ein Viertel sind Selbständige und mithelfende Familienangehörige. Mit 1267 Beschäftigten ist das Bauhandwerk die stärkste Gruppe. Das übrige Handwerk ist schwach vertreten. Die unzureichende kleingewerbliche Ausstattung hat ihre Ursachen:
im uniformen Lebenszuschnitt der Bergleute,
im großen Hausbesitz des Bergbaus – (die Zechen lassen Reparaturen durch ihre Handwerker ausführen)[157],
im hohen handwerklichen Geschick der Bergleute, die alle anfallenden Handwerksarbeiten bei sich und befreundeten Familien ausführen[158].

3. Die Arbeitsplätze in Bottrop

Unsere Untersuchung, die vornehmlich den kommunalpolitischen Aspekt herausstellen will, ist mehr an Zahl und Beschaffenheit der Arbeitsplätze interessiert als an der Zahl der Beschäftigten, die in Bottrop wohnen. Die Industrieberichterstattung, die über einen Teilbereich der Arbeitsplätze Auskunft erteilt, unterstreicht die überragende Bedeutung des Bergbaus. Fast 90% der Industriebeschäftigten sind im Bergbau tätig. Man müßte die beiden Industriezweige »Steine und Er-

[157] Die Zechenhandwerker werden statistisch als Industriebeschäftigte erfaßt.
[158] I. Vogel, Bottrop, Remagen 1959, S. 48; desgl. H. Klimberg, Die Zuordnung des Handwerks in bergbaubestimmten Siedlungen des Vestes, Recklinghausen 1954 (Münst. Diss.).

den« und »Chemie« noch hinzuzählen, da es sich zumeist um Zechenziegeleien und Kohlenchemie[159] handelt (vgl. Tab. IV/3).
Betrachten wir in der Arbeitsamtsstatistik die Zahl aller Beschäftigten, ziehen davon die Auspendler ab und rechnen die Einpendler hinzu, so sehen wir, daß Bottrop ein Abgaberaum ist (vgl. Tab. IV/2, Zeile 16). Die Zahl der Arbeitsplätze in Bottrop ist geringer als die der Beschäftigten. Wir haben auch versucht, die Arbeitsplätze für das Jahr 1957 in die Arbeitsamtsstatistik vergleichsweise einzutragen (Tab. IV/2b). Die Bedeutung des Bergbaus kommt mit 69,9% aller Arbeitsplätze noch stärker zur Geltung. Dagegen sieht man, daß einige Wirtschaftsabteilungen überwiegend Auspendler erfassen: »Metallindustrie«, »Dienstleistungen« und vor allem »Verkehr«. Die Ballung von Zechen am Ort »schafft eine Ungleichung der Arbeitsansprüche und verändert das Gleichgewicht der örtlichen Beschäftigung«, d. h. der einseitige Standort verursacht neben seiner Massenhaftigkeit und Einseitigkeit eine Arbeitsbranche unverwertbarer Kräfte. Diese suchen »Nutzung« und pendeln aus[160] (Tab. IV/4).
Sieht man bei den 11 451 Auspendlern von 2181 Bergleuten ab, die auf den Nachbarzechen arbeiten[161], so stellt man fest, daß sie Tätigkeitsbereiche suchen, die in der Heimatgemeinde nicht vertreten sind (Tab. IV/5). 30,7% der Auspendler sind Frauen, die entweder im tertiären Sektor der benachbarten Großstädte oder in der Kleineisenindustrie des Bergischen Landes Arbeit finden (vgl. Tab. IV/5, Spalte 2, 4 und 5). Der Auspendlerstrom fließt in Richtung der niederrheinischen und bergischen »Eisenstädte« (Tab. IV/6). Die Auspendlerquote ist recht hoch. Bottrop kann deshalb partiell als eine Wohnstadt bezeichnet werden. Die Tatsache befremdet, weil der Bergbau unter einem beständigen Personalmangel leidet.
Dagegen ist die Zahl der Einpendler mit 4866 Erwerbstätigen gering. Sie kommen aus den kleinen Gemeinden des nördlich gelegenen Vestes und aus den Kohlenstädten. Auch aus den Randbezirken Essens und Oberhausens pendeln Bergleute ein. Die Einpendler aus dem ländlichen Gebiet suchen hohen Verdienst im Bergbau, die Bergleute der Kohlenstädte meist bessere Arbeitsverhältnisse auf den guten Anlagen Bottrops.
Die Diskrepanz zwischen Wohnort und Standort ist in Bottrop zu groß.

4. *Entwicklung und Bedeutung des Bergbaus*

a) Entwicklung des Bergbaus

Die Stadt Bottrop verdankt ihre heutige Größe der raschen Entwicklung des Bergbaus. Die Arenberg-Anlagen (»Rheinstahl«) erzeugen zwei Drittel der Bottro-

[159] In jüngster Zeit wird zunehmend Rohöl verarbeitet.
[160] G. Ipsen, Standort und Wohnort; in: Forschungsberichte des Wirtschafts- und Verkehrsministeriums NRW, Nr. 365, S. 15.
[161] Besonders auf Anlagen, die an der Stadtgrenze liegen, z. B. »Jacobi« und »Osterfeld« (Oberhausen), »Stinnes, 1,2,5« und »Emscher« und »Levin« (Essen), »Stinnes 3,4«, »Moltke« und »Möllerschächte« (Gladbeck).

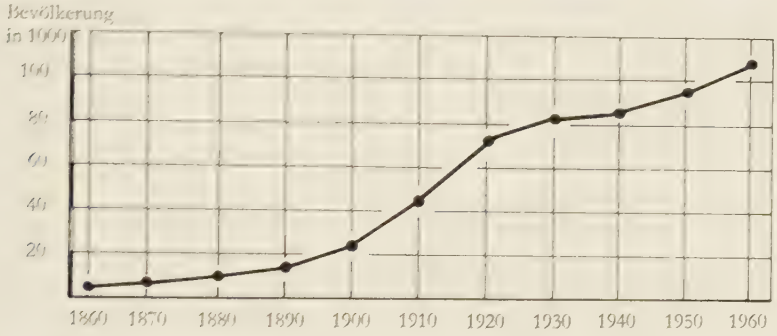
per Zechenproduktion. Dieses Bergwerksunternehmen hat Bottrop »gemacht«. Im Jahre 1863 wurde im südlichen Gebiet die Zeche »Prosper I« errichtet. Vor einigen Jahren faßte man die Anlage mit der jüngeren Zeche »Prosper II« (abgeteuft 1875) zusammen. Im Jahre 1908 begann »Prosper III«, in der Stadtmitte gelegen, die Förderung. Vier Jahre später wurde »Arenberg-Fortsetzung« abgeteuft. Die Zeche wurde 1928 unter dem Druck der damaligen Absatzkrise stillgelegt und ihre Förderung von »Prosper III« übernommen. Mit der Zentralkokerei und der Zentralwerkstatt, welche sämtliche Reparaturen durchführt, arbeiteten 1957 auf den »Rheinstahlbetrieben« rd. 12 000 Menschen.
Die übrigen Zechen liegen an der Stadtgrenze. Unsere Betrachtung muß aber die wirtschaftliche Verflechtung mit den anderen Gemeinden zerschneiden, um die kommunalpolitischen Belange herauszustellen. – Um 1900 erfuhr das nördliche Ruhrrevier eine starke Expansion; allenthalben wurden Zechen abgeteuft. Außer den beiden jungen Prosper-Anlagen entstand 1900 »Rheinhaben«, das mit den »Möllerschächten«, die auf Gladbecker Gebiet liegen, eine Betriebseinheit bildet und der »Hibernia« zugehört. Die Förderung erfolgt auf Bottroper Boden. Etwas später (1914) teufte »Math. Stinnes« mehrere Schächte ab, die teilweise auf Essener, Gladbecker und Bottroper Boden liegen. Das Feld »Welheim« im Nordosten Bottrops hat zwei Schächte, die der ungefähr 1000 Mann starken Untertagebelegschaft zur Seilfahrt dienen. Die im Felde »Welheim« gewonnene Kohle wird in Gladbeck gefördert. In der gleichen Zeit (1912) wurde die Zeche »Jacobi« abgeteuft. Aber die Anlage liegt bereits auf Oberhausener Gebiet, hart an der Grenze Bottrops. Ähnlich ist die Lage von »Franz Haniel« nur auf Bottroper Boden. Die Zeche wurde 1919 abgeteuft. Doch wurde infolge eines Schachtbruchs die Förderung erst 1952 aufgenommen. Die beiden letztgenannten Anlagen gehören der Gutehoffnungshütte.
Von den meisten Zechen kann gesagt werden, daß relativ gute geologische Verhältnisse gegeben sind. Deshalb liegen die Förderleistungen weit über dem Ruhr-Durchschnitt. Die Kohle eignet sich sehr gut zur Verkokung. Aus diesem Grunde sind »Rheinstahl« und desgleichen »Gutehoffnungshütte« unternehmensmäßig eng mit der Stahlerzeugung verbunden. Die Bottroper Zechen sind jung, und einige expandieren noch; besonders trifft das für »Franz Haniel« zu. Nur im Süden sind die Kohlevorräte von »Prosper I« in Kürze aufgezehrt.

b) Bevölkerungsentwicklung

Die Zechengründungen erforderten viele Arbeitskräfte. Bis 1890 konnten die damals kleinen Anlagen »Prosper I« und »Prosper II« den Personalbedarf aus dem ländlichen Hinterland decken. Der konjunkturelle Aufschwung ab 1894 mit seinen vielen Zechengründungen in der Umgebung zwang die Bergbaugesellschaften Werber auszusenden, um arbeitswillige Menschen für den Bergbau zu gewinnen und in Bottrop anzusiedeln[162]. Durch diesen Zuzug wurde Bottrop groß. Das

[162] Der Aufschwung im Nordrevier wurde erleichtert durch den Quotenhandel mit den südlichen Randzechen. Vgl. Witten 13c.

Wachstum war sturmisch. Die Zuwanderer kamen zumeist aus Schlesien, Ost- und Westpreußen und Polen. Im Jahre 1890 zählte Bottrop 12 000 Einwohner, 1900 die doppelte Anzahl. Bis 1920 verdoppelte sich die Bevölkerung jedes Jahrzehnt. Wenn auch dieser Bevölkerungsanstieg überwiegend auf der Zuwanderung beruhte, so wurde durch die Geburtenfreudigkeit der ostdeutschen und osteuropäischen Zuzügler die Entwicklung beschleunigt. Noch heute ist Bottrop die geburtenreichste Stadt der Bundesrepublik.



Bevölkerungswachstum Bottrops
(ohne exogene Faktoren, wie Eingemeindungen)

Die Zuwanderer waren arbeitswillige tüchtige Menschen, die harte körperliche Arbeit gewohnt waren. Man schätzte sie deshalb im Bergbau sehr. Aber die Einheimischen, die völlig in der Minderzahl waren, mieden die Zuzügler und betrachteten sie zumeist abschätzig. Infolge dieser Kluft vollzog sich die soziale Integration langsam, und sie ist heute noch nicht abgeschlossen. In Bottrop kann man schwerlich von einem »Ruhrvolk« sprechen[163].

c) Die Siedlungsstruktur

Siedlungsmäßig ist Bottrop eine Anhäufung von Zechenkolonien, die so stark expandierten, daß sie zusammenwuchsen und im alten Dorf einen Kristallisationspunkt bildeten, der vornehmlich die Folgeleistungen aufnahm. Der große Zuzug aus dem östlichen und südöstlichen Raum zwang die Zechen, für die bei ihnen beschäftigten Bergleute Wohnungen bereitzustellen. So entstanden um 1900 große Siedlungen in der Nähe der neu abgeteuften Zechen. Vor dem Zechentor liegen die größeren Wohnungen der »Zechenbeamten«. Daran schließt sich der Komplex der gleichförmigen Arbeiterwohnungen mit je einem großen Garten an. In den zwanziger Jahren wuchs der Ring der Siedlungen um die Zechen und stimulierte auch das Wachstum des alten Dorfkerns, in dem sich viele Kaufleute und

[163] Vgl. dagegen W. Brepohl, Vom Industrievolk an der Ruhr, Essen 1957.

die kommunale Verwaltung niederließen[164]. Die Stadt wuchs von außen nach innen.
Durch das Übergewicht der vielen Werkswohnungen erhält Bottrop noch schärfere Konturen in seiner Physiognomie als Bergarbeiterstadt: gleichartige Häuser in den Kolonien, gleichartige Gesichter der hart arbeitenden Bergleute.
Auch auf dem Grundstücksmarkt besitzt der Bergbau eine beherrschende Stellung. Über ihren großen Bedarf an Wohn- und Betriebsflächen hinaus hatten die Bergwerksunternehmen eine großzügige Grundstücksbevorratung betrieben, um das Risiko der Bergschäden zu mindern[165]. Dadurch ist der Bergbau der größte Grundstücksbesitzer geworden und verfügt jetzt fast über ein Grundstücksmonopol. »Gut halb Bottrop gehört dem Bergbau.« (Vgl. folgende Übersicht.)

Bottrops Grundbesitzverhältnisse

in %	Eigentümer
55	Industrie (= Bergbau)
15	Stadt
5	öffentliche Körperschaften
25	private Eigentümer

5. Bottrop, eine »unreife« Bergmannsstadt

a) Die ständigen Wanderungsbewegungen

Bottrop ist eine junge Bergmannsstadt, eine Großstadt ohne jede Geschichte und Tradition. Überall sieht man der Stadt das noch nicht Vollendete, das noch Werdende an. Es fehlt der spezifische Charakter einer Stadt.
Der Bergbau ist auf stetigen Zuzug angewiesen. Als sich um die Jahrhundertwende viele Ostdeutsche und Osteuropäer in Bottrop niederließen und bereitwillig zum »Pütt« gingen, war dies für sie ein sozialer Aufstieg. Die ehemaligen landwirtschaftlichen Gesindekräfte erhielten ausreichenden Lohn und eine Wohnung, um eine Familie zu gründen[166]. Sie zogen häufig Verwandte und Bekannte nach und vermittelten ihnen im Bottroper Bergbau Arbeit und Wohnung. Nach 1945 war wiederum der Bergbau für viele Heimatvertriebene und Arbeitslose der Notstandsgebiete ein willkommener Arbeitsplatz (Tab. IV/2, Zeile 4a).
Dem steten Zuzug steht auch ein Abgang gegenüber. Innerhalb der Inter-Generationen-Mobilität ist der Bergbau ein Durchgangsstadium, da viele Bergmanns-

[164] Die Geschäftsleute in Bottrop sind meist »Zugereiste«; die stolzen »Poahlbürger« hatten nicht den unternehmerischen Geist, ein Geschäft zu gründen. Vgl. Croon/Utermann, a.a.O., S. 27.

[165] Grund und Boden sind im Bergbau Mittel zur Niedrighaltung der Kosten aus Bergschäden.

[166] Von diesen tüchtigen und zufriedenen Bergleuten schwärmen noch die Personalchefs der Zechen.

söhne der ersten Generation – und gerade die aktivsten und intelligentesten – ihrerseits den sozialen Aufstieg weiter vollzogen und einen sozial höher bewerteten Beruf als den Bergmannsberuf ergriffen. Soweit sie in Bottrop seßhaft blieben[167], mußten sie auspendeln, da am Ort kaum eine entsprechende Arbeitsmöglichkeit vorhanden war und ist. Die geistig beweglichsten Bergmannssöhne, die den Bergbau meiden, verlassen Bottrop und finden anderorts Arbeit und Wohnung. Das bedeutet für die Stadt eine unerwünschte negative Auslese.

b) Das Nachwuchsproblem

Der Bedarf an jugendlichen Kräften ist im Bergbau sehr hoch. Infolge der Frühinvalidität ist die jährliche Nachwuchsquote mit 5% doppelt so hoch wie in anderen Wirtschaftszweigen. Solange der Zuzug nach Bottrop anhielt, hatte der Bergbau trotz des hohen Bedarfs keine ernstlichen Personalsorgen. Der Geburtenreichtum begünstigte ebenso den Bergbau, so daß ihm stets ein reiches potentielles Angebot an jugendlichen Arbeitskräften zur Verfügung stand. Aber in den letzten Jahren zeigten sich erhebliche Schwierigkeiten bei der Einstellung von Nachwuchskräften. Die Bottroper Zechen wünschen, jedes Jahr 1000 Lehrlinge einzustellen, d. h. jeweils fast alle männlichen Schulentlassenen. Auf Grund schwächlicher körperlicher Konstitution scheidet davon ein großer Teil aus. Bedeutend größer ist aber die Zahl derer, die aus subjektiven Gründen den Bergbau meiden möchten. Im Durchschnitt der Jahre 1952–1958 erstrebten nur 366 Jugendliche den Bergmannsberuf; da aber keine anderen Berufsmöglichkeiten bestehen, mußten sogar 651 Jungen in den Bergbau als Berglehrlinge gehen. 271 Berglehrlinge kamen zusätzlich aus dem überbezirklichen Ausgleich. 44% der Berglehrlinge ergreifen wider Willen den Bergmannsberuf und kehrten oft nach der Knappenprüfung dem Bergbau den Rücken (Tab. IV/7b). Dagegen konnte der Wunsch, den Metall- oder Elektroberuf zu erlernen, nicht einmal zur Hälfte erfüllt werden. Inzwischen hat sich die Nachwuchssituation so verschlechtert, daß heute kaum 100 Jungen den Bergmannsberuf wählen. Auch die Bergmannssöhne meiden den Bergbau. Nur 20,1% werden Bergmann und weitere 14,4% Zechenhandwerker (Tab. IV/7a).
Die subjektiven Berufswünsche der Jugend ignorieren die objektiven Arbeitsmöglichkeiten Bottrops.

c) Bottrop, eine reine Arbeiterstadt

Lediglich 2,9% aller Erwerbstätigen sind in Bottrop Selbständige oder mithelfende Familienangehörige[168]; alle anderen Bewohner sind abhängige Arbeitneh-

[167] Meist wohnen diese Bergmannskinder bei ihren Eltern in der Zechenwohnung, oft noch nach ihrer Heirat. Sobald die Eltern sterben und für sie kein Wohnungsrecht mehr besteht, müssen sie sich entscheiden, Bottrop zu verlassen und am Arbeitsort Wohnung zu nehmen oder die alte Zechenwohnung zu behalten und in den Bergbau zu gehen.
[168] In der BRD dagegen 13,5%.

mer, zumeist Arbeiter[169]. Es fehlt eine verantwortungsbewußte Honoratiorenschicht mit echtem Bürgersinn. Ständiger Zuzug, soziale Abhängigkeit, Besitzlosigkeit, fehlende Tradition und mangelnde Verwurzelung bilden keinen guten Boden für echte kommunalpolitische Betätigung. – Das Fehlen einer wohlhabenden Bürgerschicht läßt auch kein kulturelles Leben aufkommen. Bottrop ist eine Großstadt ohne Theater, ohne Museum und sogar ohne ein Hotel.
Trotz der einseitigen Wirtschaftsstruktur Bottrops kann eine Schrumpfung des Bergbaus nicht gewünscht werden; denn für Bottrop wäre ein jäher Rückgang des Bergbaus aus zweifachem Grunde gefährlich. Zunächst träfe dies die einzige Existenzgrundlage der Stadt; eine Ausweichmöglichkeit wäre nicht gegeben. Die Bürger verlören ihre Arbeitsplätze und die Stadt ihre Finanzkraft. Überdies wäre es volkswirtschaftlich nicht zu rechtfertigen, wenn gerade die besten Zechen des Ruhrgebiets ihre Belegschaft stark reduzieren würden.

Die Auswirkungen der Kohlenabsatzkrise

6. Verringerung der Belegschaft

a) Die Zurückhaltung bei Einstellungen

Im März 1958 zeigten sich die ersten Anzeichen der Kohlenabsatzkrise. Die Zechen waren sehr zurückhaltend bei der Einstellung von ungelernten Nachwuchskräften. Auch kontraktbrüchige Bergleute hatten keine Chance, angelegt zu werden. Werbekampagnen in Süddeutschland wurden eingestellt. Nach drei Monaten leichter Besserung verschärfte man die Personalauslese. Trotz dieser vorsichtigen Personaldisposition war die Förderung noch zu groß, so daß Mitte des Jahres die Halden wuchsen und Feierschichten eingelegt werden mußten. Dennoch bestand noch ein gewisser Ersatzbedarf. So konnten im August 1958 noch 200 Arbeitskräfte in den Bergbau vermittelt werden[170]. Aber Ende des Jahres wurde der gesamte Ersatzbedarf storniert und für die meisten Zechen eine Einstellungssperre verhängt. Das Jahr 1958 war ein Jahr vorsichtiger Personaldisposition; die Belegschaften verringerten sich kaum, da der scharfen Auslese bei den Einstellungen ein Nachlassen der Fluktuation gegenüberstand (vgl. Tab. IV/8, Spalte 7 und 13).

b) Die »personelle Sanierung«

Bereits Ende 1958 trat man an ältere Bergleute mit ausreichender Rentenberechtigung heran und veranlaßte sie, zu kündigen. Ebenso trennten sich die Zechen von Bummelanten und minderleistungsfähigen Bergleuten (vgl. die beiden ersten Zeilen folgender Übersicht).

[169] Im Bergbau sind nur 11% der Belegschaft Angestellte. (In modernen typischen Großstädten ist die Zahl der Angestellten größer als die der Arbeiter.)
[170] 74 aus dem eigenen Arbeitsamtsbezirk, 24 aus dem Ruhrbezirk, 25 aus Bayern, 23 aus Niedersachsen, 13 aus West-Berlin.

Entlassung auf Grund der Absatzkrise in Bottrop

Art der Arbeitskräfte	Anzahl
Rentenberechtigte Arbeitskräfte	923
Bummelanten	168
Volleinsatzfähige Arbeitskräfte	69 (Juli–September 1959)

Die Entlassungen erfolgten langsam, »tropfenweise«, und zogen sich bis Anfang des Jahres 1960 hin; daher entstand keine Beunruhigung.
Auch bei der Einstellung von Ersatz- und Nachwuchskräften waren die Zechen weiterhin zurückhaltend und vorsichtig. Nur in Einzelfällen wurden Hauer und Handwerker, die in den südlichen Zechen durch Teilstillegungen freigesetzt worden waren, eingestellt. Das Angebot aus dem eigenen Arbeitsamtsbezirk war gering und der überbezirkliche Ausgleich erschöpft (vgl. Tab. IV/8). Die Prosper-Anlagen deckten ihren Ersatzbedarf, indem sie Fachkräfte der bedrängten Schwesteranlagen »Centrum« und »Brassert« übernahmen[171].
Als sich die Absatzlage noch weiter verschlechterte, wurde die Zahl der Feierschichten erhöht. Da auch diese Produktionsdrosselung nicht genügte, entschlossen sich die Bergwerksunternehmen im Juli 1959 zur Entlassung von grubentauglichen Stammarbeitern (vgl. letzte Zeile der obigen Tabelle). Die Belegschaften reagierten mit einer starken Abkehr; besonders die jungen Bergleute und Knappen strebten aus dem Bergbau. Die gute Beschäftigungslage in den anderen Wirtschaftszweigen begünstigte die Abkehr. Daraufhin stellten die Zechen die Entlassungen sofort ein und vermieden auch Feierschichten, um der Bergbauflucht Einhalt zu gebieten. Ebenso trug der Härteausgleich für die (bereits in den Jahren 1958 und 1959 verfahrenen) Feierschichten zur Beruhigung bei.
Die Belegschaften verringerten sich 1959 um 1500 Mann. Der Zugang am Jahresanfang entstammt zumeist aus der Zechen-Fluktuation, d. h. freigesetzte Bergleute aus dem südlichen Ruhrgebiet suchten auf den Bottroper Zechen Arbeit. Das Arbeitskräftereservoir des überbezirklichen Ausgleichs war erschöpft. Im Dezember 1959 konnten nur 21 Mann in den Bergbau vermittelt werden. Die nachstehende Tabelle veranschaulicht den Rückgang der Vermittlungen:

Nachlassen der Vermittlungen im Arbeitsamtsbezirk Bottrop (einschl. Gladbeck)

Jahr	Vermittlungen insgesamt	Lehrlinge	Jungarbeiter
1957	4132	474	314
1958	2777	470	120
1959	834	272	99

[171] »Centrum« liegt in Wattenscheid, »Brassert« in Marl.

Infolge der Abkehr der leistungsstarken Fachkräfte stieg der lang zurückgehaltene Nachwuchsbedarf jäh an[172, 173].

c) Die starke Rationalisierung

Bei den ertragreichen Nordzechen hat die Kohlenabsatzkrise zu keiner ernstlichen Gefährdung geführt, die eine Stillegung zur Folge gehabt hätte. Auch Teilstilllegungen sind im Bottroper Raum kaum erfolgt; lediglich auf »Prosper I« wurden einige Betriebspunkte aufgegeben. Dagegen erfolgten umfangreiche positive Rationalisierungsmaßnahmen, wie folgende Aufstellung (zweite Zeile) zeigt:

*Unterstützungsfälle in Bottrop**

Anzahl der Fälle	Auf Grund von
128	Teilstillegungen
840	Rationalisierungen
565	werksseitigen Unterstützungen

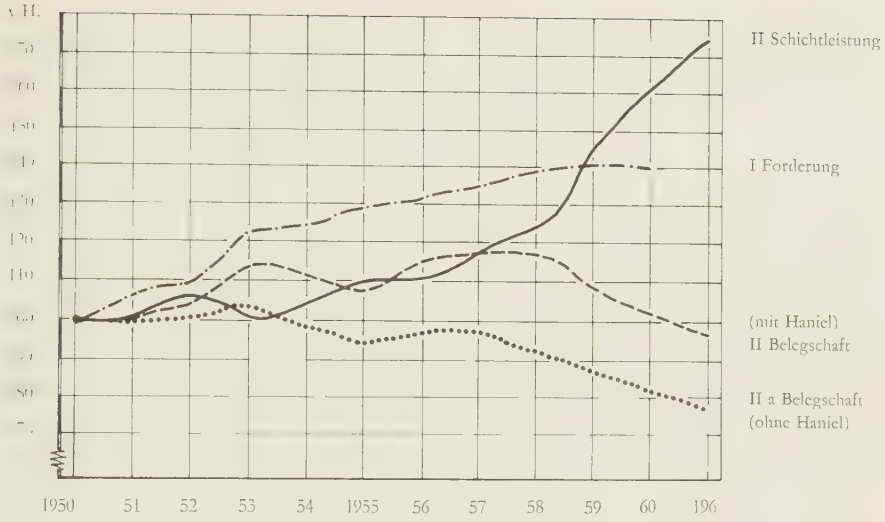
* Nach »Grundsätze« und »besondere Anpassungsbeihilfen«.

Die Mechanisierung wurde durch die Absatzkrise vorangetrieben. Heute erfolgt die Kohlengewinnung zum größten Teil vollmechanisch. Obwohl sich die Belegschaft um 3000 Mann (17%) verringerte, konnte die Förderung geringfügig erhöht werden. Die maschinelle Ausstattung des Untertagebetriebes hat die Produktivität der Arbeitsleistung des Bergmanns beträchtlich erhöht; dies zeigt sich im Ansteigen der Schichtleistung, wie das nebenstehende Schaubild es verdeutlicht.

d) Auswirkungen auf andere Wirtschaftsbereiche

Eine Bergbauzuliefererindustrie ist in Bottrop nicht ansässig, so daß sekundäre Wirkungen in der eisenverarbeitenden Industrie nicht spürbar waren. Dagegen wurde die Bauwirtschaft in Mitleidenschaft gezogen, als 1959 die Zechen ihr Wohnungsprogramm und ihren Etat für Industriebauten erheblich kürzten. Besonders den mittleren und kleineren Bauunternehmen fehlten Anschlußaufträge, so daß teilweise Entlassungen vorgenommen werden mußten. Diese Bauarbeiter konnten nur überörtlich vermittelt werden.
Der tertiäre Sektor wurde durch die Bergbaukrise nicht berührt. Die Anzahl der Geschäfte und Gaststätten stieg in den letzten drei Jahren beträchtlich. Auch eine für den tertiären Sektor spürbare Verringerung der Löhne ist nicht feststellbar. Die Ersparnisse nahmen in hohem Maße zu.

[172] Ebenso verschlechterte sich die Altersgliederung (vgl. Tab. IV/8).
[173] 1141 offene Stellen: 225 Hauer, 200 Jungarbeiter, 63 Handwerker, 590 Berglehrlinge, 63 Handwerkslehrlinge.



Förderung, Schichtleistung und Belegschaft der Bottroper Zechen[174]

Ansteigende Spartätigkeit (in Mio. DM)

Jahr	Spareinlagen	Giroeinlagen
1957	18,7	6,8
1958	25,2	10,9
1959	33,5	11,7
1960	40,9	10,6

e) Verbleib der Bergbauabkehrer

Die Rationalisierung hat in den letzten drei Jahren in Bottrop 3000 Bergleute freigesetzt. Der »Freisetzungseffekt« erfolgte, da infolge der Kohlenabsatzkrise eine erhöhte Produktion nicht abgesetzt werden konnte. Da bei der beherrschenden Stellung des Bergbaus andere aufnahmefähige Industriezweige kaum vertreten sind und das Baugewerbe selbst unter der Krise litt, mußten die meisten Bergbauabkehrer auspendeln. Vornehmlich die eisenschaffende Industrie in Oberhausen und die Metallverarbeitung in Essen und im Bergischen Land nahmen die arbeits-

[174] Folgende exogene Faktoren müssen berücksichtigt werden:
a) Durch das Abteufen und die Inbetriebnahme der Zeche »Franz Haniel« steigt die Förderung (Kurve I) 1952/53 stark an. Aus dem gleichen Grunde vergrößert sich in diesen Jahren auch die Gesamtbelegschaft (Kurve III), die erst durch die personelle Schrumpfung in der Absatzkrise auf ihr Ausgangsniveau absinkt. Um den Rückgang des Bergbaus deutlich zu machen, wurde die Kurve IIIa gezeichnet, in der »Franz Haniel« nicht berücksichtigt ist.
b) Das steile Ansteigen der Schichtleistung in den Jahren 1958/59 gründet teilweise (zu einem Drittel) in der Verlängerung der Schichtzeit um eine halbe Stunde.

willigen Bergleute gern auf. Die Zahl der Auspendler verdoppelte sich (vgl. Tab. IV/2c, Zeile 16, und Tab. IV/6)[175]. Bottrop wurde ein Abgabegebiet, besonders nachdem der Zuzug zum Bergbau aufhörte (vgl. Tab. IV/9).
Ungefähr 1000 Bergleute wurden auf Grund ihres Alters oder ihrer geminderten Leistungsfähigkeit entlassen. Sie bezogen alle eine Teilrente, und viele verzichteten auf eine weitere Arbeitsvermittlung. Der andere Teil ist meist noch arbeitslos und nur schwer zu vermitteln. Die Hälfte der 800 Arbeitslosen in Bottrop sind ältere nicht voll leistungsfähige Bergleute.
Die Kohlenabsatzkrise hat die Einseitigkeit der Wirtschaftsstruktur ein wenig gemildert. 3000 Männer, die früher im Bergbau tätig waren, arbeiten nun in anderen Industriebereichen; doch ihre Arbeitsplätze liegen außerhalb Bottrops. Die objektiven Arbeitsmöglichkeiten im Steinkohlenbergbau sind geringer geworden. Aber die subjektive Neigung, im Bergbau zu arbeiten, ist infolge der Krise noch stärker zurückgegangen. Arbeitsmöglichkeit und Berufswunsch klaffen noch erheblicher auseinander.

7. Die weitere Entwicklung des Bergbaus[176]

a) Das Wachstum der Bottroper Zechen

Dem »Freisetzungseffekt« steht ein »Verlagerungseffekt« gegenüber. Nehmen wir wirklichkeitsnah an, daß die Kohlenförderung an der Ruhr konstant gehalten und der Energiezuwachs durch Öl gedeckt wird, so werden bei Stillegung der südlichen Zechen die ertragreichen nördlichen Zechen ihre Produktion erhöhen müssen, d. h. die Förderquoten der ausgefallenen südlichen Anlagen werden auf das nördliche Ruhrgebiet verlagert. Für Bottrop bedeutet dies, daß die Zechen ihre Förderung im Maße der Rationalisierung und wahrscheinlich darüber hinaus steigern werden. Da in Zukunft nicht mehr mit dem starken Produktivitätsanstieg der Vorjahre gerechnet werden kann, werden die Bergwerksgesellschaften gezwungen sein, die Belegschaften zu vergrößern, um die höhere Produktion fördern zu können[177].
Eine solche Erweiterung der Anlage ist mit Sicherheit bei »Franz Haniel« zu erwarten, sobald die zweite Ausbaustufe in Angriff genommen wird. Etwa 2000 weitere Arbeitsplätze werden dann hier geschaffen. Auch der neue Schacht »Prosper IV«, der bislang nur zur Bewetterung dient, soll zum Seil- und später zum Förderschacht ausgebaut werden. Zwar liegt »Prosper IV« bereits auf Kirchhellener Gebiet, aber die Erweiterung wirkt sich zunächst bei »Prosper III« aus,

[175] Der Vergleich ist nur grob, da 1959 alle Pendler erfaßt sind und 1955 nur die gewerbesteuerausgleichspflichtigen.
[176] Wenn auch jede Aussage über eine künftige Entwicklung mit Fehlern behaftet ist, sind dennoch gewisse Entwicklungstendenzen deutlich ablesbar.
[177] Auch der Anstieg der Schichtleistung unterliegt dem Ertragsgesetz.

wo zunächst Seilfahrt und Förderung erfolgt[178]. Von den anderen Bottroper Zechen kann man annehmen, daß sie ihre Förderung halten und bei besserer Absatzlage noch vergrößern werden.

b) Der personelle Engpaß

Im letzten Absatz gingen unsere Überlegungen vom Absatzmarkt der Kohle aus. Einen weiteren Engpaß bildet der Arbeitsmarkt. Bereits heute kann der personelle Ersatz- und Nachwuchsbedarf nicht gedeckt werden. Die wenigen Vermittlungen von 30 bis 40 Mann im Monat sind völlig unzureichend. Besonders beunruhigt den Bergbau der fehlende Zugang von Berglehrlingen und Jungarbeitern; selbst die Zugänge von handwerklichen Lehrlingen sind im Bergbau unzureichend.
Woher sollen die Arbeitskräfte für die erweiterten Kapazitäten kommen? Mit einer Rückkehr der Bergbauabkehrer ist nicht zu rechnen. Auch die Heranziehung von Ausländern in größerem Umfange würde zu keiner befriedigenden Lösung des Personalproblems führen, weil dadurch unerwünschte soziale und kommunalpolitische Nebenwirkungen hervorgerufen werden, die wir bereits in der Bochumer Untersuchung aufgezeigt haben. Die Nachwuchsfrage wird in ungefähr zehn Jahren noch dringlicher, wenn die jetzt dreißig- bis vierzigjährigen qualifizierten Bergleute, die heute das personelle Rückgrat des Bergbaus darstellen, aus dem Gedinge ausscheiden. Diese Lücke wird kaum durch neue Fachkräfte aufzufüllen sein[179].
Das Personalproblem ist wohl künftig die entscheidende Lebensfrage des Bergbaus. In einer vollbeschäftigten Industriegesellschaft mit einem hohen Einkommensniveau wollen nur relativ wenig Menschen im Bergbau arbeiten, da es genügend andere gut bezahlte Tätigkeiten gibt[180].

8. Auswirkungen auf den kommunalen Haushalt

Die Finanzkraft der reinen Bergbaustädte ist ohnehin schwächer als die der Städte mit verarbeitender Industrie. Obwohl Bottrop ertragreiche Zechen besitzt, stand es in der Steuerkraft stets am Schluß in der Reihe der kreisfreien Städte Nordrhein-Westfalens (vgl. Tab. IV/10). In den ersten fünfziger Jahren konnten die Bergwerksunternehmen mit Hilfe des § 36 des IHG ihre Gewinne mindern, so daß häufig die Lohnsummensteuer ergiebiger war als die Veranlagung nach Ge-

[178] Bei einer angenommenen Belegschaftserhöhung bei »Franz Haniel« um 2000 und bei »Prosper IV« (Nordlicht) um nur 1000 Mann ergibt sich unter Zugrundelegen des doppelten Stellenwertes und einer Beschäftigtenquote von 2,5 eine Bevölkerungszunahme von 15 000 Einwohnern.

[179] Es ist zu hoffen, daß die fortschreitende Mechanisierung den Arbeitskräftebedarf im Bergbau reduziert. Möglicherweise wird die leichtere, mechanisierte Arbeit künftig ein Anreiz sein, den Bergmannsberuf zu ergreifen.

[180] In einer Industriegesellschaft mit einem hohen Einkommensniveau ist bereits eine Sättigungsschwelle erreicht, wo selbst höhere Löhne kaum als hinreichendes Entgelt für die schmutzige, harte und gefährliche Bergmannsarbeit angesehen werden.

werbeertrag und Kapital. Erst in den Jahren 1956/57 stiegen die Steuereinnahmen. Die Absatzkrise traf daher den kommunalen Haushalt schwer. Die Einnahmen der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital sanken von 1957 bis 1960 auf 62,7% des Standes von 1957. Selbst die Lohnsummensteuer, die allgemein als kaum konjunkturreagibel gilt, verringerte sich um ein gutes Viertel[181]. Dem stand nur eine geringe Zunahme des Gewerbesteuerausgleichbetrages für die zusätzlichen Auspendler gegenüber, so daß sich die Gesamteinnahmen um ein volles Drittel verringerten (Tab. IV/11). Auch fehlen Bottrop zusätzliche Steuereinnahmen von neuangesiedelten Betrieben. Wie im Falle Bochum, so kann auch hier noch keine endgültige Aussage über die Wirkungen der Krise gemacht werden, da die Veranlagung um einige Jahre nachhinkt.
Wenn auch in Bottrop keine Stillegung oder Teilstillegung erfolgte, so waren die Auswirkungen auf den kommunalen Haushalt schwerer als in Bochum. Bei einer solchen Einseitigkeit der Wirtschaftsstruktur beeinträchtigt bereits eine kleine wirtschaftliche Schlappe die Finanzkraft der Stadt recht empfindlich.

Möglichkeiten zur Verbesserung der einseitigen Wirtschaftsstruktur

9. Grundsätzliche Erwägungen

Wirtschaftlich einseitig strukturierte Gemeinden gelten vielfach als krisenempfindlich, finanzschwach und bevölkerungsmäßig unausgewogen. Daher erstrebt die Landesplanung eine Auflockerung der wirtschaftlichen Struktur in solchen Räumen. Doch glauben wir, daß eine monoindustrielle Agglomeration noch kein hinreichender Grund für Maßnahmen zur Strukturverbesserung ist[182]; erst wenn die Bevölkerung die einseitige Berufstätigkeit ablehnt, besteht ein echtes Bedürfnis zur Schaffung anderer Arbeitsplätze.
Eine Umstrukturierung soll nicht zu Lasten der heimischen Industrie erfolgen[183]. In Bottrop hat der Bergbau – wie im gesamten Ruhrgebiet – bereits jetzt große personelle Sorgen, die noch größer werden, wenn einzelne Zechen ihre Kapazität erweitern. Jede Industrieansiedlung in Bottrop wird den unterprivilegierten Bergbau auf dem Arbeitsmarkt bedrängen. In raumordnerischer Hinsicht würden neue Industriebetriebe eine Verstärkung der Ballung bedeuten.
Trotz aller Schwierigkeiten und abträglichen Nebenwirkungen muß sich aber die Stadt Bottrop zu einer Industrieansiedlungspolitik entschließen, um die subjektiven Berufswünsche (und das Wohl der Bürger) zu berücksichtigen[184]. Ansonsten läuft Bottrop Gefahr, eine Auspendlerstadt zu werden.

[181] Die Gründe dieses Rückganges liegen im zahlenmäßigen Anwachsen der Auspendler und im ungenügenden Gewerbesteuerausgleich.
[182] Gerade monoindustrielle Ballungen sind oft äußerst finanzstark und weisen eine gute Bevölkerungs- und Berufsschichtung auf, z. B. Leverkusen, Rüsselsheim.
[183] Schriftenreihe des Ministerpräsidenten von NRW, Heft 14, S. 43ff.
[184] Schriftenreihe des Ministerpräsidenten von NRW, Heft 14, a.a.O., Karte 16. Dort ist Bottrop als Förderungsgebiet ausgewiesen.

10. Möglichkeiten der Industrieansiedlung

a) Die Standortqualität Bottrops

Die Standortqualität Bottrops ist durch das Fehlen eines städtischen Charakters beeinträchtigt[185]. Ebenso gewichtig ist die Tatsache, daß nicht die Stadt, sondern der Bergbau den Grund und Boden besitzt. Bottrop kann ansiedlungswilligen Betrieben kein Industriegelände preisgünstig anbieten. – Ist es schon schwer, sich grundsätzlich für eine Industrieansiedlung in Bottrop zu entscheiden, so ist die Durchführung noch schwieriger. Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß den bisherigen Bemühungen, neue Betriebe anzusiedeln, nur ein geringer Erfolg beschieden war. Nach dem letzten Weltkrieg konnten bis zum Jahre 1957 lediglich 17 kleine Betriebe mit 1188 Arbeitsplätzen angesiedelt werden. In den letzten Jahren verstärkte die Stadt ihre Anstrengungen, die Schrumpfung der Arbeitsstätten im Bergbau wenigstens teilweise wettzumachen. Es gelang ihr, weitere 19 kleine und mittlere Betriebe der Metallverarbeitung und des verarbeitenden Gewerbes mit insgesamt 1055 Beschäftigten anzusiedeln (vgl. folgende Übersicht).

Industrieansiedlungen in Bottrop nach 1945

Zeitraum	Anzahl der Betriebe	Arbeitsplätze	Davon für Frauen
1945–1957	17	1188	123
1957–1961	19	1055	688
Insgesamt	36	2243	811

b) Umfang der zukünftigen Industrieansiedlungen

Der Umfang der Industrieansiedlung hängt in Bottrop von der Bevölkerungs- und der bergbaulichen Entwicklung ab. Das künftige Bevölkerungswachstum wird überwiegend vom Geburtenüberschuß abhängen, da der Zuzug aus den ländlichen Gebieten, der bislang den Bergbau mit Arbeitskräften versorgte, fast völlig aufgehört hat (vgl. Tab. IV/12). Lediglich ausländische Arbeitskräfte kommen in den Bottroper Bergbau. Sie bewirken aber keine Freisetzungen von einheimischen Bergleuten, weil ihre Einstellung gerade den Ersatzbedarf für den natürlichen Abgang deckt. Daher muß Bottrop im Umfange des Bevölkerungswachstums neue Arbeitsplätze schaffen. Aber weit wichtiger ist der Nachholbedarf an Arbeitsplätzen, den Bottrop durch die 3000 freigesetzten Bergleute hat, die jetzt noch größtenteils auspendeln, da nur wenige Bergbauabkehrer in den neuen angesiedelten Betrieben unterkommen konnten, weil diese weitgehend Frauen beschäftigen, die vordem in Velbert arbeiteten.

[185] Ein neuangesiedelter Betrieb dachte ernstlich daran, seine Verwaltung und seinen Vertrieb nach Essen zu verlegen und lediglich die Produktion in Bottrop zu belassen.

Die neuen Betriebe dürfen den einheimischen Bergbau nicht gefährden. Nach der teilweisen Rückführung der Auspendler sollte die Umstrukturierung durch Ansiedlung neuer Betriebe langsam und behutsam durchgeführt werden. Daher sind auch Großbetriebe für Bottrop nicht empfehlenswert. Vornehmlich sollten in kleinen und mittleren Betrieben Arbeitsplätze für Frauen und nicht voll leistungsfähige Bergleute geschaffen werden[186].

Eine solche langsame Umstrukturierung gebieten allein schon die Umstände, die einer Industrieansiedlung im Wege stehen. Der Leitplan der Stadt weist 823 ha neuer Industriefläche mit rd. 10 000 Arbeitsplätzen aus (vgl. Tab. IV/13)[187]. Aber diese Fläche gehört größtenteils dem Bergbau. Damit ist die Stadt faktisch auf das Wohlwollen des Bergbaus angewiesen[188, 189] (vgl. nachstehende Tabelle).

Industriegelände in Händen des Bergbaus[190]

Stadt	Stadtgebiet in ha	Bergbaulicher Besitz in %	Industriefläche in ha	Davon bergbaulicher Besitz in %
Bottrop	4210	51,0	70	78,6
Herne	3003	26,8	382	60,7
Recklinghausen	6590	15,6	181	70,7
Wanne-Eickel	2132	36,3	30	57,0
Castrop-Rauxel	4419	26,9	51	14,6
Gladbeck	3587	36,8	53	24,4
Wattenscheid	2388	21,8	14	42,9

Die Abgabe der Grundstücke erfolgt nur gegen Bergschädenverzicht, da der Bergbau nicht Bergschäden übernehmen kann, die bei industrieller Bebauung den Verkaufserlös weit übersteigen würden. Aber ansiedlungswillige Unternehmer weigern sich, auf Grundstücken mit Bergschädenverzicht Betriebe zu errichten, weil sie nicht die hohen Risiken übernehmen wollen und können. Außerdem sind solche Grundstücke schwer beleihbar. Folglich muß die finanzschwache Stadt über

[186] Kleine und mittlere Betriebe begünstigen auch die Bildung einer Unternehmerschicht.

[187] Soviel Arbeitsplätze könnte Bottrop wirtschaftlich und strukturell gar nicht verkraften.

[188] Kleffner, Einfluß des bergbaulichen Grundbesitzes auf die Bedürfnisse der Gemeinden zwischen Emscher und Lippe, in: Industrielle Umstellung, a.a.O.

[189] »Rheinstahl« als größter Grundbesitzer hat aus kommunalpolitischer Verantwortung der Stadt zwei Industrieflächen in der Größe von 16,4 ha verkauft – obwohl die darauf errichteten neuen Betriebe später am Arbeitsmarkt erfolgreich mit dem Bergbau konkurrieren werden.

[190] Denkschrift: Die Entwicklung der kommunalen Finanzkraft in den Bergbaugemeinden an Emscher und Lippe, o. Ort, S. 7. – Die Angaben und Ermittlungen des Bergbaus weichen von obigen Zahlen erheblich ab.

die Erschließungskosten hinaus die Bergschädenhaftung übernehmen[191]. Die hohen Kosten und Risiken erschweren selbst eine langsame Umstrukturierung. Hier sollte das Land den finanzschwachen »Kohlenstädten« helfen, damit diese Gemeinden Ausgleichsindustrien ansiedeln können[192].
Bottrop ist eine junge Gemeinde und wird noch lange eine »Kohlenstadt« bleiben. Um die Härten der einseitigen Wirtschaftsstruktur zu mildern, sollten neue industrielle Betriebe nach und nach in Bottrop angesiedelt werden.

V. »Kohlendorf«

Vorbemerkung:

Die Gemeinde »Kohlendorf« stellt uns vor eine schwierige Aufgabe, da wir die wahrscheinlichen Folgen einer Zechenstillegung, die wir in naher Zukunft vermuten, schildern. Wir nehmen an, daß die kleine, unwirtschaftliche Zeche X, von der »Kohlendorf« lebt, mit einer Zeche Y des Nachbarortes zusammengelegt wird[193]. Solche Zusammenlegungen geschehen meist unter dem Druck von Absatzkrisen.

Die Wirtschaftsstruktur von »Kohlendorf«

1. Lage, Raum und Entwicklung

»Kohlendorf« liegt im nordwestlichen rheinisch-westfälischen Industriegebiet, im nördlichen Ausstrahlungsbereich einer bedeutenden Großstadt und südwestlich angrenzend an eine reine Kohlenstadt. Der Ostraum von »Kohlendorf« ist dagegen ländliches Hinterland.
Obwohl seit einigen Jahren das gut 20 000 Einwohner zählende »Kohlendorf« Stadtrechte besitzt, sprechen die Einwohner noch von Ober- und Unterdorf. Auch das Siedlungsbild weist dörfliche Züge auf: im Dorfkern Kirche, Schulen und Läden, in denen die alteingesessenen Bauern der Umgebung und die Einwohner der Kolonie einkaufen. Die Bevölkerungsentwicklung verlief nicht ganz so rasch wie in Selm oder Bottrop.

[191] Der Gedanke der »Haftungsgemeinschaft« erstrebt eine Beteiligung von Land, Gemeinde, Bergbau und neuem Betrieb. Bei einer solchen Haftungsbeteiligung würde der Bergbau in der Grundstücksabgabe noch vorsichtiger und zurückhaltender werden.

[192] Die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat Bottrop und Gladbeck bereits größere Mittel zur Verfügung gestellt.

[193] Eine solche wirtschaftlich berechtigte Annahme kann aus verständlichen Gründen nicht offen ausgesprochen werden. Daher ist »Kohlendorf« eine fiktive Gemeinde, wenn sich auch die empirische Untersuchung an einer konkreten Gemeinde orientiert.

Die Eisenbahnstrecke dient vornehmlich dem Güterverkehr. Buslinien verbinden »Kohlendorf« mit der nahen Großstadt. Das Straßennetz genügt den örtlichen Ansprüchen.

2. Das Strukturbild von »Kohlendorf«

a) Die wirtschaftliche Übermacht der Zeche X

Der Hauptarbeitgeber in »Kohlendorf« ist die Zeche X, der das Dorf seine jetzige Größe verdankt. Die Zeche X ist heute eine der kleineren Anlagen des Ruhrgebietes und beschäftigt 2500 Menschen. In den besten Zeiten waren es 3000. Die Anlage gehört einem großen Konzern an. Die Bedeutung des Bergbaus erhöht sich dadurch, daß viele Bergleute zu der Zeche Y des Nachbarortes und zu den Zechen der südwestlich gelegenen reinen Kohlenstadt auspendeln. Gut 40% der Beschäftigten der Gemeinde sind im Bergbau tätig.
Dagegen arbeiten in der Metallbranche nur 6%; es handelt sich zum großen Teil um Auspendler. Das sonstige verarbeitende Gewerbe, das zumeist das örtliche Handwerk der Verarbeitung umfaßt, ist mit 12% aller Beschäftigten etwas stärker vertreten. Dem Baugewerbe kommt nach dem Bergbau eine hohe Bedeutung zu. Mit gut 13% aller Arbeitnehmer liegt es weit über dem allgemeinen Durchschnitt. Die starke Stellung der Bauwirtschaft gründet in dem Umstand, daß viele kleine ortsansässige Bauunternehmen größere Aufträge in der benachbarten Großstadt übernehmen.
Auf den großen Bauernhöfen des Umlandes arbeiten 4,8% der Beschäftigten als Gesindekräfte. Dies spricht für den ländlichen Charakter »Kohlendorfs«.

b) Der schwach besetzte tertiäre Sektor

Nicht einmal ein Viertel der Beschäftigten arbeitet im tertiären Sektor; dagegen beträgt der Bundesdurchschnitt 37,5%. Infolge der Großstadtnähe übt Kohlendorf keine zentralen Funktionen aus. Der Wirtschaftsbereich »Geld/Versicherung« ist in »Kohlendorf« nicht vorhanden. Auch die Geschäfte des periodischen Bedarfs sind nur im bescheidenen Umfang im Ort vertreten, und selbst die öffentlichen Dienste liegen mit 5,6% aller Beschäftigten weit unter dem allgemeinen Durchschnitt von 11,4%. Die Ausstrahlung der nahen Großstadt ist so groß, daß nicht einmal die allgemein feststellbare Wachstumstendenz der Folgeleistungen sichtbar wird.

3. Arbeitsmarkt und Arbeitsplätze

a) Ein- und Auspendler

Die Zahl der Arbeitsplätze ist weit geringer als die der Beschäftigten. Etwa 28% der Arbeitnehmer von »Kohlendorf« pendeln aus. Soweit es sich im Baugewerbe

um die Ausführung auswärtiger Aufträge handelt, müßte man die betreffenden Bauhandwerker den Auspendlern noch hinzurechnen. Der Ort ist also in hohem Maße Wohngemeinde. Es ist interessant, zu wissen, daß die Auspendler vornehmlich in Bergbaustädten arbeiten. Das Auspendeln gründet hier nicht in einer subjektiven Abneigung gegen den Bergbau. Es ist vielmehr reiner Arbeitsplatzmangel, der zu einer Tätigkeit außerhalb des Wohnortes zwingt. Nur wenige Auspendler gehen qualifizierten beruflichen Tätigkeiten nach. Auffallend ist auch die geringe Zahl der Auspendlerinnen. Die Bergmannsfrauen sind hier kaum gewillt, eine berufliche Tätigkeit aufzunehmen. Lediglich junge Mädchen gehen zur Fabrik oder ins Büro.
Knapp 4% der Beschäftigten sind Einpendler. Überwiegend handelt es sich dabei um Bergleute, die aus dem bäuerlichen Hinterland stammen.

b) Der enge Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt ist eng und einseitig auf den Bergbau zugeschnitten. Wer »keine Lust zum Bergbau hat«, weicht in den stark besetzten Sektor des Baugewerbes aus. Aber auch dort wird schwere körperliche Arbeit gefordert. Die Bevölkerung ist in »Kohlendorf« mit der bergbaulichen Einseitigkeit zufrieden[194]. Man spürt im Dorf noch etwas von der alten Genügsamkeit und der bescheidenen Zufriedenheit der ersten Einwanderergeneration: Man beschränkt sich auf sein Haus in der Kolonie und den großen Garten, und falls der sich als noch zu klein erweist, verschafft man sich bei benachbarten Bauern einen kleinen Nebenverdienst.
»Kohlendorf« ist eine reine Bergbaugemeinde. Die wenigen zugewanderten kleinen Unternehmer sind in der Minderzahl und bilden keine tragende Oberschicht. Die kommunalpolitischen Geschicke werden – trotz aller Demokratisierung – größtenteils von der alten bäuerlichen Honoratiorenschicht wahrgenommen.

4. Die Bedeutung des Bergbaus, insbesondere der Zeche X

Bis zum Jahre 1957 waren Bergbau und Zeche X in »Kohlendorf« identisch. Sie war die einzige Anlage am Ort, und wirtschaftlich drehte sich alles um die Zeche X. Auch der Wohnungsmarkt wird von ihr beherrscht; allein 2000 Wohnungen gehören der Zeche bzw. der ihr verbundenen Wohnungsgesellschaft. Von den Bauaufträgen des Bergbaus lebt das Baugewerbe, und andere Aufträge schließen mehr oder minder die noch offenen Lücken. Ebenfalls der tertiäre Sektor lebt vom Bergbau; denn der größte Teil der jährlichen Lohnsumme in Höhe von 20 Mio. DM fließt ihm zu. Alles arbeitet auf und für die Zeche X, und man lebt davon. Lediglich einige kleinere Nähereien und handwerkliche Maschinenwerkstätten produzieren für den überörtlichen Bedarf. Jede ernstliche Krise im Bergbau muß deshalb »Kohlendorf« schwer treffen; denn das Wohl der Gemeinde ist eng mit dem wirtschaftlichen Wohl der Zeche X verknüpft.

[194] Das gilt nicht mehr in gleichem Umfange für die jüngere Generation.

5. Unmittelbare Auswirkungen der Absatzkrise

a) Die starke Belegschaftsminderung

Im letzten Krieg hatte die Belegschaft starke Einbußen erlitten. Die großen Lücken wurden durch Vermittlungen des überbezirklichen Ausgleichs geschlossen. Von den rd. 1500 neuangelegten Arbeitskräften blieben aber nur knapp die Hälfte. Im Jahre 1957 arbeiteten jedoch wieder 2700 Mann auf der Anlage.
Da die Schichtleistungen der Zeche X mit 1400 kg recht tief lagen, verhängte beim Beginn der Absatzkrise der Konzern für die Schachtanlage eine Einstellungssperre, um die Förderung der leistungsschwächsten Zeche zu drosseln. Darüber hinaus wurde die unwirtschaftliche Kokerei stillgelegt. Bereits im Sommer 1958 entließ man 50 Bergleute mit Rentenberechtigung und im Laufe des Jahres 1959 weitere 75. Erst im Herbst 1959 zeigten sich in geringem Umfange Anfänge einer Bergbauflucht, die auch einige grubentaugliche Fachkräfte veranlaßten, dem Bergbau den Rücken zu kehren. Im Vergleich zu den anderen Ruhrzechen hielt sich die Abkehr in Grenzen. Der Rückgang der Belegschaft von 1958 bis 1960 um 40% gründet vornehmlich im Einstellungsstopp. Auch Ende 1960, zu einem Zeitpunkt, in dem andere Zechen jeden Mann anlegten, war die Zechenleitung in der Personaldisposition zurückhaltend und stellte nur Hauer und Grubenhandwerker ein. Ausländer sind auf der Zeche X noch nicht beschäftigt.

b) Verbleib der Abkehrer

Bei den Abkehrern des Jahres 1958 handelt es sich zumeist um die üblichen Fluktuationswilligen, die auch ohne Krise aus dem Bergbau ausgeschieden wären. Sie haben überwiegend »Kohlendorf« verlassen und sind in der Industrie der benachbarten Großstädte untergekommen. Erst die Abkehrer seit Ende des Jahres 1959–1961 stellen einen echten Verlust für den Bergbau dar, da es sich hier um betriebsverbundene Bergleute handelt, die nur durch die Kohlenabsatzkrise zur Abkehr veranlaßt wurden. Der angespannte Arbeitsmarkt im örtlichen Bausektor und in den benachbarten Industrien nahm die Bergleute leicht auf.

c) Errichtung einer neuen Seilfahrtanlage

In der Beschäftigtenstatistik tritt die erhebliche Belegschaftsverminderung nicht in vollem Ausmaß in Erscheinung, weil zur gleichen Zeit eine Großschachtanlage der benachbarten Kohlenstadt auf dem Gebiet von »Kohlendorf« einen Seilfahrtsschacht niedergebracht hat. Das langjährige Vorhaben war gerade im Jahre 1958 verwirklicht worden. Die einsetzende Krise bewirkte, daß in dem neuen Seilfahrtschacht statt der geplanten 1000 Mann nur 400 einfahren. Dabei handelt es sich zum geringen Teil um Neuanlegungen, sondern meist um Verlegungen innerhalb

der Großschachtanlage und des Konzerns. – Trotz der Errichtung einer neuen Seilfahrtanlage ging der Anteil der im Bergbau Beschäftigten von 40 auf 35% zurück.

d) Auswirkungen auf den kommunalen Haushalt

Über ein gutes Drittel der Realsteuern entrichtet in »Kohlendorf« die Zeche X. Die Gemeinde partizipiert auf dem Wege der Zerlegung an den ertragreicheren Zechen des Konzerns. Die Absatzkrise hat die anteiligen Steuererträge für die Anlage X kräftig reduziert. Außerdem erlitt die Gemeinde durch die Zunahme der Auspendler um 1000 Mann einen weiteren Steuerausfall, der nur im geringen Umfange durch den Gewerbesteuerausgleich wettgemacht wird. Die zusätzlichen Steuereinnahmen für die neue Seilfahrtanlage in Höhe von 120 000 DM gleichen den Steuerverlust nicht aus. Doch das allgemeine Ansteigen der Steuererträge in den gutbeschäftigten Wirtschaftszweigen (Bauwirtschaft, tertiärer Sektor) mildert den steuerlichen Rückgang.

6. Zusammenlegung der Zeche X mit der Nachbarzeche Y

a) Die schlechte Ertragslage

Die Zeche X hatte stets mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Schon das Abteufen gestaltete sich äußerst schwierig, und die Anlage ersoff, bevor der erste Förderwagen ans Tageslicht kam. Bereits damals spürte die junge Gemeinde ihre wirtschaftliche Einseitigkeit. Zur Zeit der großen Stillegungen in den zwanziger Jahren wurde die Belegschaft um die Hälfte reduziert. »Kohlendorf« litt damals schwer unter den Absatzkrisen. Wenn auch die jetzige starke Belegschaftsverminderung nicht derartige Härten mit sich brachte, so schwebt über der Zeche X das Damoklesschwert einer durchaus möglichen, ja wahrscheinlichen Stillegung.
Die Anlage ist mit 2000 Arbeitskräften zu klein und liegt weit unter der optimalen Betriebsgröße[195]. Auf Grund der unterdurchschnittlichen Betriebsgröße sind die Fixkosten sehr hoch. Aber es entstehen auch hohe variable Kosten, da die Schichtleistung niedrig liegt. Zwar gelang es, die Schichtleistung auf 1800 kg zu erhöhen; dennoch liegt die Zeche X damit leistungsmäßig am Schluß der Ruhrzechen. Da nur die übliche Gasflammkohle gefördert wird, ist auch von der Erlösseite her keine Besserung zu erhoffen[196]. Ebenso fehlen der kleinen Zeche einträg-

[195] Heute erstrebt man Großschachtanlagen mit einer 5000–10 000 Mann starken Belegschaft, deren Leistung und Rentabilität wesentlich über dem Durchschnitt liegen. Vgl. hierzu Bauer, Arbeitsproduktivität und Betriebsgrößenstruktur im Steinkohlenbergbau des Ruhrgebietes (Überlegungen zur Frage der Zechenstillegungen); in: Mitteilungen des Rhein.-Westf. Instituts für Wirtschaftsforschung, Essen 1960, S. 21ff.

[196] Die südlichen Magerkohlenzechen haben eine ebenso geringe Schichtleistung, erzielen aber für die Tonne Anthrazit den doppelten Erlös wie die Zeche X für verkokbare Gasflammkohle.

liche Nebenbetriebe, die vielfach die Rentabilität wesentlich verbessern. Nachteilig wirkt sich desgleichen die Zugehörigkeit zu einem großen Kohlekonzern aus, da die Unternehmensspitze dazu neigt, die Förderung auf den besten Anlagen und Flözen zu konzentrieren. Alle diese Erwägungen lassen für die Zeche X das Schlimmste befürchten.

b) Die wahrscheinliche Zusammenlegung

Wenn die Anlage nicht in der jetzigen Absatzkrise geschlossen wurde, so sind rein kaufmännische Überlegungen für den Aufschub maßgebend. Man beabsichtigt, die Zeche X nicht völlig aufzugeben und wartet eine bessere Marktsituation ab, um die Feldesteile günstig an die benachbarte Großzeche Y im Nachbarort zu veräußern, die einem anderen Unternehmen angehört. Eventuell möchte man sich einen günstigen Boden für Fusionsverhandlungen schaffen. Außerdem gilt es, nicht nur den günstigen Moment abzupassen, sondern es muß auch ein 6 km langer Querschlag getrieben werden, dessen Durchführung mehrere Jahre beansprucht. Die Nachwirkungen der Kohlenabsatzkrise erscheinen demzufolge erst mit einer großen Verzögerung.
Die Zusammenlegung wird die fixen Kosten stark senken, da 500 Übertagearbeiter, das ist ein Viertel der Belegschaft, freigesetzt und entlassen werden können, während die Übertagebelegschaft der Zeche Y nur geringfügig vergrößert werden muß. Doch dabei dürfte es kaum bleiben, da die Großschachtanlage lediglich die besten Flöze abbauen und weniger ergiebige stillegen wird, so daß die Belegschaft wahrscheinlich um weitere 300-500 Mann reduziert wird.

c) Verbleib der Bergleute

Die Zeche X wird künftig als Seilfahrtanlage weiterbestehen, aber es werden nur noch 1000–1200 Mann einfahren. Die rein rechnerische Freisetzung von 800 bis 1000 Mann wird kaum in Erscheinung treten. Zunächst wird der Konzern der Zeche X versuchen, möglichst viele freigesetzte Bergleute zu verlegen. Ebenso wird die aufnehmende Großschachtanlage Y bestrebt sein, mit den Freisetzungen der Zeche X ihre großen Personallücken zu schließen[197]. Deshalb ist anzunehmen, daß nur wenige ältere Übertagearbeiter mit Rentenberechtigung entlassen werden.

7. Möglichkeiten zur Ansiedlung von Ersatzindustrien

Wenn auch die starke Belegschaftsverminderung der Zeche X durch die Zusammenlegung nicht bemerkbar wird, so wird für »Kohlendorf« doch der Verlust von rd. 1000 Arbeitsplätzen eintreten. Eine derartig einschneidende Maßnahme wird

[197] Der starke Personalmangel kann sogar ein wesentlicher Grund für die Fusion sein.

ebenfalls auf andere Wirtschaftszweige wirken, besonders auf das Baugewerbe. Dagegen wird der tertiäre Sektor, der von der Lohnverwendung lebt, weniger betroffen werden, weil die freigesetzten Arbeiter weiterhin gut verdienen dürften.
Die Zusammenlegung wird für den kommunalen Haushalt eine große finanzielle Einbuße zur Folge haben. Die Lohn- und Gehaltssumme wird sich entsprechend der Belegschaftsschrumpfung um ungefähr 50% verringern, so daß »Kohlendorf« im Rahmen der neuen Zerlegung der Gewerbesteuer von der Großschachtanlage Y bloß mit der Hälfte der heutigen Steuereinnahmen rechnen kann[198]. Der Gewerbesteuerausgleich für die Verlegten und die Auspendler wird nur ein unzureichender Ausgleich für den entstandenen Verlust sein.
Die Gemeinde wird also rd. 1000 neue Arbeitsplätze schaffen müssen, um wenigstens einen Teil der Auspendler zurückzugewinnen. »Kohlendorf« verfügt über eine relativ günstige Verkehrslage, liegt aber zu sehr im Schatten der nahen Großstadt. Kleinere und mittlere ansiedlungswillige Industriebetriebe werden sich möglichst die Vorteile der guten Infrastruktur der nahen Großstadt zunutze machen, um so in den Genuß des »Vorteils der Agglomeration« und der »external economies« zu gelangen. Dagegen gehen Großbetriebe gern »auf's Land« und übernehmen selbst die Kosten der Schaffung einer großzügigen Infrastruktur, um die »diseconomies der Ballung« zu vermeiden und sich in ihrer künftigen Entwicklung nicht beengen zu lassen. Unter diesem Aspekt verhandelt zur Zeit ein Großbetrieb über die Errichtung eines Zweigwerkes mit 7000 Arbeitsplätzen in »Kohlendorf«[199].
Wie bei allen Standortfragen spielen auch hier eine große Anzahl irrationaler Momente und exogene Faktoren eine wesentliche Rolle, so daß genaue Voraussagen nicht möglich sind. Der Wunsch der Gemeinde, nur einige mittlere leistungsfähige Industriebetriebe der Metallverarbeitung anzusiedeln, dürfte allerdings schwer zu verwirklichen sein.

[198] Die Steuereinnahmen werden sogar überproportional zurückgehen, weil die hohen Gehälter der Verwaltung, die dann im Nachbarort ist, wegfallen.
[199] Die Errichtung eines derartigen Großbetriebes würde aus rein personellen Gründen zur Stillegung der Zeche X führen.

Zusammenfassung

Der Bergbau hatte stets in hohem Maße unter den konjunkturellen Schwankungen und strukturellen Verschiebungen zu leiden. Wie wir aber in Witten feststellen konnten, sind die Wirkungen der einzelnen Kohlenabsatzkrisen und der dadurch bedingten Stillegungswellen sehr unterschiedlich gewesen. Es differierten auch die Folgen einer Absatzkrise in gleichstrukturierten »reinen Kohlenstädten« je nach dem umgebenden Wirtschaftsraum, der Standortqualität unternehmensmäßiger Verflechtung und der kommunalpolitischen Aktivität. Die Unterschiedlichkeit war bei verschieden strukturierten Gemeinden noch größer. Trotz aller Differenzierung wollen wir die wichtigsten Ergebnisse der empirischen Untersuchung über die letzte Kohlenabsatzkrise in einigen Hauptthesen zusammenfassen.

1. Zechenstillegungen sind Anpassungen des Angebotes an die Nachfrage auf dem Energiemarkt.
   Durch die Umschichtung des Energiebedarfes zugunsten von Substituten ging die Nachfrage nach Steinkohle stark zurück. Dem Nachfrageausfall begegnete man durch Drosselung der Zechenproduktion, anfangs kurzfristig durch Feierschichten, später in wirksamer Weise durch Stillegungen. Der Umfang der Stillegungen hielt sich in erträglichen Grenzen; lediglich im Raum Bochum häuften sich die Stillegungsmaßnahmen.
2. Zechenstillegungen sind Maßnahmen der »negativen Rationalisierung«.
   Im wirtschaftlichen »Reinigungsprozeß«[200] scheiden die schlechten Flöze, Betriebspunkte, Nebenanlagen und »Grenzzechen« aus. Nur die leistungsfähigsten Produktionsstätten bleiben auf dem Markt.
   Bei Teilstillegungen werden nur die unergiebigen Flöze, Betriebspunkte und unrentable Nebenanlagen aufgegeben. Bei Zusammenlegungen verzichtet die Zeche, die ihre betriebliche Selbständigkeit aufgibt, auf den Übertagebetrieb. Stillegung bedeutet restlose Aufgabe der Zeche und der bergbaulichen Substanz.
   Teilstillegung und Zusammenlegungen waren in der letzten Krise die wichtigsten Maßnahmen der »negativen Rationalisierung«. Lediglich in zehn Fällen können wir von Stillegungen sprechen; davon liegen allein fünf Anlagen in Bochum.
3. Stillegungen sind Maßnahmen der Konzentration.
   Bei Teilstillegung erfolgt die Konzentration innerhalb der Zeche, bei Zusammenlegung innerhalb des Unternehmens. Bei Stillegungen konzentriert sich

[200] Im Sinne Schumpeters. (J. A. Schumpeter, The Theory of Economic Development, Cambridge 1934, S. 38.)

die Förderung auf die geologisch besseren Abbaugebiete des (nördlichen) rheinisch-westfälischen Industriegebietes.
Konzerne neigen dazu, ihre Förderung auf die besten Produktionsstätten zu konzentrieren.

4. Die Stillegung vollzieht sich als Süd-Nord-Wanderung.
Fast alle Stillegungen der letzten Kohlenabsatzkrise liegen im Südrand des Ruhrgebietes, während im Nordraum kaum Teilstillegungen zu beobachten sind. Die ertragreichen Nordzechen übernehmen langfristig die Förderquoten der stillgelegten Anlagen.
5. Stillegungsmaßnahmen bedeuten entsprechende Belegschaftsverringerungen.
Alte leistungsschwache Bergleute und »Grenzarbeiter« (Bummelanten) werden zuerst entlassen.
Erstmalig ist in der Geschichte des Bergbaus, daß man der Entlassung durch freiwillige Abkehr zuvorkommt, und zwar in einem Ausmaß, das weit über den Umfang der gewünschten Produktionsdrosselung hinausgeht. Das gründet objektiv in den guten Beschäftigungschancen einer vollbeschäftigten Wirtschaft und subjektiv in der Abneigung der jungen Generation gegenüber dem Bergbau. Die »Bergbauflucht« dürfte der größte Nachteil der Kohlenabsatzkrise sein, den weniger die Gemeinden als die Bergwerksunternehmen zu tragen haben.
6. Die Auswirkungen der Kohlenabsatzkrise hängen von der jeweiligen konjunkturellen Lage ab.
Der strukturell bedingte Nachfragerückgang nach Steinkohle erfolgte in einer Zeit der »Überbeschäftigung« mit einem stark angespannten Arbeitsmarkt. Daher waren die Auswirkungen allgemein milde, weil die freigesetzten Bergleute leicht neue Arbeitsplätze fanden und darüber hinaus die wirtschaftliche Expansion Industrieansiedlungen begünstigte.
7. Der herrschende Wirtschaftsgeist bestimmt die Art und Weise der Stillegung und auch den Umfang der Gegenmaßnahmen.
Obwohl auf Grund der Vollbeschäftigung die Wirkungen erträglich waren, hat der Staat (und die Hohe Behörde) durch seine Hilfe die Folgen von Stilllegungen noch gemildert. Auch die Unternehmen zeigten sich gegenüber ihren Arbeitnehmern sehr aufgeschlossen und gewährten zusätzliche Unterstützungen.
8. Der Grad der Bergbaubestimmtheit entscheidet wesentlich über das Ausmaß der Folgen der Kohlenabsatzkrise. Je stärker in einer Gemeinde der Bergbau vertreten ist, desto härter sind die Auswirkungen. Deshalb traf die Kohlenabsatzkrise die Stadt Bottrop, die keine Stillegungen zu verzeichnen hat, härter als Bochum, wo fünf Zechen geschlossen wurden bzw. werden. Wenn eine Gemeinde gar nur von einer Zeche wirtschaftlich abhängig ist, so sind die Folgen noch einschneidender.
Je größer die Bedeutung des Bergbaus in einer Stadt ist, desto geringer erscheint die Chance, Ersatzindustrie anzusiedeln.
9. Mit zunehmender Größe einer Gemeinde verringert sich die Wirkung einer Absatzkrise.

Eine Großstadt mit über 300 000 Einwohnern ist meist gemischtwirtschaftlich strukturiert, und außerdem besteht kaum die Gefahr, daß alle Zechen geschlossen werden. Die Wirkung einer Stillegung verteilt sich hier auf einen größeren Raum.

Eine große Stadt verfügt auch über eine bessere Infrastruktur und zieht so leichter neue Betriebe an. Auf Grund der großen Finanzkraft kann sie auch hohe Ansiedlungsrisiken übernehmen. Ferner besitzt sie eine spezialisierte Verwaltungsbürokratie, die eine hohe kommunalpolitische politische Aktivität entfalten kann.

10. Eine enge Verflechtung der Gemeinde mit dem umgebenden Wirtschaftsraum schwächt die Folgen einer Stillegung ab. Eine solche Verflechtung ist allgemein im Ruhrgebiet anzunehmen. Lediglich bei »isolierten« Gemeinden wie Selm trifft die Gemeinde die volle Wirkung der Stillegung.

Literaturverzeichnis

Abe, E., Städte im Bannkreis der Kohle, Recklinghausen 1956.

Bergmann, K., Die wirtschaftsgeschichtliche Entwicklung des Ruhrkohlenbergbaus seit Anfang des 19. Jahrhunderts, Kettwig 1937 (Kölner Diss.).

Bericht über die Besetzung der Stadt Witten durch die Franzosen, Witten 1927.

Blesken, H. (ed.), Bilder aus der Geschichte der Stadt Witten, Witten 1948.

Bloome, F. (ed.), Witten und seine Umgebung, Düsseldorf 1926.

Boehme, L., Die Auflockerung der industriellen Konzentration durch differenzierende Lohnpolitik, Bleicherode 1938.

Boustedt, O., Wachsende, stagnierende und schrumpfende Gemeinden, in: Raumforschung und Raumordnung, 15. Jg., 1957, S. 134.

Brepohl, W., Der Aufbau des Ruhrvolkes im Zuge der Ost-West-Wanderung, Recklinghausen 1948.

Brepohl, W., Vom Industrievolk an der Ruhr, Essen 1957.

Brockhoff, W., Der Standort der Industriebetriebe in Witten, in: Jb. d. Vereins für Orts- und Heimatkunde, Witten 1956.

Burkhardt, H., Zukunftsaufgaben der Energiepolitik, in: Jb. d. dt. Bergbaus, 1959, S. 171ff.

Christaller, W., Die zentralen Orte Süddeutschlands, Jena 1933.

Croon/Utermann, Zeche und Gemeinde, Tübingen 1958.

Demmer, J., Strukturwandel in Stadt und Land, Mettmann 1959.

Denkschrift betreffend die Stillegung verschiedener Steinkohlenzechen des Ruhrreviers, Berlin 1904.

Denkschrift zur Umstellung des Ruhrbergbaus, Bochum 1925.

Deutsche Kohlenwirtschaft, Berlin 1929, III. Unterausschuß.

Dörpmund, H., Die Mittel der Industriestandortlenkung und die Grenzen ihrer Anwendbarkeit, Bremen-Horn 1950.

Egner, E., Möglichkeiten und Grenzen industrieller Standortpolitik, in: Raumforschung und Raumordnung, 1948, S. 3.

Eustermann, M. J., Versuche, Bergleute, die nach Zechenstillegungen erwerbslos geblieben sind, in andere Berufe überzuführen, Dortmund 1929 (Manuskr.).

Festschrift zum 75jährigen Bestehen des Vereins für bergbauliche Interessen: Der Ruhrbergbau im Wechsel der Zeiten, Essen 1933.

Fettweis, G., Über die Kohlevorräte im niederrheinisch-westfälischen Steinkohlengebiet, ihren Aufschluß, ihre Erschöpfung und ihre Nachhaltigkeit, Essen 1956.

Friedeburg, L. v., Zur Fluktuation im Steinkohlenbergbau, im: Bundesarbeitsblatt 1957, S. 705ff.

Gravier, J. F., Auvergne-Aquitaine, Luxemburg 1957.

Gutermuth, A., Probleme der Bergbauwirtschaft in gewerkschaftlich-politischer Sicht, Bochum 1956.

Hackenberg, E., Wechselwirkungen zwischen Besteuerung und Standort, Remscheid 1930.

Hechelmann, L., Das Schicksal der Stadt Steele unter dem Einfluß industrieller Standortänderungen, Essen 1929 (Münch. Diss.).

Heimatbuch Selm 858–1958, Selm 1958.
Helmrich, W., Das Ruhrgebiet, Münster 1949.
Hempel, G., Die Entwicklung der Bochumer Montanindustrie unter Berücksichtigung der neuesten Konzentrationsbewegungen in der Ruhrindustrie, Bochum 1931 (Frankf. Diss.).
Hensche, H., Die Zechenstillegungen und Betriebszusammenfassungen im Ruhrbezirk nach dem Weltkriege unter besonderer Berücksichtigung der Jahre 1924–1929, Gelsenkirchen 1930 (Münch. Diss.).
Hendrichs, Denkschrift über den wirtschaftlichen Zusammenbruch der Gemeinde Selm, o. Ort und J.
Heyde, L., Deutsche Gewerbepolitik, Breslau 1934.
Hohe Behörde (ed.), Entwicklung der Löhne und die Lohnpolitik in den Industrien der Gemeinschaft, Luxemburg 1957.
Hohe Behörde (ed.), Die Investitionen in der Kohle- und Stahlindustrie der Gemeinschaft, Luxemburg 1957.
Hohe Behörde (ed.), Themenkreis »Industrielle Umstellung«, Luxemburg 1960.
Brunee, Durchführungsmaßnahmen an Ort und Stelle.
Bye, M., Erfahrungen mit der industriellen Umstellung.
Campolongo, Die Europäische Investitionsbank und das Umstellungsproblem.
Coppo, Probleme der Wiederbeschäftigung von Bergleuten.
Deprez, Unerläßliche Voraussetzungen der Umstellungen eines gefährdeten Bergbaugebietes.
De Rosa, Soziologische Aspekte der industriellen Umstellung.
Dick, G., Verfahren zur Steuerung der industriellen Entwicklung.
Drechsel, M., Die Notstandsgebiete der Provinz Hainaut und die Arbeit des Institut de Recherches Economiques.
Dumay, Probleme im Zusammenhang mit der Wiederbeschäftigung von Bergleuten.
Duquesne, Arbeiten der EWG-Kommission auf dem Gebiete der Regionalentwicklung.
Gaarlandt, Die Durchführung der Umstellungsmaßnahmen an Ort und Stelle.
Giel, W., Ansiedlung von Industriebetrieben, die von Zechenstillegungen betroffen sind.
Girard, Psychologisches Klima in dem von Umstellungsmaßnahmen betroffenen Revier.
Havemann, Sozialpsychologische Probleme beim Übergang von Bergarbeitern in die Industrie.
Kleffner, Einfluß des bergbaulichen Grundbesitzes auf die Bedürfnisse der Gemeinden im Gebiet zwischen Emscher und Lippe.
Lamour, Praktische Anwendung der Verfahren zur regionalen Wirtschaftsentwicklung in Frankreich.
Länderberichte: Interventionsmöglichkeiten der Behörden zur Erleichterung der industriellen Umstellung.
Levine, Für Entwicklungsgebiete zur Verfügung stehende finanzielle Beihilfen.
Malissen, Die Gesellschaft für industrielle Umstellung und Entwicklung.
Marly, Das praktische Beispiel einer kritischen Zone in Fourmies.
Meyer, K. J., Die sozialen Probleme bei der Stillegung von Zechen und der Wiederbeschäftigung der entlassenen Bergleute.
Nabekoff, N., Die industrielle Umstellung in der Umstellung.
Parodi, M., Die Umstellung von Industriebetrieben und die Erfahrungen in Frankreich.

Roemen, Die Bereitstellung von Industriegelände und Werksgebäuden und deren Bedeutung für die wirtschaftliche Umstellung in Bergbaugebieten.
Sadler-Foster, Organisation und Aufgaben der »Industrial Estatetes Management Corporations«.
Saint-Geours, Einsatz der finanziellen Beihilfen und Einflußnahme auf die Unternehmungen.
Sermon, In welcher Weise ist das Privatunternehmen an der industriellen Umstellung interessiert?
Umlauf, »Studien- und Finanzierungsgesellschaften«.
Umstellungsbeispiele in den Mitgliedsstaaten und im Vereinigten Königreich.
Vandeputte, Unterstützung von Neuinvestitionen durch den öffentlichen Sektor in Belgien.
Vinck, Die Maßnahmen der Hohen Behörde zur Wiederbeschäftigung der Arbeitnehmer.
Ipsen (u. andere), Standort und Wohnung, in: Forschungsberichte des Wirtschafts- und Verkehrsministeriums Nordrhein-Westfalen, Nr. 365.
Ipsen, G., Erloschener Bergbau, in: Raumordnung und Raumforschung, 11. Jg. 1953, S. 137ff.
Isabary, Regionale Aspekte der Entwicklung des Industriebesatzes in den Kreisen der Bundesrepublik Deutschland 1952–1956, in: Raumforschung und Raumordnung, 15. Jg., 1957, S. 188.
Isenberg, G., Zur Karte der Erwerbsmöglichkeiten, in: Informationen des Instituts für Raumforschung, 1958, S. 29ff.
Isenberg, G., Tragfähigkeit und Wirtschaftsstruktur, Bremen-Horn 1953.
Jantke, C., Bergmann und Zeche, Tübingen 1953.
Jansen, E., Regionale Lohnunterschiede und Standortwahl, in: Raumforschung und Raumordnung, 15. Jg., 1957, S. 181ff.
Kanod/Pirath, Grundlagen für die Neureglung der kommunalen Grenzen im Ruhrgebiet, Berlin 1928.
Kayser, Th., Der Steinkohlenbergbau in wirtschaftspolitischer Sicht, Essen 1957.
Kraus, Die Notlage von Selm, Lüdinghausen 1936.
Klimberg, H., Die Zuordnung des Handwerks in bergbaubestimmten Siedlungen des Vestes Recklinghausen, Münster 1954 (Diss.).
Köhler, J., Vorschläge zur Reform der Gemeindefinanzen, München 1960.
Lehmkühler, M., Die wirtschaftliche Entwicklung des Kreises Lüdinghausen seit 1800, Recklinghausen 1948.
Lenort, M. L., Kommunale Steuer- und Siedlungsstruktur, in: Neue Heimat, Mai 1959, S. 20ff.
Levy, W. J., Lage und Entwicklungstendenzen des Weltölmarktes in ihren Auswirkungen auf die Energiepolitik Westeuropas, insbesondere der Bundesrepublik, Bergisch-Gladbach 1961.
Meister, A. (ed.), Die Grafschaft Mark, Dortmund 1909, 2. Bd.
Mitteilungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Essen 1960, S. 21ff. (Arbeitsproduktivität und Betriebsgrößenstruktur im Steinkohlenbergbau des Ruhrgebietes. – Überlegungen zur Frage der Zechenstillegungen.).
Neuhaus, Fr., Zechenstillegungen im Südrandbezirk des Ruhrgebietes, Bochum 1938 (Kölner Diss.).
Niederschriften über die Sitzungen der Vollversammlung des Reichskohlenrates (der Jahre 1927–1934).

Petz, Die subjektiven und objektiven Abkehrgründe im Kohlenbergbau, in: Bundesarbeitsblatt 1957, S. 721ff.

Pfeil, E., Die Wohnwünsche der Bergarbeiter, Tübingen 1954.

Pradel, S., Grundlagen eines industriellen Entwicklungsplanes für das Land Nordrhein-Westfalen, Münster 1960 (Manuskr.).

Predöhl, A., Verkehrspolitik, Göttingen 1958.

Reckers/Schulz, Die Bevölkerung in den Gemeinden Westfalens 1818–1950, Dortmund 1952.

Rupieper, H., Kohlenpreise und Bergarbeiterlöhne im westdeutschen Steinkohlenbergbau, Stuttgart 1958.

Schlüter, H., Fluktuation, in: Arbeit und Sozialpolitik 1958, S. 151ff.

Schnaas, H., Zur Diskussion um die Strukturverbesserung im Ruhrgebiet; in: Bundesarbeitsblatt, März 1961, S. 139ff.

Schnaas, H., Raumordnung und Arbeitsmarkt, in: Bundesarbeitsblatt 1960, S. 464.

Schriftenreihe des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen: Vorschläge zur Strukturverbesserung förderungsbedürftiger Gebiete, Düsseldorf 1960 (Landesplanungsbehörde, Heft 14).

Seraphim, H. J. (ed.), Das Vest, ein dynamischer Wirtschaftsraum, Recklinghausen 1955.

Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk: Atlas, Essen 1960.

Spethmann, H., Die geschichtliche Entwicklung des Ruhrbergbaus um Witten und Langendreer, Gelsenkirchen 1937.

Staatsarchiv Münster, Oberbergamt B, Gr. 119 (mehrere Akten-Nr.), Oberbergamt B, Gr. 2, Nr. 65, Krs. Lüdinghausen, 1. Landratsamt (mehrere Akten-Nr.); Krs. Lüdinghausen, 2. Kreisausschuß, Nr. 16.

Steinberg, W. (ed.), Wohnstätten an Rhein und Ruhr, Düsseldorf 1958.

Steiner, H., Die regionale Lohndifferenzierung als Faktor industrieller Standortwahl, in: Raumforschung und Raumordnung, 15. Jg., 1957, S. 185ff.

Thalheim, K. C., Marktkonforme Mittel der Raumordnung, in: Raumforschung und Raumordnung, 12. Jg., 1954, S. 193ff.

Thalheim, K. C., Aufriß einer volkswirtschaftlichen Strukturlehre, in: Zeitschrift f. d. ges. Staatswiss., 99. Bd., 1939, S. 465f.

Verein bergbaulicher Interessen: Wirtschaftszahlen aus dem Ruhrbergbau, Essen 1928.

Verwaltungsberichte der Städte Bottrop, Selm und Witten.

Vogel, I., Bottrop (Eine Bergbaustadt in der Emscherzone des Ruhrgebietes), Remagen 1959.

Weber, A., Über den Standort der Industrien, Tübingen 1922.

Weber, A., Industrielle Standortslehre, Tübingen 1923 (in JdS Abt. VI).

Wedekind, E., Die Rationalisierung im Ruhrgebiet und ihre ökonomischen und sozialen Auswirkungen, Düren 1930 (Kölner Diss.).

Werdermann, E., Die sozialen Hilfen für den Bergmann, in: Bundesanzeiger 1959, Nr. 241.

Wilhelm, Die Entwicklung des Ruhrbergbaus und seiner Behörden unter besonderer Berücksichtigung des Wittener Bezirks (Manuskr.).

Wöber, H., Die raumordnungspolitische Bedeutung der Gewerbesteuer, Bad Godesberg 1958.

Wronski, B., Regionale Lohnunterschiede und Industriestandort, Bad Godesberg 1965.

Zweifel, F., Förderung und Lenkung industrieller Produktion durch steuerpolitische Maßnahmen, Bern 1948.

STADT WITTEN

Maßstab 1:20000

1000 500 0 500 1000 1500 2000 m

Bearbeitet nach Unterlagen des Stadtvermessungsamtes
Druck und Verlag: Willy Gröβchen, Dortmund

Zeichenerklärung: Straßenbahnlinien Omnibuslinien P Parkplätze

Lithographie u. Druck Willy Gröβchen Dortmund

Tab. I/2 *Die Zechen im Wittener Raum*

Anzahl der angelegten Bergleute (ohne Kleinstzechen und Stollen)

○ = Betriebsbeginn
— = unbekannt
+ = Stillegung

Zeche	1885	1893	1898	1903	1908	1913	1922	1924
Ver. Louisenglück	(+ 1885)	30	30	(+ 1903)[1]				
Helene/Nachtigall		590[3]	(+ 1896)				(+ 1924)	8[3] (+ 1925)
Bommerb. Tiefbau	449	537	655	520	(+ 1906)			
Schöne Aussicht		11	–	(+ 1902)				
Ver. Wallfisch	–	190						
Ver. Hamburg[2]	–	998	2686	3116	2484	2669	3031	1390 (+)
Ver. Franziska Tiefbau[2]	–	815						
Ringeltaube		550						
Bergmann	(— 1892)	30	101	195	151	137	579[4]	
Ver. Wiendahlsbank	304	465	722	840	1254	1312	2073	1097 (+)
Vincenz Borbanktal						(— 1918)	213	61 (+)
						(— 1913)	–	30 (+ 1930)

[1] 1885 stillgelegt, nach einigen Jahren als Stollen mit 30 Mann weitergeführt.
[2] Zu Ver. Hamburg gehörten die früher selbständigen Gewerkschaften:
a) Friedrichsfeld, b) Christiane, c) Hoffnung, d) Ardey und später e) Wallfisch;
zu Ver. Franziska Tiefbau gehörten:
a) Juliane, b) Borbecker Tiefbau, c) Frischauf und später d) Ringeltaube.
[3] Der Schacht Helene wurde bereits 1893 stillgelegt. 1924 wurde der Stollen als »Helene Gertrud« wieder aufgemacht und bereits 1925 wieder geschlossen. In Bommern wurde 1925 der Schacht »Ver. Nachtigall« geöffnet; 3 Jahre später wurden die 30 Mann entlassen.
[4] Firmierte seit 1920 als »Ver. Tannenberg«.

Tab. I|3 Der Arbeitsmarkt in der Stadt Witten von 1920 bis 1928
(—) = unbekannt

Jahr	Erwerbslose	Arbeitsuchende	Offene Stellen	Vermittelte Stellen
1920	196	3 731	1 634	1 037
1921	39	3 063	1 524	1 524
1922	–	3 566	2 076	1 145
1923	9 133	10 160	644[2]	155
	5 601 1. 4.			
1924	2 825 = 1. 8.	–	–	1 544[4]
	3 261 1. 9.			
	1 564 = 1. 4.			
1925	877 = 1. 8.	–	–[3]	2 881
	3 008 = 1. 4.			
1926	2 605 = 1. 9.	2 247	–	4 921
	1 259 = 1. 4.			
1927	472 = 1. 9.	1 110	–	2 702
	765 = 1. 4.			
1928	620 = 1. 9.	1 335	–	2 808

[1] Davon 1264 Bergleute.
[2] Davon im Bergbau nur 1.
[3] Die Vermittlung der besten Stellen erfolgt »unter der Hand«.
[4] 431 Bergleute und 435 Metallarbeiter (alle nach auswärts).

Quelle: Verwaltungsberichte der Stadt Witten 1920–1928.

Nordkirchen
Capelle
Südkirchen
OLFEN
Selm
Bork
DATTELN
WALTROP
LÜNEN
Alstedde
Nordlünen
Altlünen
Kol. Zeche Waltrop
Kol. Zeche Hermann
Capperberg
Lippholthausen

Tab. II/2 Belegschaft, Produktion, Wohnungen und Kurswert der Kuxe der Gewerkschaft »Hermann«, Selm

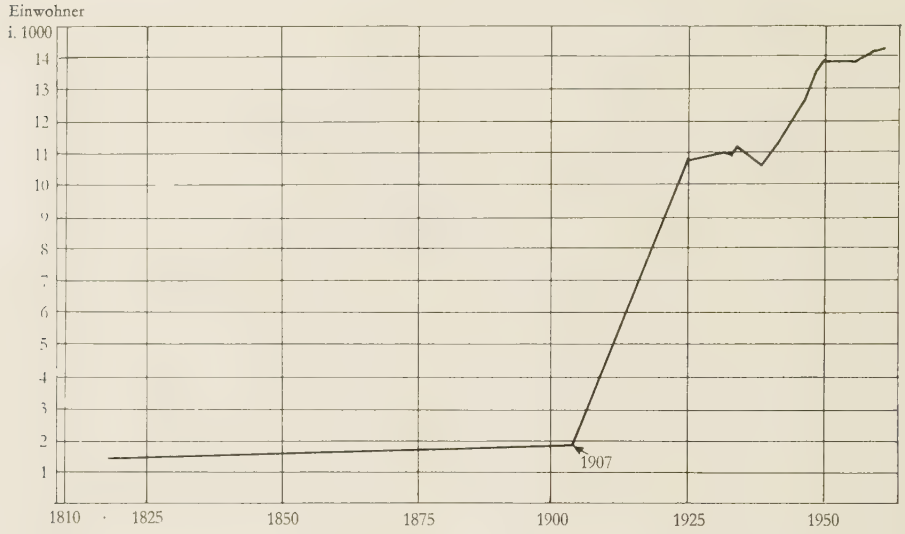
	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913	1921	1922	1923	1924	1925	1926
Belegschaft	139	383	449	755	1 148	1 630	2 168	3 431	3 436	3 569	3 280	3 203	2 800
Förderung, Kohle (in 1 000 t)							455	446	475	454	443	529	281
Erzeugung, Koks (in 1 000 t)							160	212	262	280	206		
Wohnungen	3	14	111	414	670	927	–	–	–	1 456	1 456[1]		
Kuxe (Kurswert in M bzw. RM)	2 375	4 200	4 000	5 200	4 850	5 325	5 050	–	–	–	2 600		
Einwohner, Selm	1 700						8 000						11 634

[1] Einschließlich 327 Wohnungen der Bergmannssiedlung.

Beteiligung: Kohle 1 Mio. t
(Quote) Koks 0,3 Mio. t

Quelle: Jahrbuch für den Oberbergamtsbezirk Dortmund 1905–1928.

Tab. II|3 Selm : Bevölkerungsentwicklung und Zechengründung, 1810-1960



Karte III/1 Bochum, Stadtgebiet und Stadtbezirke

Tab. III/2 Bochums Wirtschaftsstruktur von 1939 bis 1961 in Beschäftigten (jeweils am 30. 9. des Jahres)[1]

Lfd. Nr.		1939	1950	1952	1954	1956	1957	1958	1959	1960	März 1961
1	I. Landwirtschaft	1 169	1 066	1 035	1 091	1 080	1 182	1 224	1 400	1 107	1 071
2	II. Industrie	83 591	75 155	83 484	88 751	95 055	99 843	97 405	93 956	92 074	91 556
3	davon										
	1. Bergbau, Energie, Steine[2]	29 366	35 765	37 208	37 859	38 694	39 741	37 615	33 539	29 748	29 628
4	2. Eisenerzeugung- und -verarbeitung	39 138	23 282	26 196	27 347	32 837	35 206	35 403	34 990	37 605	37 937
5	3/4. Sonstige verarbeitende Industrie	8 132	7 643	8 233	8 793	9 234	9 524	9 426	9 995	10 328	10 105
6	5. Baugewerbe	6 905	9 465	11 847	14 752	15 290	14 372	14 961	15 432	14 393	13 886
7	III. Tertiärer Sektor	43 436	29 503	34 096	38 126	42 273	44 101	45 366	46 811	48 167	48 422
	davon										
8	6. Handel/Geld	11 570	10 458	11 764	14 262	16 628	17 660	18 651	19 003	19 952	20 109
9	7. Dienste	7 470	7 023	5 592	6 278	6 998	7 486	7 420	8 034	8 092	8 177
10	8. Verkehr	8 042	5 747	5 790	5 816	5 765	5 765	5 751	5 741	5 800	5 802
11	9. Öffentliche Dienste[3]	16 354	6 275	10 950	11 770	12 881	13 190	13 544	14 033	14 323	14 334
12	Gesamtbeschäftigung	128 196	106 814	117 962	127 968	139 407	144 126	143 995	142 067	141 348	141 049
13	davon Frauen		20 776	24 481	27 538	32 073	34 527	35 915	37 027	38 720	
14	./. Auspendler[4]		6 236	1 767	1 744	8 871	8 871	8 871	8 871	13 211	13 211
15	+ Einpendler		18 624	13 138	13 511	17 161	17 161	17 161	17 161	17 872	17 872
16	= Arbeitsplätze[5]		113 046	127 606	137 991	147 697	152 416	152 285	150 357	146 009	145 710
17	Arbeitslose[6]		4 504	2 989	5 322	2 541	2 001	2 746	3 315	1 841	1 515
18	davon Bergleute[7]		67	151	268	67	52	64	72	141	30
19	Offene Stellen[8]		1 176	1 565	2 889	3 756	3 331	2 503	1 510	3 317	4 965
20	davon im Bergbau		382	734	498	1 577	1 045	642	218	602	1 148
21	Männliche Lehrstellenvermittlung		3 211	3 559	4 143	3 289	2 860	2 689	2 133	1 836	–
22	davon zum Bergbau		791	1 165	1 236	766	608	524	229	77	90
23	Einwohnerzahl										
	Beschäftigtenquote[9]	308 495	292 583	312 376	335 560	350 718	357 570	361 678	364 243	365 745	

[1] Offene Felder = Zahlen unbekannt.
[2] Einschließlich Steine und Erden und Energie.
[3] 1939 wurden Personen im öffentlichen Dienst nicht gezählt; als Differenzbetrag ermittelt.
[4] Nur gewerbesteuerausgleichspflichtige Ein- und Auspendler; 1950 = alle (Volkszählung), 1952 und 1954 (keine Gemeinde unter 10 AK).

1939	1950	1952	1954	1956	1957	1958	1959	1960	März 1961	Essen 1958	Gelsenkirchen 1958	NRW 1958	BRD 1958
in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
0,9	1,0	0,9	0,9	0,8	0,8	0,8	1,0	0,8	0,8	1,1	0,7	2,3	4,3
65,2	*71,4*	*70,8*	*69,3*	*68,9*	*68,5*	*67,6*	*66,1*	*65,1*	*64,9*	*61,4*	*72,0*	*63,5*	*58,2*
23,0	33,6	31,4	29,6	27,7	27,6	26,1	23,6	21,6	21,0	20,8	33,3	11,1	6,0
30,6	21,5	22,1	21,4	23,5	24,4	24,6	24,6	26,7	26,9	17,2	14,7	22,7	20,2
6,3	7,2	7,0	6,9	6,6	6,6	6,5	7,3	7,3	7,2	11,3	13,6	19,4	21,2
5,3	8,9	9,9	11,5	10,9	9,9	10,3	10,8	10,2	9,8	12,1	10,4	10,3	10,8
33,9	*27,6*	*28,9*	*29,8*	*30,2*	*30,6*	*31,5*	*32,9*	*34,1*	*34,3*	*37,5*	*27,3*	*34,2*	*37,5*
9,0	9,9	9,9	11,1	11,9	12,3	12,9	13,4	14,2	14,3	16,8	11,1	12,4	12,7
5,9	6,6	4,8	4,9	5,2	5,2	5,2	5,6	5,7	5,7	6,7	6,4	7,0	7,1
6,2	5,4	4,8	4,5	4,2	4,0	3,9	4,4	4,1	4,1	5,2	3,0	5,2	6,3
12,8	5,9	9,2	9,2	9,2	9,2	9,4	9,8	10,1	10,2	8,8	6,8	9,6	11,4
100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	19,4	20,8	21,5	23,1	23,9	24,9	26,4	27,4					
	5,8	1,5	1,4	6,4	6,2	6,1	6,2	9,3	9,4				
	17,4	11,2	10,6	12,3	11,9	11,9	12,1	12,6	12,7				
	–	–	–	–	–	–	–	–	–				
	4,2	2,5	4,1	1,8	1,4	1,9	2,3	1,3	1,1				
	1,4	5,0	5,1	2,6	2,6	2,3	2,2	0,8	1,9				
	1,0	1,2	2,9	2,5	2,2	1,6	1,0	2,2	3,4				
	32,5	46,7	17,2	44,7	31,3	25,6	14,4	18,1	23,9				
	–	–	–	–	–	–	–	–	–				
	24,6	32,7	29,9	23,4	21,3	19,5	10,7	4,2	–				
	36,5	37,8	38,1	39,8	40,3	39,8	39,6	38,6					

[5] Arbeitsplätze für Arbeitnehmer (mit Ausnahme von 1950, wo Erwerbspersonen erfaßt sind).
[6] Jeweils am 30. 6. des Jahres.
[7] In % der gesamten Arbeitslosen.
[8] Jeweils am 30. 6. des Jahres; Prozentzahlen in Arbeitsplätzen.
[9] Beschäftigte der Einwohner.

Tab. III/3 Industriebeschäftigte in Bochum

	1956	1957	1958	1959	1960
Bergbau	44 024	44 176	41 562	37 632	32 557
Chemie	710	763	934	732	713
Steine/Erden	1 429	1 421	1 315	1 425	1 476
Eisenerzeugung	23 007	24 511	22 945	21 928	23 577
Stahlbau	1 438	1 971	1 904	1 960	1 732
Maschinen/Fahrzeuge	7 438	7 475	7 693	7 349	7 623
Elektro/Optik	2 400	2 444	3 984	4 108	5 225
Stahlverformung	1 287	1 314	1 224	1 183	1 309
Papier/Druck	974	917	913	940	916
Leder	273	283	268	256	61
Textil/Bekleidung	1 400	1 362	1 405	1 290	1 311
Nahrung/Genußmittel	1 309	1 410	1 418	1 474	1 512
Gesamt-Industrie	86 966	88 567	85 892	80 927	78 933
Industriebeschäftigte in %	25,2	25,0	23,8	22,2	21,6

Quelle: Beiträge zur Statistik des Landes NRW, Heft 91, S. 35, Heft 112, S. 40.

Tab. III/4 Belegschaft der Bochumer Zechen von 1880 bis 1960

Zeche[1]	1880	1913	1921	1929	1955	1958	1960	Bemerkungen
Hasenwinkel, Dahlhausen	902	1 366	981	(1923 stillgel.)				
Verlorener Sohn, Linden	–	89	774	(1925) stillgel.)				
Gerda Maria, Weitmar	–	–	(1922 abgeteuft, 30 Arbeitsplätze)	(1925 stillgel.)				
Ver. Gibraltar, Stiepel, Erbstollen	–	(1919 Betrieb wieder aufgenommen)	437	(1925 stillgel.)				
Constanze, Langendreer	–	(1919 abgeteuft)	247 (1926 = 683)	(1928 stillgel.)				
General, Weitmar	613	948	1 318	(1928 stillgel.)				
Alte Steinkuhle, Bochum	–	(1912 abgeteuft)	182	(1928 stillgel.)				
Caroline, Langendreer	304	1 167	2 051					in R. Müser
Constantin X, Bochum	–	–	1 780	(1928 stillgel.)				Zahlen in Constantin d. Große enthalten
Friedl. Nachbar, Linden	318 (331 bei Baaker Mulde)	2 316	2 183	1 154	1 957	1 785	1 272	1932 (für 2 Jahre) und 1961 stillgelegt
Dannenbaum, Laer	908	2 889	2 817	1 147	1 482	1 270		seit 1958 zu Prinz-Regent; 1960 stillgelegt
Carl. Fr. Erbstollen, Weitmar	–	1 285	1 356	(seit 1924 zu Prinz-Regent				
Prinz-Regent, Weitmar	554 (343 = Friederica)	3 193	3 759	2 655	3 813	3 298	502	1960 stillgelegt
Engelsburg, Bochum	302	2 121	2 783	2 548	2 248	2 013	1 175	1961 stillgelegt
Bruchstraße, Langendreer	428	3 062	3 055	2 551	2 783	2 487	1 683	1962 stillgelegt
Carolinenglück, Hamm	461	2 209	2 833	2 759	2 566	2 466	2 018	
Amalia, Harpen	–	1 163	1 446					
Prinz von Preußen, Harpen	304	(in Caroline enthalten)	(seit 1921 Caroline angegliedert)	R. Müser 4 019	R. Müser 7 034	6 794	R. Müser 5 455	
Heinrich Gustav, Harpen	419	1 640	2 051					
Vollmond, Harpen	466	1 166	1 359					seit 1926 zu Heinrich Gustav
Siebenplaneten, Harpen	206	1 362	1 738	929				
Neu-Iserlohn I, Werne	–	1 314	1 974	2 009				mit Neu-Iserlohn II
Hannover, Hordel	1 689	4 360	5 140	4 577	2 991	2 947	2 577	Förderkonzentration von Hannibal u. Königsgr.
Hannibal, Hofstede	570	3 530	3 997	2 890	1 945	1 833	1 625	
Constantin d. Gr., Hofstede	1 006	6 439 (6 Schächte)	9 172	8 472	5 343	4 752	2 136	
Lothringen, Gerthe	148	4 098	4 243	4 326	4 100	4 365	3 837	Verbund mit Gr. Schwerin
Präsident, Bochum	1 059	1 277	3 329	2 393	(1945 stillgel.)			
Mansfeld, Langendreer	656	2 091	2 505	4 032	2 825	2 795	2 170	
Ver. Dahlh. Tiefb., Dahlhausen	260	1 430	1 755	1 384	1 520	1 643	1 029	
Flora, Weitmar	–	(1920 abgeteuft)	11	(1926 stillgel.)	257	169	160	
Lieselotte, Querenburg	–	–	–	–	112	14 (1958 stillgel.)		
Neuruhrort, Dahlhausen	–	–	25 (1921 stillgel.)	–	184	190		1960 stillgelegt
Insgesamt Zechenarbeitsplätze	11 221	45 303	63 551	47 845	41 160	38 821	25 639	

[1] Auswahlkriterium ist der Betriebssitz
(z. B. wird die Gewerkschaft Klosterbusch nicht berücksichtigt, obwohl die Anlagen sich größtenteils auf Bochumer Gebiet befinden).

Quelle: Jahrbuch für den Oberbergamtsbezirk Dortmund 1880–1929 und Jahrbuch des deutschen Bergbaus 1950–1960.

Tab. III/5 Die Nachwuchslage im Steinkohlenbergbau

Berichtsjahr	Ratsuchende			Ausbildungsstellen			Einmündungen		
	insgesamt	dar. Sp. 2 bergm. Ber.	in % der Sp. 2	insgesamt	dar. Sp. 5 bergm. Ber.	in % der Sp. 5	insgesamt	dar. Sp. 9 bergm. Ber.	in % der Sp. 6
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1954/55	4418	364	8,2	5255	2067	39,3	3704	1041	50,4
1955/56	4119	311	7,6	5123	1850	36,1	3289	766	41,4
1956/57	3783	336	8,9	5221	1849	35,4	2860	608	32,9
1957/58	3718	339	9,1	5003	1727	34,5	2689	524	30,3
1958/59	3382	184	5,4	3877	914	23,6	2133	229	25,1

Quelle: Arbeitsamt Bochum.

Tab. III/6 Das Absinken des Bergbaues in Bochum

	Arbeitsplätze im Arbeitsamtsbezirk	Beschäftigte im Bochumer Bergbau	Arbeiter (Industriebericht)	Änderungsrate	Offene Stellen im Bergbau	Arbeitslose Bergleute	Vermittlungen im Bergbau	Monatlicher Umsatz in Mio. DM	Monatliche Löhne und Gehälter in Mio. DM
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Sept. 1957	50 607	35 997	39 332		1 926	61	595	–	–
Dez. 1957	50 544	–	38 938		1 025	45	364	54,8	24,9
März 1958	49 722	35 606	38 207		666	128	277	42,1	23,4
Sept. 1958	48 368	34 801	36 885		489	53	250	47,8	22,2
Dez. 1958	47 507	–	36 132		–	171	59	51,3	26,2
März 1959	46 176	32 988	36 512		110	323	135	41,7	21,2
Sept. 1959	42 244	30 820	33 219		350	56	93	45,4	22,2
Dez. 1959	40 198	–	31 735		291	58	36	55,8	24,0
März 1960	37 433	29 032	30 865		386	181	154	47,0	20,0
Sept. 1960	35 088	26 861	28 437		1 133	193	102	44,0	19,2
Dez. 1960	34 323	–	28 040		969	46	207	55,4	25,8
März 1961	34 716	26 827			1 148	30	157		

Quelle: Arbeitsamt Bochum und Monatsberichte des Statistischen Amtes der Stadt Bochum.

Tab. III|7 Fluktuation und Altersgliederung der Bochumer Zechen

Zechengruppe[1]	Jahr	Belegschaft insgesamt (Juni)	Schichtleistung in kg (Dez.)	Halden bestand in 1 000 t (Dez.)	Zugang[2]	Abgang				Altersgliederung der Arbeiter in %					
						insgesamt[3]	Kündigung in % durch Werk	Kündigung in % durch Arbeiter	Kontraktbruch in %	unter 18	18–25	26–30	31–35	36–45	über 46
BBAG	1957	15 007	1 248	0,9	4 169	4 217	3,6	29,2	50,4	8,2	25,6	14,1	9,8	14,1	28,2
	1958	14 120	1 418	292	1 658	3 170	12,4	24,4	35,8	6,9	23,5	13,8	10,7	14,7	30,4
	1959	12 058	1 785	306	303	3 397	43,2	19,6	17,4	5,6	22,0	14,3	12,7	15,1	30,1
	1960	7 730	2 013	180	597	3 911	14,3	35,2	14,8	3,6	14,6	12,8	12,7	18,2	38,1
Sonstige Zechen	1957	25 625	1 462	12	5 903	5 969	5,5	26,6	30,4	6,7	20,7	13,1	10,6	15,2	33,7
	1958	25 603	1 501	233	5 165	6 183	12,6	20,4	31,7	6,1	21,5	12,5	10,7	15,5	33,7
	1959	23 565	1 811	464	2 688	5 198	21,3	22,9	17,4	5,4	19,4	11,9	12,6	16,7	34,0
	1960	20 740	1 970	36	2 679	4 144	6,5	32,9	27,4	4,7	15,9	11,4	13,6	18,7	35,7
♂ Ruhr	1960	407 024	2 104	4 401	16 557[5]	51 126[5]	–	–	–	4,9	17,5	13,1	14,9	19,0	30,6
	1927									13,1[4]	21,2	19,4	12,1	20,1	41,1

[1] BBAG mit Carolinenglück; sonstige Zahlen ohne Klosterbusch.
[2] Zechenmäßig erfaßt, daher Doppelzahlungen bei Zechenfluktuationen innerhalb Bochums.
[3] Einschließlich Verlegung.
[4] Bis 20 Jahre.
[5] Ohne Verlegung und Zechenfluktuation.

Tab. III/8 Stillegung Prinz-Regent

1. Belegschaftsstand am 10. 12. 1959:

2222	Arbeiter unter Tage
604	Arbeiter über Tage
168	techn. Angestellte
60	kaufm. Angestellte
3054	Gesamtbeschäftigte

2. 708 Arbeiter nicht verlegungsfähig
(über 50 bzw. 55 Jahre alt) = 17%
2346 Arbeiter kämen für eine Verlegung in Frage = 83%

3. Abkehr durch »Ankündigungseffekt«:

Dez. 1959	70 Arbeiter
Jan. 1960	230 Arbeiter

4. *Verlegung* (Arbeiter)

a)	zur Rhein/Elbe	724 Arbeiter, davon 248 abgekehrt = 34,2%
b)	zur Dortberg	372 Arbeiter, davon 125 abgekehrt = 33,6%
c)	zur BBAG	94 Arbeiter, davon 17 abgekehrt = 18,0%
d)	zum neuen Kraftwerk	203 Arbeiter, davon 2 abgekehrt = 1,7%
	Insgesamt	1393 Arbeiter, davon 392 abgekehrt = 28,1%

5. *Verlegung* (Angestellte)

a)	von 228 Angestellten wurden	102 = 44,7% verlegt,
	davon abgekehrt	0 = 0 %
b)	zuvor	93 = 40,8% abgekehrt
c)	noch bei der BBAG	33 = 14,5%

Tab. III/9 Schachtanlage Friedlicher Nachbar

Abgänge der Grubenbelegschaft
in der Zeit vom 1. 1. bis 31. 12. 1960

Arbeitergrad

Berglehrlinge	1
Knappen	20
Schlepper	8
Gedingeschlepper	15
Lehrhauer	70
Hauer	68
Aufsichtshauer, Lehrsteiger	6
Wettermann	1
Zimmerhauer	2
Ausbauhelfer, Pumpenwärter, Bahnreiniger	8
Bremser, Anschläger	3
Schlosser, Elektriker	18
Masch., Elektrohauer	3
Zusammen:	223

Altersgruppen

16–17	4
18–20	35
21–25	32
26–30	48
31–35	40
36–40	32
41–45	10
46–50	6
51–55	7
56–60	8
61–65	1
Zusammen:	223

Zechenseitig entlassen	8
Eigene Kündigung	134
Kontraktbruch	55
+ Sonstige Gründe	26
Zusammen:	223

+ einschl. 8 Invaliden

Tab. III/10 Verlegung der Zeche Friedlicher Nachbar
(1. 1.–8. 4. 1961)

Untertagebelegschaft

am 4. letzten Arbeitstag		
im Dezember 1960	926	
am 8. April 1961	187	(weiterer Abbau bis auf etwa 100)
Gesamtabgang:	739	

Nach Zollverein verlegt:

am 15. Januar 1961	69	
am 23. Januar 1961	75	
Ende Januar 1961	10	
am 6. Februar 1961	126	
am 16. Februar 1961	16	
am 13. Februar 1961	74	
vom 19. bis 22. Februar 1961	5	
am 6. März 1961	55	
am 4. April 1961	13	
	443	= 60% von 739
Zur Schachtanlage Holland	5	(GBAG)
Innerhalb der BBAG	11	
	459	= 62% von 739

Nach Angaben der Leute:

Zu Zechen fremder Bergbaugesellschaften	43	= 5,8%
Zur Henrichshütte (21) und Bochumer Verein (8)	29	214 = rd. 30%
Zu verschiedenen Firmen in Linden und Hattingen	17	
In andere Berufe außerhalb des Wohnbezirks	22	
Unbekannte Berufsabsichten	146	(davon 113 zechenseitige Kündigung)
Wegen Alters	8	
	724	
In den Tagesbetrieb verlegt	15	
	739	

Übertagebelegschaft:

am 4. letzten Arbeitstag		
im Dezember 1960	244	
am 8. April 1961	180	(weiterer Abbau bis auf etwa 70 Mann)
Gesamtabgang:	64	
Davon zur Schachtanlage Zollverein	29	

Tab. III/11 Stillgelegte Kleinzechen in Bochum

Lfd. Nr.	Name	Stadtteil	Belegschaft	Datum der Stillegung
1	Burkhardt	Querenburg	17	Oktober 1957
2	Steinkuhl	Querenburg	19	Oktober 1957
3	Else	Querenburg	15	Ende 1957
4	Glücksburg	Lottental	71	Ende 1957
5	Markgraf	Querenburg	48	Anfang 1958
6	Walter III	Querenburg	20	April 1958
7	Lieselotte	Querenburg	113	Dezember 1958
8	Felsenhorst	Querenburg	8	Ende 1958
9	Ruth	Langendreer	3	1958
10	Hannert	Stiepel	41	Januar 1959
11	Emma-Glück	Stiepel	116	Februar 1959
12	Thorbrügge	Dahlhausen	31	Februar 1959
13	Rauendahl	Sundern	18	Februar 1959
14	Anna-Katharina	Weitmar	24	Juli 1959
15	Morgensonne	Langendreer	8	– 1959
16	Ida 1/3	Querenburg	22	Oktober 1959
17	Glocke	Dahlhausen	3	Anfang 1960
18	Ernst Johann I	Stiepel	25	Anfang 1960
19	Bellenkamp	Querenburg	13	Juli 1960
20	Sundern	Sundern	19	Mitte 1960
21	Neuruhrort	Dahlhausen	160	Anfang 1960
22	Elisa	Weitmar	14	April 1961

Insgesamt 808

Tab. III/12 Verbleib der Abkehrer
(nach Sondererhebung vom 1. 10. 1957 bis 31. 3. 1960)

1846 Rentner (und natürlicher Abgang)
1712 unbekannter Verbleib
89 freiwillig zur Bundeswehr
2293 andere Wirtschaftszweige

5940

Beschäftigt in:	Zahl der Abkehrer	davon Auspendler	
		absolut	in %
Landwirtschaft	37	4	1,6
Bergbau	116	24	5,1
Eisenerzeugung, Metallverarbeitung	1010	595	44,0
Sonstiges verarbeitendes Gewerbe	304	218	63,3
Baugewerbe	583	106	24,4
Handel/Geld	104	18	4,5
Dienstleistungen	20	2	1,9
Verkehr	66	10	2,9
Öffentliche Dienste	53	12	2,3
Insgesamt	2293	989	43,1

Nicht enthalten: Verlegungen der BBAG.
1100 im Bergbau verbleibende Bergleute pendeln nach Bochum ein.

Quelle: Arbeitsamt Bochum.

Tab. III/13 Regionaler Arbeitsmarktausgleich – nur Bochum

Monat Jahr	Von Bochum nach auswärts gehende Kräfte			Von auswärts nach Bochum kommende Kräfte		
	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt
1959						
Januar	51	5	56	84	29	113
Februar	40	12	52	85	45	130
März	31	3	34	92	18	110
April	73	15	88	139	55	194
Mai	102	12	114	122	31	153
Juni	179	5	184	110	34	144
Juli	58	20	78	111	19	130
August	188	69	257	116	167	283
September	196	13	209	123	111	234
Oktober	139	22	161	117	102	219
November	143	62	205	98	35	133
Dezember	95	51	146	44	24	68
1959	1295	289	1584	1241	670	1811
1960						
Januar	114	100	214	61	22	83
Februar	213	87	300	90	36	126
März	192	86	278	122	96	218
April	139	29	168	128	57	185
Mai	177	43	220	127	37	164
Juni	120	44	164	132	205	337
Juli	133	57	190	143	184	327
August	52	62	114	149	176	325
September	60	39	99	127	58	185
Oktober	91	46	137	147	37	184
November	62	43	105	148	31	179
Dezember	32	11	43	126	26	152
1960	1385	647	2032	1500	965	2465

Quelle: Arbeitsamt Bochum.

Tab. III/14 Bergbauabkehrer, die vom 1. 7. 1959 bis 15. 2. 1961 bei einem Werk der Stahlindustrie eingestellt wurden
(gesondert nach Herkunftszechen)

	Insgesamt eingestellte Bergleute	davon verheiratet	in %	durchschnittliches Alter in Jahren[1]	davon Fachkräfte für Bergbau	in %	davon gelernte Bergleute und Handwerker[2]	in %	noch in einer Zechenwohnung[3]	in %	∅ jetzige Wegzeit in Minuten	∅ Bergbauzugehörigkeit
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Prinz Regent/ Dannenbaum	158	95	60	25,5	154	97	130	82	67	42	25	6,8
Engelsburg	52	37	71	29,0	45	86	23	44	21	40	20	8,1
Friedlicher Nachbar	21	17	80	29,1	21	100	7	33	14	67	35	7,5
Bruchstraße	2	1	–	25,0	2	–	1	–	0	–	25	8,0
Kleinzechen	20	14	70	28,5	19	95	9	45	4	20	27	9,2
Andere Bochumer Schachtanlagen	112	54	47	26,3	107	94	74	65	24	21	30	8,3
Alle Bochumer Schachtanlagen	365	218	60	26,9	348	95	244	66	130	35	27	7,7
Wattenscheider Schachtanlagen	66	24	36	24,4	60	91	53	80	6	9	30	7,7
Sonstige auswärtigen Schachtanlagen	81	35	43	25,3	71	87	50	61	17	20	40	7,0
Alle Schachtanlagen	512	277	54	26,3	479	94	347	68	143	28	29	7,6

[1] Die Werte streuen kaum.
[2] Zumeist angelernte Bergleute, die sich selber als Bergleute einstufen, soweit sie auf der Zeche ihren Beruf ausüben.
[3] Enthalten sind einige ledige Bergleute, die entweder in Heimen oder bei ihren Eltern in Zechenwohnungen wohnen. Hier ist die Gebundenheit durch die Werkswohnung nicht so groß.

Tab. III/15 Neueingestellte Bergleute im Baugewerbe vom 1. 1. 1959 bis 1. 7. 1960

Alter in Jahren	Familienstand	Zechenwohnung	Tätigkeit im Bergbau	Tätigkeit im Baugewerbe	Aus dem Betrieb ausgeschieden	Abkehrgrund	Bemerkungen
39	verh. 2 K.	–	–	Einschaler	–	–	–
29	verh. 3 K.	–	–	Hilfsarbeiter	–	–	–
32	verh. 6 K.	–	–	Hochbauhelfer	31. 12. 1960	Lohn	Bergbau
22	verh. 1 K.	–	–	Hilfsarbeiter	1. 7. 1959	–	–
30	verh. 2 K.	–	–	Hochbauhelfer	31. 3. 1960	Lohn	Bergbau
24	ledig	–	–	Hilfsarbeiter	11. 8. 1960	–	–
29	verh. 2 K.	–	–	Hilfsarbeiter	25. 4. 1960	–	–
25	ledig	–	–	Hilfsarbeiter	12. 3. 1960	–	–
18	verh.	–	–	Hilfsarbeiter	9. 2. 1960	–	–
22	verh. 1 K.	–	–	Hilfsarbeiter	29. 1. 1960	–	–
25	verh.	–	–	Schlosser	–	–	–
31	ledig	–	–	Maurer	16. 2. 1961	–	–
22	ledig	–	–	Maurer	31. 8. 1960	–	–
17	ledig	–	–	Hilfsarbeiter	–	–	–
30	verh. 3 K.	–	–	Hochbauhelfer	–	–	–
27	ledig	–	–	Hilfsarbeiter	24. 3. 1960	–	–
38	verh. 3 K.	–	–	Hilfsarbeiter	20. 2. 1961	–	–
34	verh. 10 K.	–	–	Hilfsarbeiter	15. 1. 1961	–	Bergbau
31	verh. 4 K.	–	–	Maurer	–	–	–
19	ledig	–	Arbeiter	Hilfsarbeiter	–	–	–
36	verh.	ja	–	Hilfsarbeiter	16. 4. 1960	–	–
43	verh.	ja	–	Hilfsarbeiter	24. 12. 1960	–	–
–	verh.	ja	–	Hilfsarbeiter	31. 5. 1960	–	–
–	verh.	ja	–	Hilfsarbeiter	5. 11. 1960	–	–

Tab. III/16 Wohnungsbestand des Bochumer Bergbaues

	Belegschaft			Wohnungsbestand			Wohnungssuchende	Gliederung des Wohnungsbestandes 1960			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
	1957	1960	verheiratet in %	1945	1957	1960	1960	werkseigen	werksverbunden	Eigenheime mit 7c	sonstige Eigenheime
BBAG	15 679	11 616[1]	rd. 75	3 204	8 504	9 998	–	596	6 054	1 706	1 642
Andere Zechen	30 191	23 324	82	12 609[2]	17 708	19 310	1 182	11 857	3 997	3 173	283

Wohnungslage, Fußweg (in %)			Wohnungsbelegung				Abkehrer mit Werkswohnung			
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
unter 20 min	20–30 min	über 30 min	aktive Bergleute	Witwen, Waisen	Bergbaufremde, Stahlindustrie	andere Bergbaufremde	insgesamt	noch wohnen ungekündigt	noch wohnen gekündigt	geräumt
80	12	8	4 543	2 483	629	2 343[4]	–	–	–	–
65	28	7	12 584	4 960	—[3]	6 379	2 081	1 495	363	267

[1] Von den stillgelegten Zechen die letzte Jahreszahl.
[2] Von einer Anlage geschätzt.
[3] Angaben einiger Betriebe fehlen; daher in folgender Spalte zusammengefaßt.
[4] Nach Schätzungen z. Z. noch höher.

Tab. III/17 Industrieansiedlungen in Bochum
(ohne Opel)

Jahr	Zahl der Betriebe	Arbeitsplätze
1948	20	1 235
1949	18	550
1950	22	555
1951	12	570
1952	21	465
1953	18	985
1954	16	200
1955	39	525
1956	23	2 030
1957	16	795
1958	25	1 350
1959	16	225
1960	27	2 800
Insgesamt	271	12 285

Industrieansiedlungen, gegliedert nach Branchen

Branche	Zahl der Betriebe	Arbeitsplätze
0 Landwirtschaft, Gärtnerei	3	45
1 Bergbau, Steine, Erden, Energie	6	175
2 Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung	44	5 835
3/4 Sonstiges verarbeitendes Gewerbe	55	1 690
5 Baugewerbe	29	645
6 Handel/Geld/Versicherung	96	2 560
7 Dienstleistungen	21	780
8 Verkehrswesen	11	110
9 Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	7	85
Insgesamt	271	12 285

Quelle: Amt für Wirtschafts- und Verkehrsförderung der Stadt Bochum.

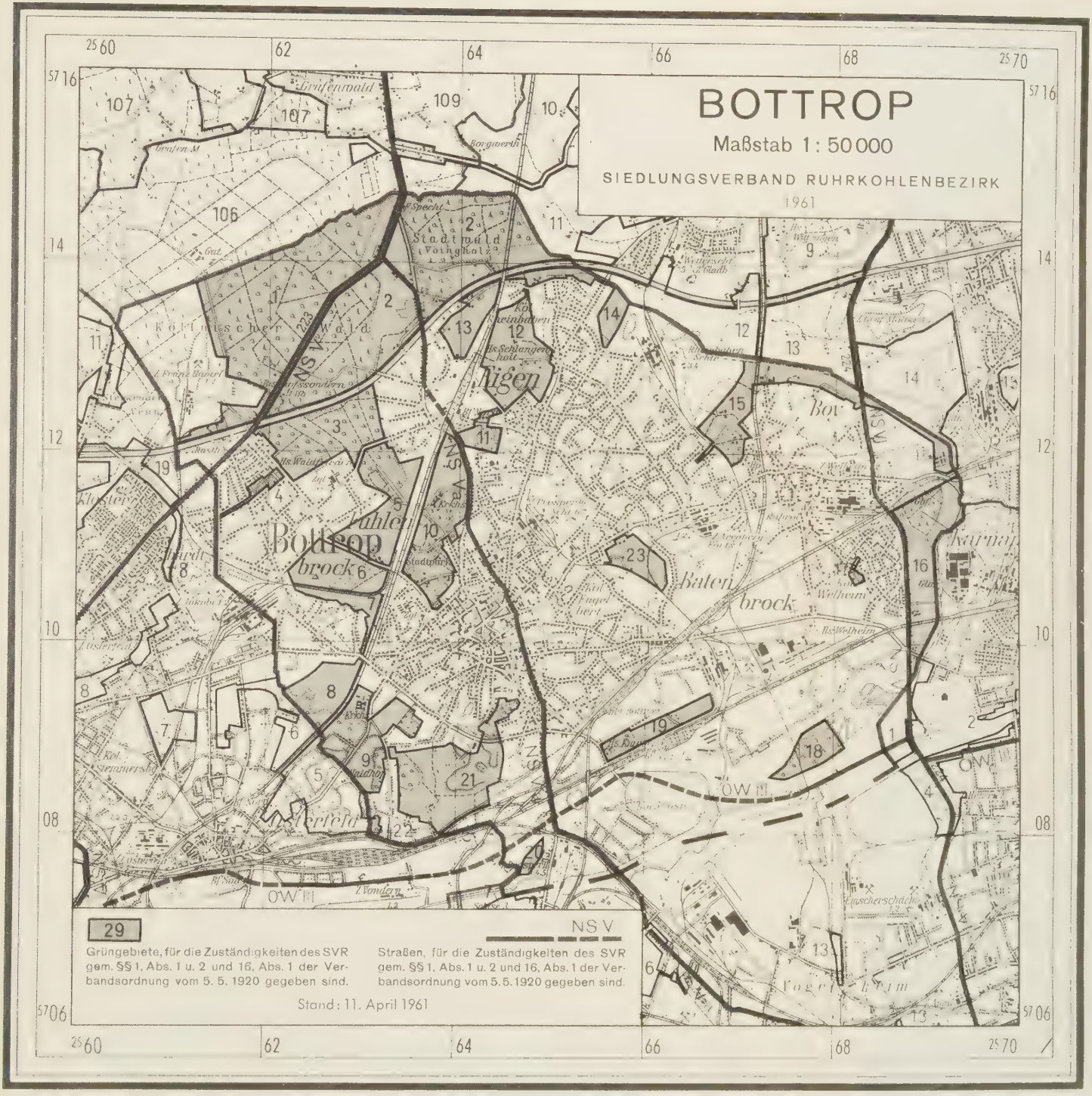
Bochum

HILTROP
BERGEN
GERTHE
RIEMKE
GRUMME
WERNE
HORDEL
HARPEN
ALTSTADT
HAMME
ALTENBOCHUM
WIEMELHAUSEN
LANGENDREER
LAER
QUERENBURG
LINDEN–
DAHLHAUSEN
WEITMAR
STIEPEL
1 2 3km
ZEICHENERKLÄRUNG
VORH. GEPL.
INDUSTRIEFLÄCHEN
ZECHEN, DIE NACH STILLEGUNG EINER BETRIEBSFREMDEN NUTZUNG ZUGEFÜHRT WERDEN SOLLEN
SCHACHTANLAGEN
WOHNFLÄCHEN
FERNVERKEHRSSTRASSEN
HAUPTVERKEHRSSTRASSEN
VERKEHRSSTRASSEN
EISENBAHNEN

Tab. III/19 Der Haushalt der Stadt Bochum von 1950 bis 1960

In den Jahren	1950	1955	1957	1958	1959	1960
Einwohnerzahl	291 590	330 249	346 274	351 231	356 946	361 687
	DM	DM	DM	DM	DM	DM
Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag und dem Gewerbekapital	5 726 699	21 370 262	36 707 274	36 037 846	37 600 214	47 699 055
Lohnsummensteuer	6 186 932	14 581 298	17 147 929	16 376 030	16 229 774	12 640 410
Sonstige Steuern	8 356 246	10 593 879	11 787 460	11 633 955	11 875 767	9 717 703
Zuweisungen	15 116 339	14 069 902	18 012 430	19 092 545	18 611 755	14 699 742
Kapitalmarktmittel – Darlehen –	5 404 958	22 271 200	8 600 000	21 021 617	9 814 300	51 285 600
Gesamteinnahmen o. H.	77 111 667	132 540 725	180 964 720	181 872 502	174 745 331	148 067 706
a. o. H.	8 949 450	33 202 909	24 571 251	43 593 401	36 383 268	81 746 784
Gesamtausgaben o. H.	77 205 995	130 668 056	175 170 701	177 706 956	174 828 964	145 581 946
a. o. H.	8 949 450	31 596 566	24 421 229	43 091 253	35 171 939	81 227 973
Sozialausgaben	3 804 107	5 405 576	6 461 491	9 142 299	10 106 345	8 068 821
Ausgaben für Wirtschaftsförderung – Industrieansiedlung –	–	–	–	–	–	16 334 040
Verschuldung der Stadt (ohne innere Schulden)	10 477 593	81 322 743	93 387 800	99 385 537	107 194 511	126 410 938
Steuerkraftmeßzahlen	10 342 460	20 215 339	25 743 289	31 873 135	36 762 578	40 953 022
Realsteuerkraftzahlen	9 519 855	19 008 894	24 878 493	31 057 149	36 005 554	40 228 985
Hebesatz nach Ertrag und Kapital	240	260	250	245	245	240
Hebesatz nach der Lohnsumme	960	12 000	1 200	1 100		

Quelle: Kämmerei der Stadt Bochum.


BOTTROP
Maßstab 1 : 50 000
SIEDLUNGSVERBAND RUHRKOHLENBEZIRK
1961
Bottrop
Kirchhellen
Batenbrock
Ebel
Vonderort
Stadtwald
Kirchhellener Wald
Grafenwald
Boyer
Vogelheim
29
Grüngebiete, für die Zuständigkeiten des SVR gem. §§ 1, Abs. 1 u. 2 und 16, Abs. 1 der Verbandsordnung vom 5. 5. 1920 gegeben sind.
NSV
Straßen, für die Zuständigkeiten des SVR gem. §§ 1, Abs. 1 u. 2 und 16, Abs. 1 der Verbandsordnung vom 5. 5. 1920 gegeben sind.
Stand: 11. April 1961

Tab. IV|2a *Bottrop : Beschäftigte nach Wirtschaftsabteilungen*
(Stand: September des jeweiligen Jahres)
(absolut)

Lfd.	Wirtschaftsabteilungen	1950	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961[1]
1	Landwirtschaft	235	239	250	279	276	303	288	261
2	Bergbau, Energie	18 437	19 488	19 508	19 252	19 124	18 019	16 600	16 541
3	Metall und Stahl	1 842	2 774	3 087	3 389	3 518	4 012	4 697	5 156
4	Sonstiges Gewerbe	2 839	3 986	4 137	4 381	4 473	4 696	4 868	4 897
5	Baugewerbe	3 061	4 486	4 677	4 592	4 803	4 823	4 571	4 510
6	Sekundärer Sektor	26 179	30 734	31 409	31 614	31 918	31 550	30 736	31 104
7	Handel/Geld	2 262	3 872	4 217	4 531	4 818	5 146	5 495	5 426
8	Verkehr	1 204	1 285	1 332	1 355	1 372	1 366	1 454	1 464
9	Dienste	1 563	2 210	2 236	2 383	2 436	2 585	2 552	2 452
10	Öffentliche Dienste	2 316	2 857	2 960	2 960	3 056	3 199	3 481	3 541
11	Tertiärer Sektor	7 345	10 224	10 745	11 229	11 682	12 296	12 982	12 883
12	Gesamtbeschäftigung	33 759	41 197	42 404	43 086	43 876	44 149	44 006	44 248

[1] März

Tab. IV/2b (relativ)

Lfd. Nr.	Wirtschaftsabteilungen	1950 in %	1955 in %	1956 in %	1957 in %	1957[2] in %	1958 in %	1959 in %	1960 in %	1961 in %	Essen 1958 in %	Gelsenkirchen 1956 in %	NRW 1958 in %	BRD 1958 in %
1	Landwirtschaft	0,7	0,5	0,6	0,6	0,1	0,6	0,7	0,7	0,6	1,1	0,7	2,3	4,3
2	Bergbau, Energie	54,6	47,4	46,0	44,5	62,9	43,6	40,8	37,7	37,4	20,8	33,3	11,1	6,0
3	Metall und Stahl	5,4	6,7	7,3	7,9	3,8	8,0	9,1	10,7	11,7	17,2	14,7	22,7	20,2
4	Sonstiges Gewerbe	8,4	9,7	9,8	10,2	8,2	10,2	10,7	11,0	11,0	11,3	13,6	19,4	21,2
5	Baugewerbe	9,1	10,9	11,0	10,7	10,4	10,9	10,9	10,4	10,2	12,1	10,4	10,3	10,8
6	Sekundärer Sektor	77,5	74,7	74,1	73,4		72,8	71,5	69,8	70,3	61,4	72,0	63,5	58,2
7	Handel/Geld	6,7	9,4	9,9	10,5	6,7	11,0	11,7	12,5	12,3	15,8	11,1	12,4	12,7
8	Dienste	4,6	5,4	5,3	5,5	0,4	5,6	5,8	5,8	5,5	6,7	5,4	7,0	7,1
9	Verkehr	3,6	3,1	3,1	3,1		3,1	3,1	3,3	3,3	5,2	3,0	5,2	6,3
10	Öffentliche Dienste	6,9	6,9	7,0	7,0	7,5	7,0	7,2	7,9	8,0	8,8	6,8	9,6	11,4
11	Tertiärer Sektor	21,8	24,8	25,3	26,0		26,6	27,8	29,5	29,1	37,5	27,3	34,2	37,5
12	Gesamtbeschäftigung	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

[1] März
[2] Nach Arbeitsplätzen (ermittelt nach S-B-Gesetz, also nur Betriebe mit mehr als sieben Beschäftigten).

Tab. IV/2c Bottrop : Beschäftigungskennzahlen

Lfd. Nr.		1950 absolut	1955 absolut	1956 absolut	1957 absolut	1958 absolut	1959 absolut	1960 absolut	1961[1] absolut	1950 in %	1955 in %	1956 in %	1957 in %	1958 in %	1959 in %	1960 in %	1961 in %
1	Gesamtbeschäftigung	33 759	41 197	42 404	43 086	43 876	44 149	44 006	44 248	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1a	davon Frauen	5 540	9 187	9 891	10 464	10 854	11 498	12 135	12 352	16,4	22,3	23,4	24,3	24,7	26,0	27,6	27,9
1b	Auspendler[2]	5 408[6]	5 464	5 464	5 464	5 464	11 451[4]	11 451	11 451	16,0	13,3	12,9	12,7	12,8	25,9	26,0	25,9
1c	Einpendler	1 934	2 375	2 375	2 375	2 375	4 866	4 866	4 866	5,7	5,8	5,6	5,5	5,4	11,1	11,0	11,0
2	Arbeitsplätze[3]	37 233	38 108	39 315	39 997	40 787	37 564	37 421	37 663	–	–	–	–	–	–	–	–
3	Arbeitslose	1 233	1 272	666	623	884	875	826	724	3,7	3,1	1,6	1,4	2,0	2,0	1,9	1,6
3a	davon Bergleute	31		13	23	17	346[5]	209	176	2,5		2,0	3,7	1,9	39,5	25,8	24,3
4	Offene Stellen	309	410	1 063	1 056	681	471	994	1 094		1,1	2,7	2,6	1,7	1,3	2,7	2,9
4a	davon im Bergbau	139		500	470	200	120	490	430	44,9		47,1	44,6	29,3	29,4	49,2	39,3
5	Männliche Lehrstellenvermittlungen						518	433	620								
5a	davon im Bergbau			651[8]			79[7]	65	114						14,7	15,0	18,4
6	Einwohnerzahl Beschäftigtenquote	94 130	105 915	107 266	109 669	112 207	112 829	113 460	113 732	35,9	38,9	39,5	39,3	39,1	39,1	38,8	39,0

[1] März.
[2] Gewerbesteuerausgleichspflichtige Pendler.
[3] Arbeitsplätze für abhängige Arbeitnehmer.
[4] Alle Pendler (nach der Arbeitsamtsstatistik).
[5] Zumeist nicht voll leistungsfähige, grubenuntaugliche Bergleute.
[6] Nach Volks- und Berufszählung.
[7] ∅ von 1952 bis 1958.
[8] Von 1959 bis 1961 einschließlich der Bergjungarbeiter.

Tab. IV/3 Industriebeschäftigte in Bottrop

Branche	1956	1957	1958	1959	1960
Kohlenbergbau	17 701	18 318	18 318	17 091	15 840
Steine und Erden	263	252	242	255	231
Chemie	842	1 064	1 075	1 035	1 000
Textil, Bekleidung	192	202	191	176	192
Nahrung, Genußmittel	326	344	349	362	366
Insgesamt	20 012	20 849	21 163	19 730	18 495
Industriebeschäftigte in %	18,7	19,0	18,9	17,5	16,3
Bauhauptgewerbe (Betriebe)		2 211 (59)	2 515 (62)	2 255 (66)	–[1]

[1] Noch nicht veröffentlicht.

Quelle: Beiträge zur Statistik des Landes NRW, Hefte 91 und 112, Hefte 87, 102, 120.

Tab. IV/4 Bergbaubestimmtheit der Gemeinden des Ruhrgebietes
(in % der Industriebeschäftigten)

Lfd. Nr.		Kohlenbergbau 1957	Kohlenbergbau 1959
1	Bottrop	88,7	87,6
2	Gladbeck	85,5	83,2
3	Recklinghausen-Stadt	76,6	76,8
4	Castrop-Rauxel	75,0	74,3
5	Lünen	70,0	70,1
6	Recklinghausen-Land	69,6	67,1
7	Dinslaken	68,8	62,0
8	Unna	67,9	67,5
9	Herne	63,3	61,3
10	Wattenscheid	59,7	56,5
11	Wanne-Eickel	57,7	48,0
12	Gelsenkirchen	53,5	51,7
13	Moers	50,6	49,0
14	Bochum	49,9	47,5
15	Essen	45,6	42,4
16	Dortmund	37,7	35,4
17	Oberhausen	35,3	34,8
18	Duisburg	20,0	17,1
19	Mülheim	14,3	12,7
20	Witten	0,5	–
	Ruhrgebiet	47,1	44,9

Tab. 11 / 5 Bottrops Auspendler[1]

	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Zielgebiet	insgesamt	davon Frauen	Bergbau	Metall	Sonstige verarbeitende Industrie	Bau	Kleinbetriebe[10]	Tertiärer Sektor	NZE[11]
Essen I[2]	1733	605	404	233	809	28	127	102	45
Essen II[3]	2000	936	116	538	277	64	317	618	70
Essen III[4]	486	176	42	16	35	22	80	208	83
Oberhausen I[5]	2175	154	1085	639	29	54	116	223	29
Oberhausen II[6]	281	54	26	86	16	12	39	99	13
Gladbeck	750	116	379	4	104	22	118	99	21
Gelsenkirchen[7]	527	146	44	17	102	26	113	188	35
Recklinghausen[8]	51	5	3	1	4	2	5	31	5
Wanne-Eickel[12]	30	4	6	1	1	8	4	6	4
Dortmund	158	28	27	23	16	9	15	56	12
Duisburg/Mülheim	249	43	33	36	25	13	42	75	23
Krs. Dinslaken	21	3	14	1	–	1	1	2	2
Velbert	536	353	3	267	48	1	14	3	200
Kettwig	99	79	–	2	88	–	4	1	4
Andere Städte	594	205	14	67	107	14	40	184	166
Übrige Orte	188	55	5	11	28	5	17	77	45
Insgesamt	9878	3041	2181	1942	1689	281	1053	2074	758
in %	100,0	30,7	22,0	19,7	17,1	2,8	10,7	21,0	76,7

[1] Quelle: Erhebung der Sozialforschungsstelle Dortmund.
[2] Essen-Nord und -West (zumeist Zechen).
[3] Essen-Mitte.
[4] Essen-Süd und -Ost und nicht genau lokalisierbare Arbeitsstätten.
[5] Nördlich der Emscher und Hüttenwerk.
[6] Südlich der Emscher und nicht genau lokalisierbare Arbeitsstätten.
[7] und Kirchhellen, Marl, Westerholt, Herten, Dorsten.
[8] und Oer-Erkenschwick, Datteln, Waltrop.
[9] Einschließlich Steine und Erden.
[10] Kleine Handwerksbetriebe und Einzelhandelsgeschäfte.
[11] Nicht zu ermitteln.
[12] und Wattenscheid.

Tab. IV/6 Pendlerbewegung in Bottrop
(Gewerbesteuerausgleich 20. 9. 1959)

	Auspendler	Einpendler
I. *Abgebende Gemeinden*		
(Ländliche Gemeinden)		
Kirchhellen	37	280
Polsum	1	238
Vreden		19
Castrop-Rauxel	–	16
(+ viele kleine ländliche Gemeinden mit wenigen Einpendlern)		
II. *Sich ausgleichende Gemeinden*		
(Kohlenstädte)		
Gladbeck	404	439
Gelsenkirchen	398	327
Bochum	61	58
Marl	65	51
Dorsten	37	39
Wattenscheid	28	28
Wanne-Eickel	22	24
Recklinghausen	27	17
Herne	17	22
Westerholt	14	10
III. *Aufnehmende Gemeinden*		
(Niederrh. und berg. Eisenstädte)		
Essen	3 583	489
Oberhausen	1 290	398
Velbert	649	–
Duisburg	228	22
Mülheim	160	21
Kettwig	145	4
Düsseldorf	138	2
Heiligenhaus	117	–
Dortmund	83	13
Neviges	69	–
Köln	56	6

Tab. IV/6 (Fortsetzung)

	Auspendler	Einpendler
Krefeld	38	2
Walsum	35	4
Rheinhausen	21	–
Trimmersdorf	20	–
Solingen	16	–
Münster	13	1
Wuppertal	12	–
Insgesamt	7 925	2 928
Saldo	4 997	
Insgesamt	11 451	4 866
Saldo	6 685[2]	

[1] Nur gewerbesteuerausgleichspflichtige Pendler 1959.
[2] Alle unselbständigen Pendler nach Arbeitsamtszählung vom Oktober 1959.

Tab. IV/7a Männliche Lehrlinge aus Bergmannsfamilien (ohne Schüler)[1]

	Fach-arbeiter	Hand-werker	Kauf-männische Berufe	andere und NZE	Zusammen
Landwirtschaft	1	–	1	7	9
Bergbau	209	149	12	20	390
Metall	7	91	14	33	147
Chemie	2	–	–	8	10
Verarbeitende Industrie	–	10	8	4	22
Baugewerbe	3	131	4	10	148
Handel, Geld	–	6	41	7	54
Verkehr	2	3	–	3	8
Dienste	–	1	4	4	10
Öffentliche Dienste	–	2	18	10	30
Kleinbetriebe[2]	4	121	38	21	184
NZE[3]	3	4	5	15	27
Insgesamt	231	519	145	144	1 034

[1] Quelle: Untersuchung der Sozialforschungsstelle Dortmund.
[1] Handwerksbetriebe und kleine Einzelhandelsgeschäfte.
[3] Nicht zu ermitteln.

Tab. IV/7b Nachwuchssituation der männlichen Schulentlassenen in Bottrop[1]

Branche	Branchen-beschäftigte	Lehrlings-quote	Offene Stellen	Berufs-wunsch	Ein-mündungen[2]
Bergmann	22 220	9,0	1 100	366	651
Bauberufe	7 200	8,5	291	203	198
Metallberufe	6 000	12,0	274	499	159
Elektroberufe	1 400	14,0	92	196	92
Holzbearbeitung	1 000	16,0	56	48	39
Nahrungs-, Genußmittel	500	16,0	85	32	32
Kaufmann	1 950	21,5	155	175	126
Verwaltung, Recht	1 800	3,0	16	44	14
Übrige Berufe	13 270	–	129	469	107
Alle Berufe	55 320	100,0	2 198	2 032	1 505

[1] ∅ von 1952 bis 1958.
[2] Ohne 271 Berglehrlinge aus dem überbezirklichen Ausgleich (30,2%), die in hohem Maße wieder abkehren.

Tab. IV/8 Fluktuation und Altersgliederung der Bottroper Zechen

Jahr	Belegschaft (Sept.)	Schichtleistung in kg (Dez.)	Haldenbestand in 1000 t (Dez.)	Zugang: Von anderen Zechen	Zugang: Aus dem Arbeitsamtsbezirk	Zugang: Sonstige Neuanlegungen	Zugang: Insgesamt Zugang	Abgang: Natürlicher Abgang	Abgang: Zechenseitige Kündigung	Abgang: Kündigung durch Arbeiter	Abgang: Kontraktbruch	Abgang: Sonstige Gründe	Abgang: Insgesamt Abgang
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1957	19 967	1 713	–	1 576	1 202	1 745	4 523	404	103	915	1 576	1 233	4 231
				34,9	26,6	38,5	100,0	9,5	2,5	21,6	37,3	29,1	100,0
1958	19 932	1 821	78	1 391[3]	805	1 085	3 281	518	209	689	1 149	1 082	3 647
				42,4	24,6	33,1	100,0	14,2	5,7	18,9	31,5	29,7	100,0
1959	18 364	2 234	141	1 198[3]	429	158	1 785	703	281	800	560	1 082	3 426
				67,1	24,0	8,9	100,0	20,6	8,2	23,4	16,3	31,5	100,0
1960	17 008	2 334	131	661	622	505[4]	1 788	579	64	890	465	776	2 776
				37,0	34,8	28,2	100,0	20,9	2,3	32,1	16,7	28,0	100,0
1961	16 752[1]			374	380	478[4]	1 232	284	11	374	386	485	1 540
1. Jahresh.				30,4	30,8	38,8	100,0	18,4	0,7	24,3	25,1	31,5	100,0

Jahr	Altersgliederung: unter 18	18–25	26–30	31–35	36–45	über 46
	14	15	16	17	18	19
1957	585	3 273	2 211	1 771	2 329	4 197
	4,1	22,8	15,4	12,3	16,2	29,2
1958	446	3 348	2 281	1 932	2 461	4 201
	3,0	22,8	15,5	13,3	16,8	28,6
1959	406	3 073	2 089	2 069	2 560	4 033
	2,8	21,7	14,7	14,6	17,9	28,3
1960	224	2 197	1 690	2 043	2 659	3 755
	1,8	17,5	13,3	16,3	21,2	29,9

[1] Mai 1961.
[2] Nur Arbeiter.
[3] »Formeller« Zugang infolge der Schließung der Seilfahrt Prosper 1 und der dadurch bedingten innerbetrieblichen Versetzung bei den Prosper-Zechen.
[4] Zumeist Ausländer.

Tab. IV/9 Regionaler Arbeitsmarktausgleich

Jahr	Von Bottrop nach auswärts gehende Kräfte[1]			Von auswärts nach Bottrop vermittelte Kräfte[2]		
	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt
1953	559	381	940	1181 (1069)[3]	45	1226
1954	495	464	959	526 (392)	54	580
1955	595	649	1144	911 (717)	69	980
1956	435	578	1013	1004 (761)	63	1067
1957	492	555	1047	1227 (994)	45	1272
1958	441	559	1000	846 (642)	37	883
1959	1048	769	1817	183	38	221
1960	766	677	1443	92	50	142

[1] Abgabe von Frauen
[2] Bis 1958 Aufnahme für Männer
[3] Klammerzahlen: auswärtige Vermittlungen für den Bergbau.

Tab. IV/10 Steuereinnahmen der kreisfreien Städte NRW
(Rechnungsergebnis 1958)

Lfd. Nr.	Stadt	Grundsteuer	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	Lohnsummensteuer	Übrige Gemeindesteuern	Steuereinnahmen insgesamt
		je Einwohner DM				
1	Köln	37,3	173,5	–	14,3	225,1
2	Essen	26,1	118,3	40,0	13,1	197,5
3	Düsseldorf	34,2	169,1	48,6	17,1	269,0
4	Dortmund	26,2	165,5	51,9	9,8	253,4
5	Duisburg	25,5	126,1	44,4	9,2	205,2
6	Wuppertal	29,1	123,8	37,4	10,1	200,4
7	Gelsenkirchen	20,5	107,9	44,6	6,2	179,2
8	Bochum	22,1	100,1	45,2	7,3	174,7
9	Oberhausen	19,8	123,1	38,9	11,2	193,0
10	Krefeld	36,3	205,7	–	22,9	264,9
11	Hagen (Westf.)	27,3	124,5	39,8	9,3	200,9
12	Mülheim (Ruhr)	28,6	93,0	37,1	9,4	168,1
13	Bielefeld	39,3	134,5	47,5	0,6	221,9
14	Münster	32,8	120,4	–	9,0	162,2
15	Solingen	30,8	124,8	35,6	8,4	199,6
16	Aachen	30,6	150,3	–	8,7	189,6
17	Mönchengladbach	26,1	101,0	31,5	9,1	167,7
18	Bonn	36,0	98,1	27,1	14,1	175,3
19	Recklinghausen	20,0	74,9	38,6	8,8	142,3
20	Remscheid	29,4	136,9	40,1	6,8	213,2
21	Herne	21,2	100,4	34,9	11,6	168,1
22	Bottrop	18,8	101,3	36,5	10,7	167,3
23	Wanne-Eickel	16,7	76,9	36,0	12,6	142,2
24	Gladbeck	17,2	91,4	31,4	12,0	152,0

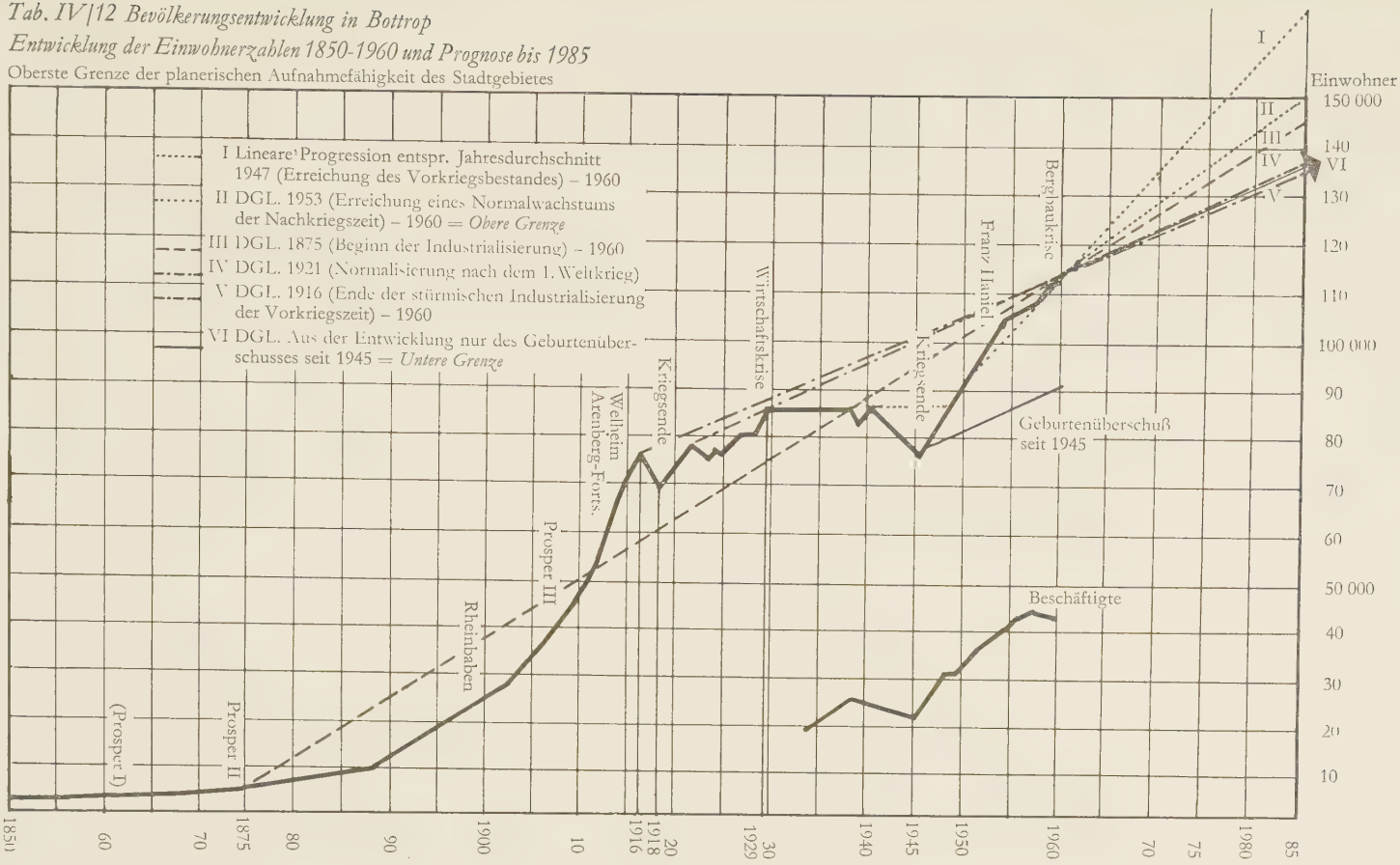
Tab. IV/11 Der Haushalt der Stadt Bottrop von 1955 bis 1960
(nach der Haushaltsrechnung)

In den Jahren	1950	1955	1957	1958	1959	1960
Einwohnerzahl	94 130	104 647	106 144	106 467	108 855	110 717
	DM	DM	DM	DM	DM	DM
Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag und dem Kapital	1 785 770	4 666 660	12 172 699	11 108 039	9 900 099	7 634 512
Lohnsummensteuer	1 867 238	3 393 896	3 976 999	4 019 315	3 818 172	2 923 756
Sonstige Steuern	2 266 222	2 948 052	3 235 239	3 412 199	3 327 404	2 346 119
Zuweisungen – Kapitalmarktmittel – Darlehen		2 000 000	1 200 000	3 810 000	4 362 829	300 000
Gesamteinnahme o. H.	14 449 178	25 987 715	37 594 418	35 079 817	31 931 187	25 279 779
Gesamteinnahme a. o. H.	1 538 631	3 805 875	8 341 176	9 320 592	8 698 245	4 728 263
Gesamtausgabe o. H.	14 321 966	25 000 564	36 554 787	34 423 643	31 694 243	24 311 102
Gesamtausgabe a. o. H.	1 538 631	3 826 875	8 360 861	9 371 331	8 801 624	4 698 541
Sozialausgaben	1 068 253	1 860 766	2 314 802	2 561 762	2 409 190	2 469 029
Ausgaben für Wirtschaftsförderung – Industrieansiedlungen –	–	–	–	–	50 000	305 000
Verschuldung der Stadt (ohne innere Schulden)	989 734	6 537 848	9 381 007	12 420 489	16 798 817	17 009 855
Steuerkraftmeßzahlen	2 517 669	4 936 410	6 662 000	11 955 000	11 419 000	11 473 000
Realsteuerkraftzahlen	2 407 262	4 864 333	6 596 940	11 890 529	11 354 899	11 408 922
Hebesatz nach Ertrag und Kapital	250	250	250	250	240	240
Hebesatz nach der Lohnsumme	1 150	1 150	1 150	1 050	1 050	1 050

Tab. IV/12 Bevölkerungsentwicklung in Bottrop

Entwicklung der Einwohnerzahlen 1850-1960 und Prognose bis 1985

Oberste Grenze der planerischen Aufnahmefähigkeit des Stadtgebietes



Lebenslauf

Am 13. 6. 1924 wurde ich, Josef Anton Ziranka, in Thröm, Kreis Ratibor, geboren.
Nach fünfjähriger Grundschulzeit besuchte ich die Oberschule in Katscher; dort legte ich 1943 die Reifeprüfung ab.
Anschließend wurde ich zum Kriegsdienst eingezogen und geriet im August 1944 in russische Gefangenschaft, aus der ich Anfang 1948 entlassen wurde.
Von 1948 bis 1954 war ich auf mehreren Bauernhöfen Westfalens als Verwalter tätig.
Von 1955 bis 1959 studierte ich in Münster Wirtschaftswissenschaften, Soziologie und Philosophie. Ende 1958 legte ich das volkswirtschaftliche Examen ab, und Mitte 1959 wurde ich mit einer industriesoziologischen Arbeit zum Dr. phil. promoviert. Anschließend war ich an der Universität Münster Assistent.
Seit 1961 bin ich in der Volkswirtschaftlichen Abteilung eines Chemiekonzerns tätig.